Aktionsprogramm der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 22 vom 29. Mai 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM

S20 3426



Vermummte Terroristen in Lederjacken und verwaschenen Jeans, bewaffnet mit langen Holzknüppeln, zogen in der vergangenen Woche randalierend durch den Westberliner Stadtteil Kreuzberg. Anarchistische Gewalttäter? Gewalttäter schon — aber im Namen von „Gesetz und Ordnung". Eine Armbinde nämlich wies die vermummten Randalierer als Polizisten aus. Sie wollten ihrer Tätigkeit — dem Überfall auf ein besetztes Haus — unerkannt nachgehen, um desto brutaler zuschlagen zu können.

Washington machte keine Zugeständnisse

Schmidt bekräftigt NATO-Aufrüstung

WASHINGTON. — Der Besuch Bundeskanzler Schmidts in den USA, seine Gespräche mit Ronald Reagan, den er anschließend lautstark lobte, liefen ganz anders ab, als es die vorher gestartete Propagandakampagne weismachen sollte: keinerlei Zugeständnisse der Washingtoner Kriegstreiber. Stattdessen gemeinsame und nachdrückliche Bekräftigung der NATO-Aufrüstung.

Nach Schmidts Rücktrittsdrohungen vor dem Landesparteitag der bayerischen SPD vor zwei Wochen, wo er betont hatte, er stehe und falle mit dem NATO-„Doppelbeschluß" vom Dezember 1979, hatte in den westdeutschen Medien in den Tagen vor Schmidts Reise eine große Propagandakampagne stattgefunden, mit der der Öffentlichkeit eingeredet werden sollte, er werde nun aber ganz entschieden schnelle Verhandlungen fordern.

Von alldem war dann aber keine Rede. Über die beschworenen „Zugeständnisse" der römischen Außenministertagung hinaus wollte die amerikanische Regierung nichts mehr davon hören. Die dortige Floskel, daß irgendwann in diesem Jahr versucht werden solle, über irgendetwas zu verhandeln, stört das Rüstungskonzept der USA nicht.

Die Rede war dann ständig davon, daß die NATO aufrüsten müsse. Reagan nannte die Bundesrepublik einen Eckpfeiler des Bündnisses, Schmidt rechnete ausführlich vor, daß die Bundesregierung die größten Rüstungsanstrengungen Westeuropas unternehme und weiter unternehmen werde.

So wurde in den Washingtoner Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung demonstrativ und mit Nachdruck die unbedingte Notwendigkeit des NATO-Aufrüstungsbeschlusses unterstrichen.

Sowohl gegenüber den anderen westeuropäischen NATO-Mitgliedern als auch gegenüber der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, vor allem jener innerhalb der sozialdemokratischen Partei, sollte hier ein Signal gesetzt werden.

Es wird keine Änderung der NATO-Politik geben, es wird aufgerüstet, es werden vielleicht irgendwann Gespräche über Rüstungskontrolle zwischen jenen Mächten stattfinden, die am meisten aufrüsten — so heißt das Glaubensbekenntnis von Washington, und dieses Gerede übernahm Schmidt nochmals für die Bundesregierung.

Gerade dies soll jetzt mit der Bundestagsdebatte nochmals unterstrichen werden, extra dafür wurde ein gemeinsamer Antrag der beiden Regierungsparteien ausgearbeitet — nachdem Genscher die Bereitschaft der FDP bekundet hatte, andernfalls mit der CDU zu stimmen.

Von der USA-Regierung wurde Schmidt richtiggehend aufgewertet. Man wischte alle Spekulationen — die so unrealistisch nicht waren — die USA könnten für einen schnellen Bonner Regierungswechsel eintreten, erst einmal beiseite und betonte, man sei mit Schmidts Regierung voll und ganz zufrieden.

So konnte Schmidt sich dann sogar als der „geistige Vater" geben — des NATO-Doppelbeschlusses nämlich, der ein Aufrüstungsbeschluß ist, und sein Macher-Image pflegen. So „gestärkt" wird er mit Sicherheit alles versuchen, noch mehr Druck auf die sich entwickelnde Friedensbewegung auszuüben, und seine Washingtoner Freunde werden sich freuen.

Sprengstoffanschlag in Tirana

Schwere Provokation gegen Albanien

TIRANA. — In der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist am vergangenen Samstag ein Sprengstoffanschlag verübt worden, bei dem Teile eines Anbaus der jugoslawischen Botschaft geringfügig beschädigt wurden. Menschen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Eine albanische Expertengruppe, die unverzüglich die Untersuchungen aufnahm, kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Dinge die beiden Sprengsätze nicht von außerhalb auf das Gelände der jugoslawischen Botschaft geworfen oder gelegt worden sein können. Gerade das aber behauptet jetzt die reaktionäre jugoslawische Presse, die den Eindruck erwecken will, die Belgrader Botschaft in Albanien würde mit Bomben beworfen.

Der Anschlag ist eine schändliche und hinterhältige Provokation. Die von Jugoslawien aus betriebene antialbanische Kampagne (die ja schon anläßlich der Ereignisse von Kossova begonnen hatte) macht zudem deutlich, was die Provokateure mit ihrem Anschlag geplant haben. Die albanisch-jugoslawischen Beziehungen, die sich in der letzten Zeit gut entwickelt hatten, sollen untergraben werden. Spannungen sollen geschürt werden, damit die reaktionären Elemente im Trüben fischen können.

Unsere Partei verurteilt diese Provokation ebenso nachdrücklich wie die antialbanische Kampagne der jugoslawischen Führer. (Siehe auch Seite 2.)

Diese Woche

Reagans neuer Freund
Kommentar zu Schmidts Amerikareise auf Seite 2.

Bonzen-Karriere
Auf HDW-Hamburg ist die alte reaktionäre Betriebsratsclique zwar bei den diesjährigen Wahlen gestürzt worden. Die Bonzen sind jedoch weich gefallen, weil ihnen die Bosse neue Posten zugeschanzt haben. Seite 3.

DGB-Frauenkongreß
Bericht über den Kongreß und eine Aktion, die aus diesem Anlaß von Frauen der IG Bau durchgeführt wurde, auf Seite 4.

Aktionsprogramm der KJD
Ein Aktionsprogramm hat die Kommunistische Jugend Deutschlands auf ihrem 2. Kongreß verabschiedet. Im vollen Wortlaut auf Seite 6.

Lambsdorff in den Knast?
Dazu wird es wohl — leider — nicht kommen. Aber immerhin wird gegen den Bonner Wirtschaftsminister wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Darüber hinaus ist der feine Graf auch in Waffengeschäfte verwickelt. Seite 9.

Gegen geplante Schulschließungen

20 000 Schüler demonstrierten in Hamburg

Polizeieinsatz mit Tränengas und Schlagstöcken

Am Freitag fiel in vielen Hamburger Schulen der Unterricht aus. Nicht wegen Lehrermangels: Die Schüler machten mit Streiks und mit einer Massendemonstration zur Schulbehörde gegen den vom Senat ausgeheckten Schulentwicklungsplan (SEPL) mobil.

Dieser Plan sieht im wesentlichen die Schließung von Dutzenden Schulen in der Hansestadt vor. Und obwohl schon im Februar 20000 gegen den SEPL vor der Schulbehörde demonstriert hatten, beharrt der Senat nach wie vor auf diesem Plan. Ja, 21 Schulen sollen jetzt sogar schon in diesem Sommer geschlossen werden. Dagegen forderten die Demonstranten vom Freitag unter anderem: Keine Schulschließungen! Keine Klassen über 25 Schüler! Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!

Vor dem Einkaufszentrum in der Hamburger Straße, in dem die Schulbehörde untergebracht ist, herrschte am Freitag eine gute und kämpferische Stimmung. Die Tatsache, daß wieder 20000 Schüler gekommen waren, machte deutlich, wie groß der Widerstand gegen den SEPL ist. Nachdem aus der Demonstration heraus einige Eier geworfen worden waren, traten Polizeitruppen in Kampfausrüstung zu einem brutalen Knüppeleinsatz an. Dabei setzten sie gegen Demonstranten, die ins Einkaufszentrum vorgedrungen waren, auch Tränengas ein. Der Widerstand gegen die Schulschließungen aber wird sich auch mit Knüppeln und Gas nicht brechen lassen.

Terrorprozeß gegen türkische Kommunisten

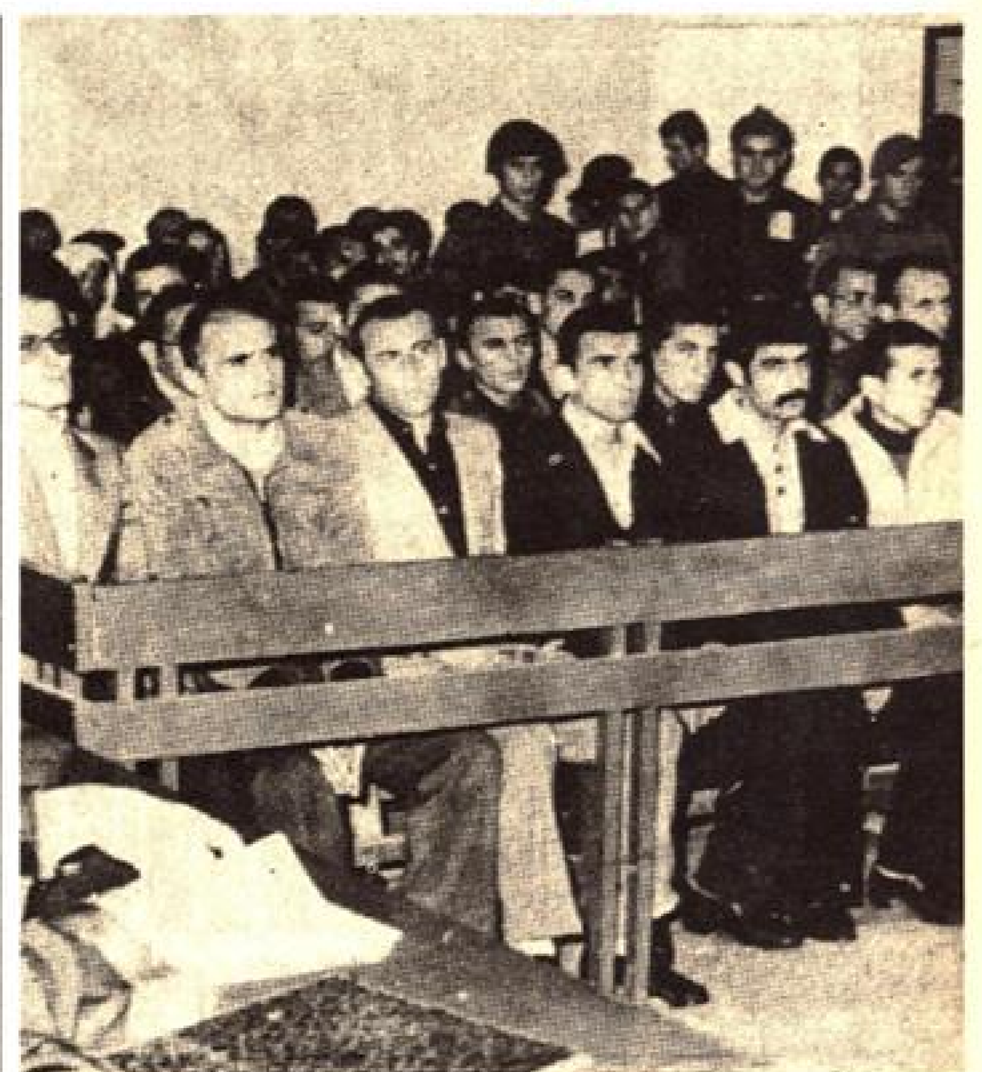
18 Todesurteile beantragt

ANKARA. — Wie die reaktionäre türkische Presse in der vergangenen Woche berichtete, ist in Ankara am 18. Mai ein Prozeß vor einem Militärgericht gegen 98 Personen eröffnet worden, denen die Faschisten vorwerfen, Mitglieder oder Anhänger der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei zu sein.

Wie in solchen Fällen üblich, wurde eine Reihe von wilden Beschuldigungen vorgebracht. Die Angeklagten sollen bewaffnete Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften provoziert und bei illegalen Aktionen in Ankara Polizisten umgebracht haben. Spätestens der Fall des ermordeten Genossen Erdal Eren hat jedoch gezeigt, daß die faschistischen Militärs ihre Anklagen völlig willkürlich zusammenbasteln. Beweise sind vor den Militärgerichten in der Türkei nicht nötig!

Gegen 18 der jetzt in Ankara angeklagten Genossen hat der Militärstaatsanwalt schon unmittelbar nach dem Beginn des Prozesses Todesurteile beantragt. Dieser Mordanschlag auf das Leben der türkischen Genossen muß vereitelt werden! Und das ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe, die uns gestellt ist. Die zahlreichen Aktionen gegen die Junta, die in den letzten Monaten in der Bundesrepublik und anderen Ländern Westeuropas durchgeführt wurden, haben die faschistischen Militärs in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Nicht von ungefähr haben sie es seit dem Mord an Erdal Eren nicht gewagt, eines der inzwischen über 500 Todesurteile zu vollstrecken. Die faschistische Junta und ihre Hintermänner in Bonn müssen auch weiter durch Aktionen unter Druck gesetzt werden.

Weg mit allen Todesurteilen gegen Kommunisten und Demokraten in der Türkei!



Massenprozeß gegen Arbeiter von Taris in Izmir

Kommentar der Woche

Erleichtert zeigt man sich rundum. Die beiden waren gut miteinander ausgekommen, waren sich einig. Schmidt habe sein vollstes Vertrauen, meinte Ronald Reagan. Der so Gelobte wollte da denn auch nicht nachstehen und meinte, er habe Reagan noch nie für einen wildgewordenen Cowboy gehalten. Großer Pomp, ganz Hollywood, mit Salutschüssen und Streichquartett.

Das war die Untermalung dafür, daß man gemeinsam ausdrücklich bekräftigt hat, daß die NATO aufrüsten wird. Drängt sich nur noch die Frage auf, warum eigentlich das ganze Spektakel? Eine Demonstration — gewiß. Trotz allen Protestes in der Bundesrepublik, trotz bald 900000 Unterschriften unter den Krefelder Appell, trotz riesiger Demonstrationen, trotz Opposition an der Basis der Regierungspartei — das Bündnis, so Schmidt, ist unantastbar.

Reagans neuer Freund

Aber auch eine Demonstration nach außen, gegenüber den anderen westeuropäischen NATO-Staaten. Denn mag auch die Opposition hier recht groß sein, im Vergleich zu den anderen Ländern zeigt es sich, daß die Bundesrepublik für die USA wirklich der Eckpfeiler ihres Militärblocks ist.

Dem Franzosen Mitterand mißtraut Washington sowieso und speziell wegen seiner Haltung zur Neutronenbombe und neuen Raketen. In Italien weiß man heute nicht, wer morgen regiert, gibt es keine verläßlichen Dauerpartner für den aggressiven NATO-Kurs. Der Rost, den die einst „Eiserne Lady" genannte Margret Thatcher angesetzt hat, ist so stark, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis eine Labour-Regierung kommt — und man kennt die äußerst starke Opposition gegen die Aufrüstung in dieser Partei. In den Benelux-Staaten greift das — mit amerikanischen Augen gesehene — „Übel" des Pazifismus schon so weit um sich, daß selbst die christdemokratischen Parteien auf Distanz zur NATO-Aufrüstung gehen.

In Skandinavien macht sich der von Reagan so gehaßte Neutralismus noch mehr breit, Olof Palme sowieso, und den Norwegern traut man auch nicht mehr über den Weg — mißtrauisch ist man ihnen gegenüber, seitdem sie die EG-Mitgliedschaft abgelehnt haben.

So gesehen ist es nicht nur Schmidt, der Reagans Unterstützung braucht, um den Widerstand im eigenen Land überwinden zu können. Auch Reagan braucht einen strammen Parteigänger, einen, der bereit ist, alles, aber auch alles mitzumachen. Und eben den hat man in der Bundesregierung gefunden. Die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik waren von jeher der Kern des NATO-Bündnisses und sind es heute erst recht.

Heute, wo die Opposition in den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas sich immer stärker gegen die neuen amerikanischen Raketen richtet und die konservativen Regierungen gewaltig ins Wanken gekommen sind, ist ein solcher Partner wie die Bundesregierung für die Pläne der USA unerläßlich.

Denn diese Pläne bezwecken ja im Kern, den so sehr erwünschten gewinnbaren Atomkrieg auf europäischem Boden auszutragen, und dafür braucht man einen europäischen Partner. Und eben diesen Part hat die Bundesrepublik übernommen, wo sich die Führungen der Bonner Parteien nur darüber streiten, wer NATO-treuer als der andere ist.

Schmidts Drohungen an die SPD vor seiner Abreise nach den USA haben das noch einmal krass verdeutlicht. Hieß es dort noch provokativ, er stehe und falle mit dem Nachrüstungsbeschluß, so war der Ton aus Washington schon anders: er, Schmidt, sei der Urheber dieses Beschlusses.

Ein Signal dafür, daß Herr Schmidt, der Mann der einst geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk zu wenden — und nicht nur von jenem kleinen Teil, der über das große Kapital verfügt — bereit ist, in die Offensive zu gehen für sein Anliegen: daß die Deutsche Bundesrepublik zu einer einzigen Atomrampe werden soll. Was bei weitem nicht nur im Interesse der Dollarmilliardäre der New Yorker Wall Street liegt. Denn auch die Pläne der Finanzgewaltigen dieser Bundesrepublik sind allesamt auf der „Freundschaft zu den USA" aufgebaut, und sie verdienen ja auch genug daran.

Mag da also eine neue Freundschaft für Westdeutschlands Gazetten Stoff liefern — ein Freund des deutschen Volkes ist keiner der beiden. Und wenn sie ihre unheilschwangere Freundschaft vertiefen, dann müssen die Werktätigen den Kampf um die Erhaltung des Friedens, den Kampf um die Neutralität verstärken.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bekanntmachung der albanischen Nachrichtenagentur

Was geschah vor der jugoslawischen Botschaft in Tirana?

Im folgenden geben wir die Bekanntmachung der albanischen Nachrichtenagentur zu den beiden Sprengstoffexplosionen am 23. Mai im vollen Wortlaut nach einer Übersetzung von Radio Tirana wieder.

Am 23. Mai 1981 um 21.17 Uhr kam es auf der Terrasse eines Anbaus des Botschaftsgebäudes der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Tirana zu zwei Explosionen. Sie verursachten keinerlei Schäden an Menschen und Material. Auf Ersuchen der Botschaft gingen der Leiter der Protokollabteilung des Außenministeriums der Sozialistischen Volksrepublik Albanien sowie eine Expertengruppe sofort zum Sitz der Botschaft, um die Untersuchung dieser Angelegenheit durchzuführen.

Die Expertengruppe machte die ersten Untersuchungen am Abend des 23. Mai, doch da es bereits Nacht war, setzte sie sie auch am 24. Mai 1981 fort. Am Morgen des 24. Mai um 8.30 Uhr wurde der Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Branko Komatino, im Außenministerium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien vorstellig. Er protestierte in bezug auf das Geschehen und verlangte, eine schnelle Untersuchung vorzunehmen, um der jugoslawischen Seite die nötigen Erklärungen zu geben.

Der stellvertretende Außenminister, Reiz Malile, wies diesen Protest als unannehmbar zurück. Um so mehr, als die Expertengruppe die Untersuchung noch nicht abgeschlossen hatte. Am Morgen des 24. Mai erhob der Hilfssekretär der Föderation für Auslandsbeziehungen, Milos Milowski, gegenüber dem albanischen Botschafter in Belgrad, Sokrat Pllaka, einen übereilten und vollständig ungerechtfertigten Protest, ohne die Ergebnisse der Expertengruppe abzuwarten. Am Nachmittag des 24. Mai um 19.30 Uhr ließ der stellvertretende Außenminister Reiz Malile den jugoslawischen Botschafter Branko Komatino rufen, nachdem die Expertengruppe die Untersuchungen beendet hatte, und überreichte ihm — entsprechend des Ersuchens des Botschafters selbst — den Abschlußbericht der Expertengruppe, in dem es heißt:

Die Expertengruppe, die von der Botschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gerufen worden ist, machte unter Anwesenheit des Leiters der Protokollabteilung des Außenministeriums, des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Branko Komatino, des jugoslawischen Botschaftsrats Vasolie Dunic sowie des übrigen diplomatischen Personals dieser Botschaft am 23. und 24. Mai 1981 eine Untersuchung und eine Expertise am Ort des Geschehens. Ausgehend von den Untersuchungen und der oben erwähnten Expertise sowie den am Ort des Geschehens gefundenen Beweisen hat die Expertengruppe folgendes festgestellt:

Am 23. Mai 1981 um 21.17 Uhr kam es auf der Terrasse der Küche, die ein Anbau des Gebäudes der Botschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens ist, zu zwei Explosionen. Dadurch gab es keinerlei Schäden an Menschen und Material. Nur auf der Oberfläche der Teerschicht, die die Terrasse bedeckt, wurden zwei Vertiefungen gefunden. Eine mit den Ausmaßen 14 Zentimeter lang, 7 Zentimeter breit und 1 Zentimeter tief. Und die andere 5 Zentimeter lang, 4 Zentimeter breit und 1 Zentimeter tief. Auf der übrigen Bodenfläche der Terrasse und ihrer mit Mörtel verputzten Brüstungsmauer waren keine Schäden festzustellen.

In der Küche wurden infolge des Explosionsdrucks zwei Beschädigungen des Deckenputzes festgestellt, eine mit den Ausmaßen 42 Zentimeter lang, 40 Zentimeter breit und 7 Zentimeter tief. Und die andere 7 Zentimeter lang, 5 Zentimeter breit und 1 Zentimeter tief. An den Fensterscheiben und zwei anderen Teilen der Wände und der Decke der Küche wurde keine Beschädigung festgestellt. Was jedoch die Fenster der Räume des zweiten Stockwerks des Botschaftsgebäudes betrifft, die sich gegenüber der Küche befinden, so wurden fünf zerbrochene Fensterscheiben gefunden. Aus der Gesamtzahl der gefundenen und untersuchten Beweise am Ort des Geschehens zog die Expertengruppe folgende Schlußfolgerungen:

1. Die beiden Explosionen, die sich am 23. Mai 1981 um 21.17 Uhr auf der Terrasse der Küche ereigneten, die ein Anbau des Botschaftsgebäudes der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist, sind das Ergebnis von zwei Explosionen zweier verschiedener Massen mit Sprengstoffladungen von jeweils 70 bis 100 Gramm, keineswegs von zwei Bomben.
2. Die beiden Explosionen sind in einer Zeitspanne von zwei bis drei Sekunden und in einer Distanz von einem Meter voneinander erfolgt.
3. Die kürzeste Entfernung von der Umzäunung des Botschaftsterritoriums bis zum Ort des Geschehens, von wo aus der Explosionsort auf der Terrasse aber nicht eingesehen werden kann, beträgt 14 Meter, während der nächste Punkt, von dem aus man den Ort des Geschehens hinter der Umzäunung sehen kann, 22 Meter weit entfernt ist. Die Zäune sind 2,5 Meter hoch.
4. Die beiden Sprengstoffladungen, die in einer Zeitspanne von zwei bis drei Sekunden und in einer Distanz von einem Meter voneinander losgingen, und zwar unter den Bedingungen, daß die Küchenterrasse 22 Meter weit vom nächsten Punkt entfernt ist, von wo aus der Ort des Geschehens über die Umzäunung hinweg eingesehen werden kann, konnten durch Werfen mit der Hand von außen mit einer so genauen Präzision nicht angebracht werden. Die oben erwähnte Schlußfolgerung wird auch von den Zeugen der Personen des Botschaftssicherheitsdienstes und der Einwohner, die in der Umgebung der Botschaft leben, unterstützt, die in der Zeit des Geschehens nicht gesehen haben, daß man von außen eine solche Handlung unternommen hätte.

All dies führte zur Schlußfolgerung, daß die Sprengladung nicht von außerhalb der Umzäunung des Botschaftsterritoriums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gelegt oder geworfen worden sind, sondern am Ort des Geschehens mit der Hand angebracht worden sind, und auch unter den Bedingungen, daß die Botschaft außerhalb der Umzäunung stets durch die Wachtposten des öffentlichen Ordnungsdienstes geschützt wird. Es wird auch die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Menschen von außen die Mauer überquert haben, um Sprengladungen am Ort des Geschehens anzubringen.



Im Befreiungskrieg gegen die deutschen Faschisten haben Einheiten der albanischen Befreiungsarmee auch auf dem Boden Jugoslawiens gekämpft und damit ihren Beitrag zur Verjagung der Besatzer auch aus dem Nachbarland beigetragen. Heute sabotieren die Belgrader Führer mit Provokationen und Verleumdungen die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Gestützt auf die Schlußfolgerungen der Expertengruppe wies Genosse Reiz Malile erneut den Protest der jugoslawischen Seite als grundlos und ungerechtfertigt zurück. Das, so erklärte Genosse Reiz Malile, ist eine Fortsetzung der falschen Beschuldigungen und Erfindungen, die verschiedene jugoslawische Gremien gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Kossova machen, wofür — wie wir schon betont haben und wie schon bestätigt worden ist — unser Land keinerlei Verantwortung trägt.

Auf der anderen Seite versicherte der stellvertretende Außenminister dem jugoslawischen Botschafter, daß von Seiten der zuständigen albanischen Behörden ebenso wie in der Vergangenheit alle notwendigen Maßnahmen für den Schutz und die Sicherheit der normalen Tätigkeit der jugoslawischen diplomatischen Vertretung und ihres Personals getroffen werden. Gleichzeitig hob er die bekannte Haltung der albanischen Regierung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage der Politik der guten Nachbarschaft erneut hervor.

Über die Explosion, die auf der Küchenterrasse der jugoslawischen Botschaft erfolgte, gab die Nachrichtenagentur Tanjug am Morgen des 24. Mai eine tendenziöse Meldung ab, in der die Tatsachen entstellt werden und die Absicht zu sehen ist, die Sozialistische Volksrepublik Albanien zu verunglimpfen. Das sieht man schon am ersten Satz der Meldung, in der es heißt, daß Bomben auf die Terrasse der Botschaft gefallen sind. Im Gegensatz zu dem, was Tanjug sagt, wie die Expertise bestätigt, wie auch das Außenministerium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien dem jugoslawischen Botschafter erklärt hat, sind die Explosionen auf der Terrasse der Küche geschehen, die ein Anbau des Botschaftsgebäudes ist. Darüber hinaus resultiert aus den Angaben der Expertengruppe, daß die Explosionen nicht durch Bomben, sondern durch Sprengladungen geschehen sind. Ebenso wird die Möglichkeit ausgeschlossen, daß man die Sprengladungen von außerhalb der Umzäunung geworfen hat.

Auch in jener Zeit, als die Beziehungen zwischen beiden Ländern gespannt waren, ist es niemals geschehen, daß man gegen die jugoslawische Botschaft und ihr Personal in Tirana solche Handlungen unternommen hätte, für die Tanjug versucht, das sozialistische Albanien verantwortlich zu machen. Tanjug sagt, daß die Explosion am Vorabend der Feierlichkeiten des Tages der jugoslawischen Jugend geschehen ist. Tanjug sagt jedoch nicht, daß sie am Vorabend des Feiertags des 24. Mai, des Kongresses von Permet, geschehen ist, der die Fundamente des neuen volksdemokratischen Staates in Albanien legte. Der Rummel, den Tanjug um dieses Geschehen macht, ist Bestandteil und Fortsetzung der Kampagne, die Jugoslawien gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kossova entfacht hat. Tanjug verleiht jenen gewissen Kreisen in Jugoslawien ein Echo, die daran interessiert sind, diese albanienfeindliche Kampagne noch mehr auszudehnen und die normale Entwicklung der Beziehungen der guten Nachbarschaft zwischen beiden Ländern zu untergraben.

Veranstaltung

Zum Gedenken an die gefallenen Revolutionäre in der Türkei
Veranstalter: Sympathisanten von „Halkin Kurtulusu"
Mit Redebeiträgen, Folklore, Theaterstück, Dias (alles mit deutscher Übersetzung)
Samstag, 6. Juni, 17.30 Uhr
Witten, Städtischer Saalbau, Bergerstr. 25

AEG-Brunnenstraße Westberlin

36,8 Prozent für die Liste „Arbeitereinheit"

Klassenkämpferische Opposition baut ihre Stellung aus

WESTBERLIN. — Am 19. Mai wählte die Belegschaft bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin den neuen Betriebsrat. In der Gruppe der Arbeiter standen sich zwei Listen gegenüber: die Liste der IG Metall und die oppositionelle Liste „Arbeitereinheit". Mit 36,85 Prozent der Stimmen konnte die Liste „Arbeitereinheit" ein ausgezeichnetes Ergebnis verbuchen. Alle fünf aufgestellten Kandidaten der Opposition sind damit in den Betriebsrat gewählt.

Die von dem RGO-Kollegen Gerhard Lux angeführte oppositionelle Liste wurde von 621 Arbeitern gewählt. Für die IGM-Liste stimmten 1064 Kollegen. In drei der insgesamt fünf Stimmbezirken entfielen sogar jeweils mehr als 40 Prozent der Stimmen auf die Liste „Arbeitereinheit" In den anderen beiden Bezirken waren es je 28 Prozent.

Bei der letzten Betriebsratswahl vor drei Jahren war die Opposition noch in zwei Listen aufgespalten. Damals erhielt eine oppositionelle Liste knapp 23 Prozent der Stimmen. Und die RGO, die erstmalig an einer Betriebsratswahl teilnahm, erhielt mit einer eigenen Liste 6,7 Prozent. Auf die RGO-Liste entfiel damals ein Sitz im Betriebsrat während die andere oppositionelle Liste vier Sitze errang.

Somit konnte die klassenkämpferische und jetzt zusammengeschlossene Opposition bei der Betriebsratswahl 1981 ihren Stimmenanteil um mehr als 7 Prozent steigern. Dieses Ergebnis ist eine klare Bestätigung der bisherigen Arbeit der oppositionellen Betriebsräte und des Kampfes der klassenkämpferischen Opposition bei AEG-Brunnenstraße insgesamt.

Jetzt stellt die Opposition mit fünf Betriebsräten ein Drittel aller Betriebsräte in der Arbeitergruppe. Seit der letzten Betriebsratswahl ist die Belegschaft bei AEG-Brunnenstraße um fast 300 Beschäftigte geschrumpft. Der Betriebsrat wurde infolgedessen um vier Sitze von 27 auf 23 Mitglieder verkleinert. Für die oppositionellen Kollegen kommt es jetzt darauf an, daß das gute Wahlergebnis sich auch bei der Besetzung der wichtigen Betriebsratsausschüsse entsprechend niederschlägt. In der Belegschaft ist die Stimmung dafür positiv. Gerade auch einige kämpferische Vertrauensleute der IG Metall hatten sich aktiv für die oppositionelle Liste eingesetzt.

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte die Opposition vorgeschlagen, die Betriebsratswahl 1981 in Form von Personenwahl mit einer demokratisch aufgestellten Einheitsliste durchzuführen. Die Führungsclique im Betriebsrat und die Ortsverwaltung der IG Metall jedoch fegten dieses Angebot, das dem klaren Willen der Belegschaftsmehrheit entsprach, vom Tisch. Ihr „Argument": „Mit Chaoten und Gewerkschaftsfeinden gehen wir nicht auf eine Liste."

Jetzt haben die Bonzen die Quittung für ihr spalterisches Vorgehen und für ihre unternehmerfreundliche Politik erhalten. Immer mehr Kollegen kommen zu der Erkenntnis, daß die „Chaoten und Gewerkschaftsfeinde" nicht etwa in den Reihen der Opposition zu suchen sind, sondern im Kreise derer, die zugunsten einer „vertrauensvollen Partnerschaft" mit den AEG-Bossen die Kollegen und ihre Interessen verschaukeln.

In dieser Erkenntnis wurden die Arbeiter gewiß auch durch das Kampfprogramm der oppositionellen Liste bestärkt, das ihren Forderungen und Interessen klar und kompromißlos Ausdruck verleiht. Dieses Programm faßt sich in den folgenden Forderungen zusammen:

Alle Rationalisierungspläne müssen offen auf den Tisch gebracht werden. Ohne Garantien für den Erhalt der Arbeitsplätze keine Zustimmung zu Rationalisierungsmaßnahmen. An die Betriebsrente (Ruhegeldbestimmung) bei AEG darf nicht gerührt werden. Facharbeiter müssen mindestens 12 Mark und ungelernte Arbeiter mindestens 10 Mark als Einstellohn erhalten. Statt Überstunden Neueinstellung von Arbeitslosen. Streichung der Lohngruppen 1 und 2. Gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für deutsche und ausländische Kollegen. Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre.

„Das sind keine Wahlversprechen" — heißt es in dem Kampfprogramm — **„denn wir alleine können sie nicht durchsetzen. Wir werden aber im Betriebsrat dafür eintreten, daß endlich eine konsequente Politik gemacht wird, ausgehend von unseren Interessen als Belegschaft."**



Diesen Comic haben wir dem Kampfprogramm der Liste „Arbeitereinheit" bei AEG-Brunnenstraße entnommen. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von AEG hatte noch im letzten Jahr erklärt: „Nur über meine Leiche wird die Kürzung des Ruhegeldes verhandelt." Inzwischen jedoch unterzeichnete der Gesamtbetriebsrat heimlich, still und leise eine neue Betriebsrentenvereinbarung, die eine Kürzung der Betriebsrente um 60 Prozent beinhaltet.



Triumph/Adler in Frankfurt

Ausschlußverfahren gegen 14 kämpferische Metaller

IGM-Bonzen zerstören jeden Ansatz von gewerkschaftlichem Kampf

FRANKFURT. — Bei Triumph/Adler in Frankfurt haben 14 kämpferische Kolleginnen und Kollegen auf einer oppositionellen Liste gegen die mit den Bossen „sozialpartnerschaftlich" paktierenden Betriebsrats- und IGM-Bonzen kandidiert. Jetzt sollen sie alle aus der IG Metall geworfen werden.

Bei den 14 klassenkämpferischen Metallern handelt es sich größtenteils um ausländische Kollegen. Fünf von ihnen wurden bereits vor drei Jahren auf einer oppositionellen Liste in den Betriebsrat gewählt. Damals war der Listenführer Franco Valdes mit Zustimmung der rein deutschen Betriebsratsmehrheit der IGM-Liste (bei 42 Prozent Ausländeranteil in der Belegschaft!) fristlos entlassen worden. Nach 15 Monaten konnte Valdes durch einen erfolgreich geführten Prozeß vor den Arbeitsgerichten wieder in den Betrieb zurückkehren.

Die Clique der rechten IGM-Betriebsräte unterstützte schamlos die brutalsten Rationalisierungskampagnen der Werksleitung. So gab sie ihr Einverständnis, daß die berüchtigten Arbeitsplatzkiller von McKinsey ohne irgendwelche Auflagen im Betrieb einen Rationalisierungsfeldzug organisieren können. Auch stimmten sie Massenentlassungen über Abfindungen zu.

Der Leiter des Vertrauenskörpers sorgte durch schriftliche Absprachen mit der Geschäftsleitung dafür, daß nicht einmal die Hälfte der nach den Richtlinien notwendigen gewerkschaftlichen Vertrauensleute gewählt wurden, um dadurch das reaktionäre Machtkartell im Betriebsrat zu zementieren.

Im Betriebsrat wurde von der reaktionären Clique jeder Vorschlag und Antrag der oppositionellen Fraktion grundsätzlich abgeschmettert. 2000 Arbeitsplätze sind in dem Werk von Vernichtung bedroht. Ein Aktionsplan der oppositionellen Betriebsräte zur Abwehr dieser Rationalisierungsangriffe stieß bei den Betriebsratsfürsten und Bonzen der IGM-Ortsverwaltung nur auf Hohn und Spott.

Die oppositionellen Kollegen machten ihren Aktionsplan deshalb zur Grundlage für ihre Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl. Mit Behinderungen und übler Hetze versuchte die vereinte Front von Geschäftsleitung, Betriebsratsfürsten und IGM-Bonzen, die oppositionelle Liste zu verhindern bzw. in der Belegschaft zu diffamieren. Besonders schädlich: auch die DKP beteiligte sich an dieser Schmutzkampagne!

Trotz allem aber, und obwohl die Basis der oppositionellen Kollegen durch Rationalisierung und Massenentlassungen geschwächt worden war, errang die Liste 2 vier Sitze im Betriebsrat.

Bereits vor der Wahl leitete die IGM-Ortsverwaltung auf Antrag des Betriebsratsvorsitzenden und des Sprechers der Vertrauenskörper-Leitung Ausschlußverfahren gegen alle Kandidaten der oppositionellen Liste ein. Gleichzeitig erhielten diejenigen unter ihnen, die gewerkschaftliche Funktionen wahrnehmen, Funktionsverbot. Ein Kollege war gerade als Delegierter in die Vertreterversammlung gewählt worden. Und eine Kollegin war von einer Gruppe von Metallerinnen zur Betriebsrätin ihres besonderen Vertrauens gewählt worden, zur Führung des gegenwärtig laufenden Gleichlohn-Prozesses dieser Gruppe aus der Lohngruppe 2 vor dem Arbeitsgericht.

Zerstörung jeder ernsthaften, kämpferischen Gewerkschaftsarbeit, Spaltung der Arbeiter, im Bund mit den Kapitalisten aufrechte und klassenkämpferische Gewerkschafter unterdrücken und mundtot machen — das ist die Politik der Bonzen. Und diese Ganoven spielen sich dreist als Vertreter der Arbeiter auf, als „Hüter der Einheitsgewerkschaft"!

IGM-Liste bei HDW/Hamburg: korrupter Sumpf

Abgewählte Betriebsratsbonzen ziehen um in die Chefetage

Skandalöse Zustände in der Hamburger IG Metall

HAMBURG. — Wie wir im „Roten Morgen" berichtet haben, wurde die eingesessene Clique der unternehmerhörigen IGM-Betriebsräte bei HDW in Hamburg durch einen Wahlsieg der oppositionellen Kräfte gestürzt. Wer jedoch geglaubt hatte, die alten Bonzen müßten durch den Verlust ihrer freigestellten Betriebsratsposten nun wieder den Blaumann anziehen und ihr Brot durch Arbeit verdienen, hat sich schwer getäuscht.

Wes Brot ich eß, dess Lied ich sing — auf der Hamburger Großwerft Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) sang die reaktionäre Clique um die bisherigen Betriebsratsfürsten Werner Peters, Otto Kock und Karl-Heinz Peters treu das Lied der Werftherren. Nichtsdestoweniger versuchte die Ortsverwaltung der IG Metall mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Arbeiterverräter von der Belegschaft aus der Betriebsratsspitze abgewählt werden können.

Das führte dazu, daß ein Teil des Vertrauensleutekörpers und der bisherigen IGM-Betriebsräte eine eigene, oppositionelle Liste bildeten, weil es anders gar nicht möglich war, einen Wechsel an der Betriebsratsspitze herbeizuführen.

Zunächst beteiligten sich 42 IGM-Vertrauensleute an dieser Liste, die sich das Kennwort „Aktive Metaller" gab. Zwei DKP-Mitglieder sprangen wieder ab, als klar geworden war, daß die Ortsverwaltung die oppositionelle Liste als „IGM-feindlich" bekämpfte. Gegen alle 42 Vertrauensleute wurde noch vor der Wahl ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Die Werftarbeiter jedoch erteilten den IGM-Bonzen eine Lektion. Sie wählten mehrheitlich die Liste der „Aktiven Metaller". Außerdem bekam auch die RGO, die mit einer eigenen Liste kandidierte, einen Sitz im Betriebsrat. Damit hat das oppositionelle Lager insgesamt 15 Sitze im Betriebsrat, denen 11 Betriebsräte der IGM-Liste und einer der Spaltergewerkschaft DAG gegenüberstehen.

Einige der bisher freigestellten Vertreter der Kock-Peters-Clique flogen durch den Wahlsieg der Opposition ganz aus dem Betriebsrat hinaus. Die verbliebenen Altbonzen verloren durch das neue Kräfteverhältnis ihre Freistellungspöstchen. Insgesamt sind es ein rundes Dutzend Freigestellte, die nach normalem Verständnis ihr Brot jetzt endlich wieder durch ihrer eigenen Hände Arbeit verdienen müßten. Bezeichnenderweise hatten die HDW-Bosse nämlich von der Kock-Peters-Clique doppelt so viele Leuge mit hoher Bezahlung freigestellt, als vom Gesetz eigentlich vorgeschrieben gewesen wäre.

Welcher zum Himmel stinkende Korruptionssumpf hier durch den Wahlentscheid der Belegschaft offengelegt wurde, zeigt sich jetzt in aller Deutlichkeit: Für die ganze ausgehaltene Clique sogenannter Arbeitnehmervertreter stellen die Werftherren großzügig nun „geeignete" Posten zur Verfügung.

So wurde für den als Säufer bekannten und skandalöserweise trotzdem bisher freigestellten Betriebsrat Rudi Dutschke der Job eines Leiters des betrieblichen Vorschlagwesens eingerichet. Andere seiner Kumpane werden im Bereich „Sozialwesen" untergebracht, wo sie praktisch ihre bisherige Funktion weiter ausüben können: den Werftherren dabei helfen, der Belegschaft Rationalisierungsmaßnahmen aufzuzwingen.

Ein regelrechter gewerkschaftspolitischer Skandal aber ist die Karriere des Spitzentrios der Altbetriebsräte: Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Werner Peters zieht samt seiner bisherigen Sekretärin vom Betriebsratsbüro in die Chefetage um: er wird „Sachbearbeiter" beim Werksvorstand. Desgleichen der bisherige Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende: er wird Chef der Personalabteilung! Der bisherige Personalchef wird zu diesem Zweck eigens in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. Und der dritte im Bunde, der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers der IG Metall Otto Kock, erhält sinnigerweise den neu eingerichteten Posten eines „Sachbearbeiters für gewerkschaftliche Fragen"!

Im übrigen haben die Herren Altbonzen bei ihrem Umzug in die Chefetagen auch gleich Akten und Einrichtungsgegenstände aus dem Betriebsratsbüro mitlaufen lassen. Überhaupt sabotieren sie die Arbeit des neugewählten Betriebsrates so gut sie können. Und als der neue Betriebsrat beschloß, beim Werksvorstand zu beantragen, daß die bisherige Zahl freigestellter Betriebsräte beibehalten werden soll, stimmten die Vertreter der IGM-Liste, die bisher die zusätzlichen Freistellungen zu ihrem persönlichen und der Werftherren Vorteil ausgenutzt haben, geschlossen dagegen.

Zwar wurden die bestochenen Kreaturen der Werftkapitalisten durch den Wahlsieg der Opposition aus der Betriebsratsspitze von HDW/Hamburg herauskatapultiert. Aber in der IG Metall halten diese Elemente und ihresgleichen noch allenthalben das Heft in der Hand. Nicht nur in Hamburg! Nur der kompromißlose Kampf einer organisierten, klassenkämferischen Opposition kann diese abgrundtiefe Kloake von Arbeiterverrat trockenlegen. Deshalb brauchen wir die RGO!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

10. Bundesfrauenkonferenz des DGB

Kritik an DGB-Führung und SPD-Prominenz

Kapitalistische Ausbeutung: Basis der Diskriminierung

ESSEN. — „Gleiche Rechte und Chancen durchsetzen". Unter diesem Motto fand im Essener „Saalbau" vom 20. bis 22. Mai die 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB statt. Im Gegensatz zum außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im vergangenen März wurden hier die gewerkschaftspolitischen Widersprüche nicht völlig hinter die Kulissen gedrückt. In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen setzte es Kritik an der Haltung der DGB-Führung zum Kampf der Frauen und zu anderen wichtigen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Bereits das verwaschene Motto der Konferenz läßt ahnen, daß die DGB-Führung ein konsequentes Herangehen an die „Frauenfrage" fürchtet. Sicher ist es richtig, gleiche Chancen und Rechte für die Frauen zu fordern und dafür zu kämpfen. Bereits beim „dafür kämpfen" kommt allerdings der wunde Punkt. Zu Recht wurde von Gewerkschafterinnen in Redebeiträgen auf der Konferenz die Frage gestellt, wann endlich vom DGB auch gewerkschaftliche Kraft eingesetzt werde, damit die Programme, Forderungen und Beschlüsse gewerkschaftlicher Konferenzen in Bezug auf den Kampf gegen die Diskriminierung der Frauen nicht nur Papier bleiben, sondern in die Praxis umgesetzt werden können.

Warum zum Beispiel hat der DGB-Bundesvorstand immer wieder versucht, den internationalen Frauentag im DGB zu unterdrücken? Man kann das nur begreifen, wenn man sich dessen bewußt ist, daß die besondere Benachteiligung, Ausbeutung und Unterdrückung der Frau, sei es in wirtschaftlicher, sozialpolitischer oder kultureller Hinsicht, im kapitalistischen Ausbeutungssystem selbst wurzelt.

Sowenig die DGB-Bonzen sich für den Kampf für die Beseitigung dieses Systems erwärmen können, sowenig sind sie auch bereit, einen konsequent geführten Kampf gegen die schreiendsten Mißstände und Ungerechtigkeiten zu akzeptieren oder gar zu unterstützen, die der Kapitalismus hervorbringt.

Verraten die Bonzen beispielsweise in der Lohnrunde bereits die Forderung der Arbeiter, einen Abbau der Reallöhne zu verhindern, so verraten sie erst recht die Forderung, endlich die skandalöse Lohngruppe 2, die der Diskriminierung der Arbeiterinnen dient, zu Fall zu bringen.

Gewiß muß die Gewerkschaft gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen fordern. Das ist notwendig. Genauso notwendig aber ist es, nicht bei dieser Losung stehen zu bleiben. Es ist notwendig, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt zu bekämpfen.

Nur auf dieser Grundlage wird der Kampf für die Rechte und Chancen der Frauen von den Gewerkschaften auch mit Taten vorangetrieben werden können. Denn dieser Kampf muß ebenso als Klassenkampf begriffen und geführt werden, wie der gewerkschaftliche Kampf überhaupt. Sozialpartnerschaft und Klassenversöhnung sind der Sumpf, in dem immer wieder auch die einfachsten, elementarsten Forderungen der gewerkschaftlichen Frauenbewegung versacken.

Diese Fragen wurden auf der Bundesfrauenkonferenz nicht konsquent aufgeworfen. Auch nicht von den fortschrittlichsten Kolleginnen. Aber sie spiegelten sich dennoch in den Diskussionen und Anträgen, an der zum Teil scharfen Kritik einiger Kolleginnen an der DGB-Führung wider.

Eine Delegierte erklärte zum Beispiel, es sei untragbar, daß die Sorgen der Bevölkerung um den Frieden, die Notwendigkeit des Friedenskampfes, im Geschäftsbericht überhaupt nicht angesprochen wurden. Verschiedene Anträge forderten demgegenüber die Zurücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses. Darüber dürften die Herren und Damen der DGB-Führung nicht eben erfreut gewesen sein.

Scharfe Kritik wurde auch laut an den Versuchen der DGB-Führung, den 8. März als internationalen Frauentag im DGB zu unterdrücken. Auch dazu gab es Anträge an den Kongreß. Fragen wurden aufgeworfen wie: warum unterstützte die DGB-Führung nicht die Aktionen der Frauenbewegung gegen den Paragraphen 218?

Protest gab es teilweise auch gegen die von der DGB-Führung geladenen Ehrengäste. Die Bonner Parteien waren durch prominente Vertreter repräsentiert. Vertreter etwa der Grünen oder der Alternativen, die ja immerhin teilweise auch in Länderparlamenten vertreten sind, waren dagegen nicht geladen. Steht die CSU dem DGB etwa näher als die Alternative Liste von Westberlin?

NRW-Arbeitsminister Farthmann erntete Protest, als er dummdreist in seiner Grußansprache behauptete, die Forderung „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" sei schon fast verwirklicht. Ähnlich erging es auch Bundesarbeitsminister Ehrenberg, der sich bemüßigt fühlte, das Problem der Frauenarbeitslosigkeit herunterzuspielen.



Kritik an der DGB-Führung gab es auf der Bundesfrauenkonferenz des DGB im Essener Saalbau. Das Foto zeigt einen Ausschnitt aus dem Delegiertenforum.

Putzfrauenaktion beim DGB-Frauenkongreß

IG-Bau-Kolleginnen warben um Unterstützung für ihren Kampf

Weg mit der Sozialversicherungsgrenze!

Arbeiterkorrespondenz **(Dortmund). — Die Delegierten und Ehrengäste, die am 20. Mai zur Eröffnung der Bundesfrauenkonferenz im Essener Saalbau strebten, trafen vor dem Kongreßgebäude zuerst einmal auf eine etwa 15köpfige Gruppe von Kolleginnen, die zwar keinen Delegiertenausweis, dafür aber Flugblätter, Parolen und Unterschriftenlisten dabei hatten. Ihre Forderung, für die sie um Unterstützung warben: „Weg mit der Sozialversicherungsgrenze!"**

Die Sozialversicherungsgrenze bedeutet, daß bei einem monatlichen Verdienst, der unter 390 Mark liegt, keine Beiträge für die Sozialversicherung entrichtet werden müssen. Sie ist faktisch ein Instrument, mit dem skrupellose Unternehmer vor allem Frauen, die auf Erwerbsmöglichkeiten mit geringer Arbeitszeit angewiesen sind, auf brutale Weise ausbeuten. Am stärksten verbreitet ist diese Form der Ausnutzung von Frauenarbeit im Gebäudereinigerhandwerk. Rund 45 Prozent der Putzfrauen im Gebäudereinigerhandwerk arbeiten unter der 390-Mark-Grenze und sind somit nicht sozialversichert.

Was bedeutet dies für die Betroffenen? Kein Anspruch auf Krankengeld bei längerer Arbeitsunfähigkeit; keine eigenen Rentenansprüche; keinen Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Außerdem: noch weniger Möglichkeiten, sich gegen Unternehmerwillkür zu wehren als üblich. Vor allem aber ist die 390-Mark-Grenze praktisch ein Knüppel, mit denen der Unternehmer immer größere Arbeitsleistung bei effektiv sinkendem Lohn aus den Frauen herausschinden kann.

Da jede tarifliche Lohnerhöhung zum Überschreiten der Freigrenze von monatlich 390 Mark führen kann, erzwingen die Unternehmer immer wieder, daß die gleiche Arbeitsleistung von den Frauen in kürzerer Arbeitszeit erbracht wird. Die Frauen müssen also immer mehr leisten, ohne daß ihr faktisches Monatseinkommen steigt.

Seit etwa einem Jahr haben Kolleginnen von der Fachgruppe Gebäudereiniger der IG Bau-Steine-Erden im Ruhrgebiet aktiv den Kampf gegen diese Methode der Ausbeutung aufgenommen. Die Unternehmer reagierten darauf wie von der Tarantel gestochen. So versuchte der Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks eine Fragebogenaktion unter den Putzfrauen, die vom Bezirksverband Dortmund der IG Bau zur 390-Marks-Grenze durchgeführt wurde, mit Verboten und Drohungen zu unterdrücken.

Die 15 Kolleginnen der IG Bau aus Essen, Dortmund und Düsseldorf fanden vor dem Essener Saalbau guten Anklang bei den meisten Delegierten mit ihrer Aktion. Viele Kolleginnen unterschrieben für die Forderung nach Abschaffung der Sozialversicherungsgrenze und versprachen auch, den berechtigten Kampf der Putzfrauen im DGB bekanntzumachen. Anders die Vorsitzende des nordrhein-westfälischen DGB-Frauenausschusses: sie verweigerte ihre Unterstützung und Unterschrift. Und zwar mit dem erstaunlichen Argument, dann müßte ja jeder, der sich eine Putzfrau nimmt, auch noch Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Offenbar schwebt diese Dame bereits in „höheren Regionen"!

Bundesarbeitsminister Ehrenberg hingegen, als geladener Ehrengast anwesend, unterschrieb. Sein Landesminister-Kollege Farthmann (NRW-Arbeitsminister) widerum verweigerte die Unterschrift.

Ein Polizist sah gar durch die Aktion der Putzfrau die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht und forderte per Funk einen Mannschaftswagen der Polizei an. Die Kolleginnen jedoch ließen sich nicht vertreiben. Sarkastisch fragten sie den „Ordnungshüter", ob er sie vielleicht auch gleich erkennungsdienstlich behandeln lassen wolle, für die Kartei des Verfassungsschutzes.



Vor dem Konferenzgebäude in Essen führten Putzfrauen, die in der IG Bau-Steine-Erden organisiert sind, eine Aktion für ihre Forderung nach Abschaffung der Sozialversicherungsfreigrenze durch. Die Gewerkschafterinnen nahmen auch Bundesarbeitsminister Ehrenberg in die Mangel, der dem Kongreß als „Ehrengast" beiwohnte.

Lohnrunde '81

Chemieverhandlungen im Rheinland gescheitert

Einzelhandel in NRW: HBV schließt mit 4,9 Prozent ab

DÜSSELDORF. — Während die Chemie-Tarifverhandlungen in den Bezirken Rheinland-Pfalz und Nordrhein zunächst gescheitert sind, zeichnet sich im Einzelhandel ein Ende der diesjährigen Lohnrunde ab: die Gewerkschaft HBV akzeptierte in Nordrhein-Westfalen einen Tarifabschluß von 4,9 Prozent.

Die Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Einzelhandels erhalten rückwirkend vom 1. April an 4,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Damit hat sich hier der gleiche faule Kompromiß durchgesetzt, den die IG Metall-Bonzen in Sindelfingen eingegangen sind und der erheblich hinter der Teuerungsrate zurückbleibt. Für die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel ist dies ein saurer Apfel: Ihre Einkommen sind ohnedies im Durchschnitt sehr niedrig.

In der Chemieindustrie hat sich die Tarifauseinandersetzung inzwischen verschärft. In den Bezirken Nordrhein (180000 Beschäftigte) und Rheinland-Pfalz (100000 Beschäftigte) sind die Verhandlungen aufgrund des Festhaltens der Kapitalisten an ihrem unverschämten Angebot von nur 4 Prozent gescheitert. Der Bezirk Nordrhein der IG Chemie hat die Schlichtungsstelle angerufen.

Allerdings ist es denkbar, daß noch vor dem Einsetzen der Schlichtungsverhandlungen von den IG-Chemie-Führern ein Kompromiß angestrebt wird, um „die Gefahr" eines Scheiterns der Schlichtung und damit eines Arbeitskampfes zu bannen. Die Bezirke Nordrhein und Rheinland-Pfalz sind die wichtigsten und vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt her die kampfstärksten Bezirke. In diesen Bezirken konzentrieren sich die Chemie-Giganten BASF, Bayer und Hoechst mit ihren enorm großen Belegschaften.

Die IG-Chemie-Führung hat indessen in die Welt hinausposaunt, die 7,5-Prozent-Forderung, die in allen Bezirken aufgestellt wurde, sei keineswegs „ultimativ" zu verstehen. Dies, obwohl die Chemie-Konzerne nach wie vor riesige Profite scheffeln und auch die Konjunktur in der Chemie-Industrie aufsteigende Tendenzen zeigt.

Nähmen die IG-Chemie-Bonzen ihr eigenes Gerede von Reallohnsicherung ernst, so müßten die allerdings die 7,5 Prozent ultimativ fordern. Denn selbst nach Angaben kapitalistischer Wirtschaftsjournalisten ist unter dieser Marke keine Sicherung der Reallöhne zu gewährleisten.

Warnstreik der IGM bei AEG-Telefunken

IGM-Funktionäre als Streikbrecher

Enthüllung der KPD-Betriebszeitung „Der rote Funke"

WESTBERLIN. — Traurige Zustände im betrieblichen Funktionärskörper der IG Metall bei AEG-Telefunken (Werk Schwedenstraße) enthüllte vor kurzem „Der rote Funke", die Betriebszeitung der KPD. Beim Warnstreik vom 22. April im Rahmen der Lohnrunde taten sich Betriebsräte der IGM-Liste und IGM-Vertrauensleute als Streikbrecher hervor. Nachstehend dokumentieren wir den Artikel aus „Der rote Funke", der diese Schweinerei aufgedeckt hat.

„Freitag, den 10.4.: Obwohl von den IG-Metall-Vertrauensleuten nur schwach mobilisiert wurde, nahmen fast alle Kolleginnen und Kollegen am Warnstreik teil. Kollegen, die die Vertrauensleute am Tag vor dem Warnstreik danach fragten, bekamen als Antwort: ‚Keine Ahnung' oder ‚Ja, stimmt, aber nicht weitersagen.' Nur die Chefs wußten Bescheid.

Es gab auch Kollegen, die, obwohl sie gewerkschaftlich organisiert sind, nicht an dem Warnstreik teilnahmen und sich noch für die Schmutzarbeit hergaben: sie notierten die Personalnummern, als die Kollegen ins Werk zurück kamen.

Das ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten. Solche ‚Kollegen' haben nichts in der Gewerkschaft zu suchen. Aber am 22.4. kam es noch dicker:

Am Tage vorher wurde das IG-Metall-Flugblatt, das zum Warnstreik aufruft, verteilt. In vielen Betrieben traten nun die Vertrauensleute zusammen und berieten, wie sie den Warnstreik am besten organisieren, Treffpunkt usw. Bei uns nicht!

Aber nicht nur das: Die meisten IGM-Betriebsräte und -V-Leute beteiligten sich nicht am Streik. Der Betriebsrat legte seine Sitzung auf 9.30 Uhr. Um 10 Uhr, als die RGO-Betriebsrätinnen Meier und Schmidt zur Sitzung gingen, war sie schon beendet.

Hätte nicht jeder ehrliche Gewerkschafter einen Streik seiner Gewerkschaft unterstützen müssen? Hätte die Sitzung nicht um 10 Uhr beginnen können? Sonst ist das doch kein Problem, wenn eine ‚wichtige' Sache dazwischenkommt.

Ein Streik muß organisiert werden; die Entscheidung, ob er sich beteiligt oder nicht, trifft natürlich jeder Kollege alleine. Bei uns haben sich die große Mehrheit — auch beim zweiten Male — für die Teilnahme entschieden.

Diese große Teilnahme zeigt die Bereitschaft der TFR-Kolleginnen und Kollegen, gewerkschaftliche Aktionen zu unterstützen. Hier ging es um mehr Lohn, aber auch um unsere Arbeitsplätze.

Daraus sollte die IG-Metall ihre Lehren ziehen und endlich den Kampf zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze organisieren. Wie hieß es doch so richtig im Flugblatt der IGM vom 27.1.81: ‚Der Kampf um unsere Arbeitsplätze ist noch nicht zu Ende. Er beginnt erst jetzt!'"

Vereinigte Kammgarnspinnerei Delmenhorst

Massenklage gegen Entlassungen hatte Erfolg

RGO ergreift Initiativen gegen Entlassungsfeldzug

DELMENHORST — Ende des vergangenen Jahres hatten die Bosse der Vereinigten Kammgarnspinnerei Delmenhorst [VKS] Vergleich angemeldet und die 850-köpfige Belegschaft vor die Tür gesetzt. Ein anderer Unternehmer übernahm die Firma, der einen Teil der Belegschaft neu einstellt. Aber nur unter der Bedingung, daß die Kollegen ihm ihre Entlassungsabfindung übereignen. Am 15. Mai fand vor dem Arbeitsgericht die Verhandlung über eine Massenklage von VKS-Beschäftigten gegen diese Entlassung statt.

Es ist ein ganz schmutziges Spiel, was die Kapitalisten da mit der VKS-Belegschaft betrieben haben: Zuerst wird die gesamte Belegschaft entlassen und dann „darf sich ein Teil, nämlich 450 Beschäftigte, bei dem neuen Boss Rehers in ihren alten Arbeitsplatz wieder „einkaufen". Rehers und seine Hintermänner kassieren die Entlassungsabfindungen, die vom Steuerzahler per staatlicher Subventionierung des Sozialplanes finanziert wurden.

Hinzu kommt, daß alle bisher erworbenen sozialen Rechte den „neueingestellten" Kolleginnen und Kollegen verloren gehen. Man erhält einen völlig neuen Arbeitsvertrag mit neuer Probezeit. Und dann: von den 850 ehemals Beschäftigten stellt Rehers 450 wieder ein. Aber gleichzeitig will er die gleiche Produktionsmenge herausfahren, wie VKS vorher mit 850 Beschäftigten!

Die Fäden bei dieser schmutzigen Operation zieht die Dresdner Bank, die sowohl das VKS-Management als auch den neuen Boss an ihrem langen Arm hält. Sie macht dabei natürlich den dicken Reibach, der noch zusätzlich aufgestockt wurde durch öffentliche Gelder, die die Stadt Delmenhorst und das Land Niedersachsen „zur Rettung der Arbeitsplätze" springen ließen. Das Ganze ist eine skandalöse Finanzspekulation, bei der einige Großaktionäre schwer profitieren, während die Arbeiter teils ihren Arbeitsplatz verlieren, teils sich noch hemmungsloser ausbeuten lassen müssen als zuvor.

Und der Betriebsrat? Und die Gewerkschaft? Was haben sie unternommen? Die große Mehrheit des Betriebsrates und die zuständigen Bonzen der IG Textil und Bekleidung haben das Spielchen der Finanzhaie und der Politiker mitgespielt!

Die einzige Organisation, die versucht hat, den Kampf gegen die Entlassungen zu organsieren, war die RGO. Sie organisierte mehrere Versammlungen und einen Marsch von Belegschaftsmitgliedern zum Gewerkschaftshaus, um gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu fordern. An dieser Aktion beteiligten sich 70 Kolleginnen und Kollegen. Allerdings gelang es nicht, die Bonzen zur Organisierung von gewerkschaftlichen Maßnahmen zu zwingen.

Auf Initiative der RGO kam es dann dazu, daß über 60 Kollegen Klage gegen ihre Entlassung beim Arbeitsgericht einreichten. Über zehn dieser Klagen wurde am 15. Mai in erster Instanz verhandelt. Und die Kollegen gewannen den Prozeß! Die Kündigungen wurden für unwirksam erklärt.

Allerdings wird die Firma wohl Berufung einlegen und damit zunächst die Wiedereinstellung der Kollegen hinauszögern. Ein Kollege schickte uns folgenden Bericht über den Arbeitsgerichtsprozeß:

„Geschafft! Der Prozeß ist gewonnen. Über 60 Zuschauer kamen ins Arbeitsgericht. Der Fall hatte in Delmenhorst und auch in den Zeitungen viel Interesse erregt. Die Richter zeigten sich sehr überrascht, als sie den überfüllten Gerichtssaal sahen.

Die Kündigungen wurden für unwirksam erklärt. Das bedeutet, juristisch besteht das Arbeitsverhältnis der Kollegen mit VKS weiter. Der Antrag auf sofortige Wiedereinstellung wurde jedoch vom Gericht abgelehnt, weil die Firma in die Berufung gehen kann und dies auch wohl tun wird.

Dieser Antrag war von einem der zehn Kläger, einem Mitglied des früheren Betriebsrates bei VKS, gestellt worden. Er hatte gleichzeitig Antrag auf weitere Ausübung seiner Betriebsratstätigkeit gestellt. Gegen die Ablehnung seiner Anträge will er eventuell Berufung einlegen.

Falls VKS gegen das Urteil des Arbeitsgerichts nicht binnen vier Wochen Berufung einlegt, würde das Landesarbeitsgericht dann erst in sechs Monaten das Urteil der ersten Instanz für rechtskräftig erklären. Das heißt, erst dann müßten die Kollegen wieder eingestellt werden."



Stahlarbeiterdemonstration am 18. Mai in Gelsenkirchen. Die IGM-Bonzen stellen statt konkreter Forderungen für den Erhalt der Arbeitsplätze die sogenannte Wirtschaftsförderung durch Steuergelder in den Vordergrund. Auf diese Weise haben sie auch den Kampf der Hoesch-Arbeiter in Dortmund für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sabotiert.

Stahlarbeiterdemonstration in Gelsenkirchen

Thyssen plant Stillegung des „Schalker Vereins"

3 000 Arbeitsplätze sind bedroht — Thyssen-Boß: „Ballast abwerfen"

GELSENKIRCHEN. — Am 18. Mai demonstrierten in Gelsenkirchen mehr als 2 000 Stahlarbeiter gegen die drohende Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Der letzte Hochofen beim „Schalker Verein" soll verschrottet werden. Pläne zur Stillegung des gesamten Hüttenwerkes werden in den Schubladen der Thyssen-Konzernspitze vermutet. Insgesamt sind in Gelsenkirchen durch die Profitstrategie der Thyssen-Bosse die Arbeitsplätze von 3 000 Kollegen unmittelbar in Gefahr.

Die Konzernherren von Thyssen fordern von Bund und Land, daß sie den Neubau eines Gießereizentrums, dessen Finanzierung 100 Millionen Mark kosten würde, mit 70 Millionen Mark subventionieren. Ansonsten müßte die Rohrgießerei auf dem „Schalker Verein" stillgelegt werden. Die Bundesregierung jedoch hat diese Subventionen bisher verweigert. Letzlich aber geht es nicht nur um die Existenz der Rohrgießerei, sondern um das gesamte Hüttenwerk.

Andererseits wäre Thyssen leicht in der Lage, die 100 Millionen selbst aufzubringen. Der Konzern hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr Milliardenprofite gescheffelt. So hat Thyssen beispielsweise mit 550 Millionen Mark den amerikanischen Budd-Konzern gekauft.

Der neue Direktor des „Schalker Vereins", Tillmann Kömpel, hat ziemlich deutlich ausgesprochen, warum Thyssen nicht bereit ist, das neue Gießerei-Zentrum zu bauen: „Wir müssen Ballast abwerfen". Und wo die Konzernherren sich keinen optimalen Profit aus dem investierten Kapital mehr versprechen, sind Tausende von Stahlarbeitern, die sich Jahrzehnte lang in den Knochenmühlen von Thyssen geschunden haben, nur noch Ballast!

Gegenwärtig sind auf dem „Schalker Verein" noch 2 400 Menschen beschäftigt. Als der Stahlmarkt noch Hochkonjunktur verzeichnete, waren es einmal 7 000. Wenn das neue Gießereizentrum nicht gebaut wird, droht außer der Stillegung des Hüttenwerks „Schalker Verein" auch noch die Stillegung des Thyssen-Tochterunternehmens „Gelsenguß".

Das dortige Gußstahlwerk sollte ursprünglich durch das neue Gießereizentrum ersetzt werden. Jetzt ist davon die Rede, daß diese Produktion überhaupt nicht mehr gebraucht wird. Die „Gelsenguß" beschäftigt gegenwärtig noch 600 Menschen. Insgesamt sind also mindestens 3 000 Arbeitsplätze in Gelsenkirchen durch Thyssen bedroht.

Wie verbrecherisch diese Profitstrategie der Thyssen-Kapitalisten ist, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß Gelsenkirchen schon seit Jahren an der Spitze der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet liegt. Gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote hier (wie seit Anfang des Jahres auch in Dortmund) bei 8,1 Prozent.

Viele jüngere Leute wandern aus Gelsenkirchen ab und suchen außerhalb des Ruhrgebietes eine Existenzmöglichkeit. Nicht zuletzt die Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie ist für diese Entwicklung verantwortlich. Einst wurde Gelsenkirchen die „Stadt der tausend Feuer" genannt. Nun sollen auch noch die letzten Hochöfen verlöschen. Bereits seit 1974 ist die Bevölkerung Gelsenkirchens jährlich um ca. 4 000 Personen geschrumpft.

Die IGM-Bonzen und die lokalen SPD-Politiker versuchen auch in diesem Fall, mit Vertröstungen auf Hilfen aus Bonn und Düsseldorf die Unruhe der Arbeiter zu dämpfen. Die Erfahrungen aber zeigen immer wieder, daß die einzige „Hilfe" der Regierung darin besteht, den Konzernherren durch Steuererleichterungen und Subventionen ihre Arbeitsplatzvernichtung zu „vergolden" und ihnen bei der sogenannten „sozialen Flankierung" der Massenentlassungen auch noch die finanziellen Lasten abzunehmen. Dadurch sollen die Arbeiter vom Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze abgehalten werden.

Auch in Gelsenkirchen haben die Gewerkschaftsbonzen — wie in Dortmund — anstatt konkreter Forderungen nach dem Erhalt der Arbeitsplätze das Schlagwort von der „Wirtschaftsförderung" in den Vordergrund gestellt. Demgegenüber lautete eine andere Parole der Gelsenkirchener Stahlarbeiter auf der Demonstration vom 18. Mai: **„Hoesch lehrt: Nicht auf Bonn vertrauen, auf die eigene Kampfkraft bauen"**. Genau da liegt der einzige Weg, um zu verhindern, daß Thyssen die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen durch die geplanten Stillegungen über die 10-Prozent-Grenze treibt!



Krupp-Arbeiter aus Hagen demonstrierten am 22. Mai vor der Villa Hügel gegen die Vernichtung von 5 000 Arbeitsplätzen durch den Krupp-Konzern. In der Villa Hügel fand an diesem Tag eine Aufsichtsratssitzung von Krupp statt. Die demonstrierenden Gewerkschafter empfingen die Herren vom Aufsichtsrat und den Generalbevollmächtigten Berthold Beitz mit Sprechchören.

AEG-Bosse kündigen Stillegung in Westberlin an

700 Beschäftigte sollen entlassen werden

IGM-Bonzen: seit Monaten informiert aber nichts unternommen

WESTBERLIN. — Das zum AEG-Konzern gehördende Westberliner Telefunken-Werk in der Schwedenstraße mit 1 200 Beschäftigten soll stillgelegt werden. 700 Beschäftigte sollen noch innerhalb des laufenden Jahres entlassen werden. Über diese Pläne waren die IGM-Führer und die Ortsverwaltung mindestens seit dem letzten Jahr informiert. Anstatt jedoch Gegenmaßnahmen einzuleiten, haben sie die Belegschaft betrogen und sie über die Absichten der AEG-Bosse im unklaren gelassen.

Am 11. Mai hat der Werksvorstand die Entlassung von 350 Beschäftigten des Werkes TRF-Schwedenstraße beim Westberliner Landesarbeitsamt angemeldet. Weitere 350 Entlassungen sind noch in diesem Jahr geplant. Die Zukunft der übrigen 500 Belegschaftsmitglieder ist ungewiß. Bei der auch in Westberlin grassierenden Arbeitsplatzvernichtung im Bereich der Industrie sind die Aussichten für die entlassenen Kollegen auf einen neuen Arbeitsplatz trübe. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie Westberlins ist seit 1960 von damals 300 000 auf jetzt 170 000 gesunken.

Daß die AEG-Bosse bei TRF-Schwedenstraße Massenentlassungen planen, war bereits seit 1979 bekannt. Zunächst aber wurde die Belegschaft hauptsächlich durch vorzeitige Pensionierungen, Krankheitskündigungen und die sogenannte „natürliche Fluktuation" verkleinert. Seit 1979 wurden auf diese Weise 350 Arbeitsplätze abgebaut.

Die verantwortlichen Funktionäre der IG Metall und die Betriebsratsspitze verkauften diese Schleichende Arbeitsplatzvernichtung als einen Weg, um „Schlimmeres zu verhüten". Eine klassenkämpferische Betriebsrätin von der oppositionellen Liste „Lichtblick" warnte bereits Ende 1979 auf einer Belegschaftsversammlung vor dieser Illusionsmacherei. Ihre Argumente wurden jedoch von der Betriebsratsspitze als „Schwarzseherei" abqualifiziert.

Im vergangenen Jahr war dann zum erstenmal davon die Rede, daß das ganze Werk Schwedenstraße auf der Stillegungsliste der Konzernbosse steht. Die Betriebszeitung unserer Partei, **„Der rote Funke"**, warnte damals vor den Plänen der AEG-Kapitalisten. Jetzt schreibt **„Der rote Funke"** in seiner neuesten Ausgabe: „Auch zu diesem Zeitpunkt hielten es die IGM-Betriebsräte und Vertrauensleute nicht für nötig, Maßnahmen zur Rettung unserer Arbeitsplätze zu ergreifen. Nicht einmal eine Betriebsversammlung wurde einberufen, um den Kollegen das Ausmaß der Angriffe auf ihre Arbeitsplätze klarzumachen."

„Der rote Funke" befaßt sich in dem Artikel auch mit der gesamten wirtschaftlichen Situation in Westberlin, mit der Wirtschaftspolitik des Senats, durch die die zunehmende Vernichtung der industriellen Arbeitsplätze mit Subventionen und Steuervergünstigungen gefördert wird. Die grundlegende Ursache für wachsende Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse liegt — so betont die Betriebszeitung — im kapitalistischen System begründet. Deshalb ist der Ausweg für die Arbeiter nur der Sozialismus. Das heißt aber keineswegs, daß man sich heute gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Politiker nicht wehren muß und kann:

„Wenn wir zusammenhalten, können wir auch jetzt Verbesserungen erkämpfen. Und vor nichts fürchten sich die Herren der Fabriken und Banken mehr als vor kämpfenden Arbeitern. Und wir lernen dabei und erleben wie stark wir sind, wenn wir einig sind.

Stop der Arbeitsplatzvernichtung — keine weiteren Entlassungen! Unser Werk darf nicht geschlossen werden — Beschaffung von Ersatzproduktion!"

Unser Standpunkt

Aktionsprogramm der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Ein Land der Gegensätze

Es gibt viel bei uns. Aber für dich zu wenig. Wir bauen die tollsten Computer, Maschinen, die die Arbeit leichter machen. Und trotzdem mußt du dich nach der Ausbildung abrackern, damit zu leben kannst.

Wir haben qualifizierte Techniker, Ingenieure und Ausbilder, die dir sicherlich eine Menge beibringen können. Aber du rennst dir die Hacken ab nach einem Ausbildungsplatz; bekommst keinen — oder einen, den du gar nicht willst — und bist dann eine billige Arbeitskraft.

In den Universtitäten bereiten sich Studenten auf ihre Lehrertätigkeit vor. Aber sie bekommen keine Planstelle, sind zu Tausenden arbeitslos. Und du kannst weiter mit 40 Schülern in einer Klasse sitzen und darauf warten, arbeitslos zu werden.

Du bist ein „mündiger Bürger", wenn es darum geht, Steuern zu zahlen, den Wehrdienst abzureißen oder Überstunden zu schieben. Aber sie lassen dich nicht mitreden, wollen deine Meinung im Betrieb, in der Schule und beim „Bund" gar nicht hören.

Du willst eine anständige Wohnung, deine Freizeit sinnvoll gestalten. Aber da stehen sie schon! Die Spekulanten, die Wohnungen leerstehen lassen und die eine Wohnung anbieten, die du gar nicht bezahlen kannst.

Und in der Freizeit — Konsumterror! Sie wollen dir einreden, wie du dich zu kleiden hast, wollen dir billigen Ersatz für wirkliche Freiheit anbieten.

Sie machen dir das Jugendzentrum dicht, bauen Atomkraftwerke, Truppenübungsplätze und Startbahnen quer durch die Landschaft. Sie schütten ihren Dreck in die Flüsse und Seen, verpesten unsere Umwelt.

Den Herrschenden in der Bundesrepublik, den Monopolherren, Kanzlern und Ministern geht es nur um satte Gewinne. Dafür machen sie alles. Dafür würden sie auch Deutschland in eine atomar verseuchte Wüste verwandeln.

Und wo bleiben wir?

Für uns Jugendliche sieht's böse aus. Ständig sollen wir hinten anstehen. Aber warten auf bessere Zeiten bringt nichts. Die Herrschenden geben uns bestimmt nichts freiwillig. Wir müssen uns unsere Rechte selbst erkämpfen.

Deshalb schlagen wir — die Kommunistische Jugend Deutschlands — allen, die Mut haben und sich nichts mehr gefallen lassen wollen, allen, die gegen das Rückständige und Reaktionäre aufstehen und kämpfen wollen, vor:

Mach mit!

Wer sich nicht wehrt — lebt verkehrt! Wir müssen unsere Forderungen gemeinsam durchsetzen. Und wir rechnen mit dir. Genauso wie du mit uns rechnen kannst. Denn allein machen sie dich ein, aber organisiert sind wir stärker. Deshalb: Alle zusammen für die Forderungen der Jugend.

Wir wollen Arbeit

Weit über 100000 Jugendliche sind Anfang 1981 arbeitslos. Dabei sind viele arbeitslose Jugendliche noch nicht einmal beim Arbeitsamt registriert. Die Dunkelziffer ist groß. Und in den nächsten Jahren wird es noch mehr arbeitslose Jugendliche geben. Schon heute sind in der Bundesrepublik über eine Million Menschen ohne Arbeit. Darum:

- **Stoppt die Jugendarbeitslosigkeit!**
- **Qualifizierte Berufsausbildung für Jungen und Mädchen!**
- **Mehr Ausbildungsplätze in der Industrie! Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten für die Kleinbetriebe!**
- **Weg mit der Stufenausbildung!**
- **Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und wirksame Kontrolle!**
- **6 Wochen Mindesturlaub für alle!**
- **14 Tage bezahlten Bildungsurlaub für alle Jugendlichen bis 25 Jahre!**
- **Anbindung der Ausbildungsvergütungen an den Facharbeiterecklohn!**
- **An zwei arbeitsfreien Tagen Berufsschulunterricht von sechs Stunden!**
- **Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf!**
- **Arbeitslosengeld für arbeitslose Schulabgänger!**

Wir wollen Freiheit und Demokratie

Freiheit und Demokratie gibt es bei uns bald nur noch für die Reichen. Sobald wir den Mund aufmachen, kommt der Hammer von oben. Wir wollen nicht von irgendwelchen Institutionen andauernd beobachtet werden, überall nachfragen müssen, was man tun darf und was nicht. Wir wollen nicht verwaltet werden, sondern die Möglichkeit haben, uns selbst zu verwirklichen. **Was ist das für ein Staat, der die Jugend am Gängelband führt?! Was ist das für ein Staat, der nicht zulassen will, daß die Jugend ihre Meinung sagt?! Was ist das für ein Staat, der der Jugend nur das gibt, was sie sich erkämpft?! Das ist kein Freiheitsstaat. Das ist ein Unterdrückerstaat! So einen Staat lehnen wir ab.**

Denn dieser Staat will sich eine unkritische Jugend heranziehen. Schülerzeitungen werden verboten, ihre Herausgabe durch Streichung der Mittel verhindert, wenn sie im Sinne der Jugend Stellung beziehen. Überall schnippelt die Zensurschere.

Jugendsendungen werden mehr und mehr angegriffen und eingeschränt. Die Sendezeiten für gute Jugendsendungen ständig gekürzt. Zensur durch die Intendanten sind die Regel. Alles Kritische soll aus den Jugendsendungen entfernt werden. Wir wollen gehört werden:

- **Keine Zensur von Rundfunk und Fernsehen!**
- **Wahrheitsgemäße Berichterstattung!**
- **Kommunistische und fortschrittliche Jugendorganisationen müssen zu Wort kommen!**
- **Keine Zensur der Schülerpresse!**

Aber nicht nur, daß unsere Meinung in Rundfunk und Fernsehen, in der Presse unterdrückt wird — auch das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wird immer weiter eingeschränkt. Doch die Jugend läßt sich das Recht auf die Straße nicht nehmen. Wir durchbrechen die Demonstrationsverbote.

Wir wehren uns gegen die staatliche Bespitzelung durch Computer und Polizei. Und wir wehren uns ganz entschieden gegen das immer offenere und freche Auftreten von faschistischen Organisationen. Faschistische Bombenwerfer werden vom Staat nicht verfolgt, während gegen fortschrittliche und kommunistische Menschen Berufsverbote ausgesprochen werden.

- **Keine Einschränkung, sondern Ausweitung des Demonstrationsrechts!**
- **Keine Bespitzelung in Betrieb und Schule! Weg mit der Jugendpolizei!**
- **Sofortiges Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen! Verbot und Bestrafung faschistischer und rassistischer Propaganda!**
- **Weg mit den Notstandsgesetzen! Gegen Polizeiterror und weitere Aufrüstung der Polizei!**
- **Berufsverbote müssen fallen!**



Junge Kommunisten demonstrieren für den Frieden.

Diskriminierung wo man hinsieht. Im gesellschaftlichen Leben benachteiligt, sind Mädchen und Frauen je nach Wirtschaftslage die billigen Arbeitskräfte oder sie werden in den Haushalt verbannt. Von Werbemanagern vermarktet, werden Mädchen in Zeitungen mit millionenfacher Auflage als Sexualobjekte ausgenutzt.

Die Gleichberechtigung, die auf dem Papier steht, muß erst noch erkämpft werden.

Und die Diskriminierung hört bei den Mädchen und Frauen nicht auf. Besonders davon betroffen sind unsere ausländischen Kollegen und die Behinderten. Ausländer werden als Menschen dritter Klasse behandelt. Ihnen werden die elementarsten Menschenrechte verwehrt. All das zeigt uns doch, daß in diesem Staat für uns keine Demokratie da ist.

Deshalb fordern wir:

- **Keine Benachteiligung der Mädchen und Frauen!**
- **Ersatzlose Streichung des § 218!**
- **Abschaffung der ungleichen Erziehung in Familie, Schule und Kindergarten!**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- **Weg mit den unteren Lohngruppen!**
- **Zulassung von Frauen zu allen Berufen!**
- **Weg mit dem reaktionären Ausländergesetzt!**

Die Rechte der Jugend in den Betrieben sollen immer weiter eingeschränkt werden. Jugendvertreter werden entlassen, obwohl sie Kündigungsschutz haben. Eine fortschrittliche politische Meinungsäußerung ist heute im Betrieb verboten. Wir kämpfen gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend für die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Jugend. Wir lassen uns auch nicht von Gewerkschaftsbonzen davon abhalten. Wir haben eine Meinung — und wir wollen sie auch vertreten. Ohne Repressalien:

- **Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Betrieb, Schule und der Öffentlichkeit!**
- **Gesetzlich verankertes Streikrecht für Lehrlinge!**
- **Wahl des Betriebsrates durch alle im Betrieb Beschäftigten!**
- **Ausweitung der Rechte der Jugendvertretung! Wahl der Jugendvertretung durch alle Auszubildenden und Jungarbeiter!**
- **Wirksamer Kündigungsschutz für Jugendvertreter!**
- **Sitz und Stimme der Jugendfunktionäre in allen gewerkschaftlichen Gremien!**
- **Wahl aller Jugendfunktionäre in den Einzelgewerkschaften und der DGB-Jugend!**
- **Keine Behinderungen der Gewerkschaftsjugendgruppen. Weiterer Ausbau von gewerkschaftlichen Jugendgruppen!**
- **Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!**
- **Gegen jede Zensur der gewerkschaftlichen Jugendpresse!**

Wir wollen Bildung

Milliarden fließen in die Rüstung. Ein Tornado-Kampfflugzeug kostet schon über 70 Millionen. Das ist die Bildungsetatkürzung für 1981 in Hessen. Mit diesen Millionen könnte man mit den modernsten Geräten ausgestattete Schulen bauen. Und noch immer ist es so, daß zu wenig Arbeiterkinder auf höhere Schulen kommen. Auch das zeigt, welche Ungleichheit es in diesem Staat gibt. Die bundeseinheitliche Einführung der integrierten Gesamtschule wäre ein Schritt in die richtige Richtung, diese Ungleichheit abzubauen.

Aber anstatt diese Schulform einzuführen, wird weiter an den Geldern für die Bildung herumgestrichen. Die Streichung all dieser Mittel bedeutet für uns: Tausende Lehrer sind arbeitslos, 35000 Lehrer machen Kurzarbeit. Bis 1985 wird damit gerechnet, daß 100000 Lehrer ohne Arbeit sind, während in den Schulen der Unterricht ausfällt und der Streß für die Schüler ständig steigt.

- **Gleiche Bildungschancen für alle! Ausbau des Zweiten Bildungsweges!**
- **Einheitlicher Schulabschluß für alle nach dem 10. Schuljahr!**
- **Die intergrierte Gesamtschule muß zur Regelschule werden!**
- **Für fortschrittliche und wissenschaftliche Lehrinhalte!**
- **Gegen Zensur von fortschrittlichen Lehrbüchern! Reaktionäre Bücher raus aus dem Unterricht!**
- **Abschaffung des Religionsunterrichts!**
- **Mehr Lehrer und kleinere Klassen von höchstens 25 Schülern!**
- **Kein Abbau der Lehrerplanstellen!**
- **Für Lehr- und Lernmittelfreiheit!**
- **Keine Einführung des Wehrkundeunterrichts!**
- **Faschistische Lehrer raus aus den Schulen!**

Sinnvolle Freizeit und saubere Umwelt

Immer weiter wird das Kultur- und Freizeitangebot eingeschränkt.

Jugendhäuser werden dichtgemacht, Jugendzentren bekommen zu wenig Mittel, Planstellen für Sozialarbeiter werden gestrichen. So geht's nicht weiter. Wir wissen genau: Nur Aktionen erzwingen unsere Forderungen. Wir greifen zu allen Aktionen, mit denen es uns gelingt, unsere Forderungen durchzusetzen.

Wir leben heute! Wir wollen nicht auf den Straßen rumgammeln, sondern eine sinnvolle Freizeit verbringen. Wir brauchen Platz. Und wir sehen nicht ein,daß durch die Profitinteressen der Kapitalisten unsere Landschaft, die Flüsse und Seen, zerstört werden.

Unsere Forderungen stehen:

- **Schaffung ausreichender Freizeiteinrichtungen!**
- **Für selbstverwaltete Jugendzentren!**
- **Keine Vernichtung von Naherholungsgebieten! Drastische Strafen für umweltverschmutzende Industrien!**
- **Stoppt den Bau der Atomkraftwerke! Sofortige Stillegung aller AKWs!**
- **Förderung von alternativer- und Kohleenergie!**
- **Ausbau von Jugendcampingplätzen und staatliche Subventionierung!**

Gegen den ganzen Frust im Freizeitbereich machen die Konzerne Werbung. Was sind die freiesten Zigaretten, welches Gesöff bringt uns am besten in Schwung? — Und unter der Hand blüht der Rauschgifthandel.

Tonnenweise wird das Zeug in die Bundesrepublik geschmuggelt. Nur die wenigsten Großdealer erwischen sie. Denn im Grunde genommen ist für die Herrschenden eine betäubte Jugend besser, als eine kämpferische und kritische.

- **Wirksame Bekämpfung des Drogenhandels!**
- **Scharfe Strafen für Großdealer!**
- **Keine Bestrafung und Kriminalisierung von Drogenabhängigen!**
- **Ausbau von Beratungs-, Therapie- und Rehabilitationseinrichtungen!**

Für den Frieden

Die Scharfmacher in Ost und West drohen schon wieder, die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen. Wir wären wieder die ersten, die für ihre Profite bluten müßten.

Militaristen außerhalb und innerhalb der Bundeswehr drängen verstärkt in die Öffentlichkeit. Sie halten die Zeit für gekommen. Öffentliche Vereidigungen sollen die Bevölkerung wieder an die Armee gewöhnen. Wir lassen uns nicht zum Krieg aufhetzen. Davon haben wir die Schnauze voll.

Darum:

- **Runter mit der Rüstung!**
- **Raus aus der NATO: Neutralität!**
- **Weg mit den Massenvernichtungswaffen!**
- **Keine Stationierung von US-Atomraketen!**
- **Abzug der Besatzertruppen in Ost und West!**
- **Kein Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung!**

Als junge Kommunisten gehen wir zum „Bund", um dort den Kampf gegen Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Militarismus zu führen. Denn wir müssen verhindern, daß die Bundeswehr für einen neuen Krieg vorbereitet oder gegen die Bevölkerung eingesetzt wird. Gemeinsam mit unseren Arbeitskollegen und Mitschülern setzen wir uns für bessere Dienstbedingungen und Freizeitmöglichkeiten während der Dienstzeit ein.

Wir lehnen es ab, den Wehrdienst zu verweigern, verstehen jedoch alle Kriegsdienstverweigerer, die den Dienst mit der Waffe ablehnen. — Sei es aus politischen, religiösen oder moralischen Gründen. Darum kämpfen wir für die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer.

Wir fordern:

- **Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Bundeswehr!**
- **Vertrauensleute müssen eindeutige Interessenvertreter der Mannschaften sein!**
- **Vertrauensleute dürfen nur abwählbar, nicht absetzbar von oben sein!**
- **Wehrsold in Höhe des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes!**
- **Heimatnahe Stationierung — Freitag Mittags Dienstschluß für heimatfern stationierte Wehrpflichtige!**

- **Voller Dienstausgleich für jeden Zusatzdienst!**
- **40-Stunden-Woche — 6 Wochen Jahresurlaub!**
- **Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!**
- **Einsatz von Kriegsdienstverweigerern im Friedensdienst — nicht als billige Arbeitskräfte!**
- **Keine Diskriminierung der Ersatzdienstleistenden!**
- **Gegen die Verlängerung der Werhdienstzeit und Ersatzdienstzeit! Keinen Tag mehr als bisher!**
- **Keine Frauen in die Bundeswehr!**

Wir haben was Besseres verdient

Unsere Forderungen stehen. Es kommt darauf an, eine breite Front der Jugend für ihre Forderungen zusammen zu bekommen. Wir wollen mit allen zusammenarbeiten, die für gleiche Ziele kämpfen. Denn wie gesagt: Wer sich nicht wehrt — lebt verkehrt! **Aber wir wollen mehr. Wir wollen alles.** Die Durchsetzung dieser Forderungen reicht uns nicht. Denn damit haben wir noch nicht die Ursache für die Misere abgeschafft. Wir meinen, das ist der Kapitalismus. Der Kapitalismus muß weg. Und zwar restlos.

Das geht nicht?! —
Das geht!!!

Spartakus führte die Sklaven zum Aufstand. Die Pariser Kommune ist das große Vorbild aller Arbeiterrevolutionen. Lenin führte die Oktober-Revolution der Arbeiter und armen Bauern gegen den Kapitalismus. Sie haben gesiegt. Sie haben gesiegt, weil sie sich einig waren. Und in Albanien existiert der Sozialismus. Da sind die Arbeiter an der Macht, da gibt es keine Ausbeutung.

Wir sind im Vorteil

Der große Vortei gegenüber der Pariser Kommune war, daß sich in Rußland die Arbeiter unter der Führung Lenins eine Partei geschaffen haben, eine Organisation, in der sich die bewußtesten Arbeiter vereinigten. Sie leitete die Revolution. Und in Deutschland haben wir auch so eine Partei, die diese Arbeit leistet. Darum kämpfen wir zusammen mit der KPD für den Sozialismus.

Aber wir wollen keinen Staatskapitalismus wie heute in der DDR. Wir wollen keine Bonzen und Bürokraten, keine Verräter am Sozialismus, die die Befreiung der Arbeiter nur im Munde führen und eine Mauer um diesen Staat bauen, weil ihnen sonst die Arbeiter weglaufen. Das ist kein Sozialismus. Das ist auch nur ein Unterdrückerstaat wie hier in der Bundesrepublik.

Wir wollen so einen Sozialismus:

In den Betrieben regieren die Räte. Gewählt von den Arbeitern. Keinem anderen sind die Räte verpflichtet, als den Arbeitern und den Werktätigen.

Die Bosse und Bonzen werden wir entmachten. Den Kriegstreibern legen wir das Handwerk. Wir schicken sie arbeiten, und geben jedem die gerechte Strafe, die er verdient. In unserem Sozialismus wird es viel zu tun geben. Die Arbeit wird sogar für die ehemaligen Bosse und Bonzen reichen.

Wir brauchen dann keine Häuser mehr zu besetzen, damit wir billigen Wohnraum haben. Wir jagen die Reichen aus ihren Villen. Spekulanten gibt es dann nicht mehr. Dann bauen wir uns unsere Jugendzentren, unsere Kultur- und Freizeitstätten selbst. Der sozialistische Staat hilft uns. Schließlich regieren wir über unsere Räte. Und wir haben die Möglichkeit, diejenigen abzuwählen, die nicht unsere Interessen vertreten.

Das, was früher den Reichen, den Kapitalisten als Profit zufloß, wird jetzt für die Werktätigen, für die Jugend verwendet. Es wird keine Armut mehr geben und keinen Hunger.

Und dieser neue Staat ist ein friedlicher Staat. Von diesem Staat wird nie mehr ein Krieg gegen andere Völker ausgehen können. Denn die Arbeiter und die Werktätigen haben kein Interesse am Krieg gegen andere Völker. Das alles — und noch viel mehr — können wir dann durchsetzen.

Dafür gilt es etwas zu tun. Die Zeit ist reif. Es lohnt sich.

Steig bei uns ein — Sozialismus hat Zukunft



Genossin Lumturi Rexha, Vorsitzende des albanischen Jugendverbandes, spricht auf der Abschlußfeier des 2. Kongresses das gemeinsame Grußwort aller Delegationen.



„Elbe 1" auf der Abschlußfeier



Der portugiesische Genosse spricht zu den Kongreßteilnehmern.

Grußwort der ausländischen Delegationen an die Teilnehmer der Abschlußfeier des 2. Kongresses

(Gehalten von Genossin L. Rexha im Namen aller Gäste)

Liebe Freunde und Genossen,

es ist mir eine Ehre und Freude, Euch, den Teilnehmern dieser Veranstaltung, im Namen des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens und der marxistisch-leninistischen Jugendorganisation Spaniens, Portugals, Kanadas, Dänemarks, Britanniens, der Türkei sowie der antifaschistischen und antiimperialistischen Jugendorganisation Frankreichs unsere revolutionäre Solidarität mit dem Kampf zu bekunden, den Ihr gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Faschismus und Reaktion führt.

Unsere Grüße gelten den Genossen der Kommunistischen Jugend Deutschlands, die diese Veranstaltung der marxistisch-leninistischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Freundschaft und Einheit organisierten, und wir beglückwünschen sie zum erfolgreichen Abschluß des 2. Kongresses.

Liebe Freunde und Genossen,

die allgemeine kapitalistische Krise verschärft täglich die unvermeidlichen antagonistischen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Ein Ausdruck davon sind die Bewegungen und heroischen Kämpfe der Jugend überall auf der Welt.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einmal im Namen aller hier anwesenden Delegationen unsere revolutionäre Solidarität und Unterstützung für die heldenhafte Jugend Afghanistans, Palästinas, El Salvadors, Kolumbiens, Azanias, Namibias und anderer Länder bekunden, die gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Kolonialismus kämpfen, ebenso für die Jugend Irans, Nicaraguas und anderer Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas, die gegen die Komplotte, Intrigen und Einmischungen des USA-Imperialismus, sowjetischen Sozialimperialismus und Neokolonialismus, sowie für die Jugend Europas, die heftige Klassenschlachten gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung schlägt. Wir sind überzeugt, daß unser gemeinsamer Kampf siegen wird, weil die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung die Revolution und ihren Sieg unvermeidlich machen.

Die revolutionäre Jugend überall in der Welt wird sich immer mehr ihrer Kraft bewußt.

Mehr denn je müssen unsere Jugendorganisationen unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien im Lichte der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin heute entschlossen, furchtlos und kompromißlos kämpfen gegen alle Kräfte der Finsternis, der Weltreaktion, gegen die wütenden Feinde der Jugend und der Menschheit, den USA-Imperialismus, den sowjetischen und chinesischen Sozialimperialismus, gegen den Kapitalismus und den modernen Revisionismus, gegen Kolonialismus, Rassismus, Zionismus und Faschismus, für den Sieg der revolutionären Sache der Völker und der Jugend, für eine neue Welt ohne Ausbeuter und Unterdrücker.

Es lebe die antiimperialistische und antifaschistische Freundschaft und Einheit der Weltjugend!

Es lebe der gemeinsame Kampf der revolutionären Weltjugend gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und jeden anderen Feind der hohen Ideale der jungen Generation!

Es lebe die Revolution!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

„Jugend trifft Jugend in Albanien"

Eine Albanienreise der DAFG speziell für jugendliche Interessenten, mit reichhaltigem Programm.
Zeit: vom 3. bis 24. Juli 1981
Preis: Drei Wochen incl. Flug, Vollpension, Programm — nur 1000 DM!
Anmeldung bei: Deutsch-Albanische-Freundschaftsgesellschaft, Rellingstr. 39, Postfach 7622, 2000 Hamburg 19.

Grußadresse des ZK der KPD an den 2. Kongreß des kommunistischen Jugendverbands

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Auftrag des Zentralkomitees der KPD überbringe ich dem 2. Kongreß unseres Jugendverbandes herzliche Grüße und die besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf des Kongresses.

Als erstes dankt das Zentralkomitee der Partei allen Genossinnen und Genossen des Jugendverbandes für den großen Einsatz, mit dem sie in den vergangenen zwei Jahren den Kampf der Partei unterstützt haben. Es ist eine Tatsache, daß ohne diese Unterstützung durch den Jugendverband die Partei in ihrer Arbeit eine ganze Reihe Abstriche hätte machen müssen.

Partei und kommunistischer Jugendverband — das ist ein ganz anderes, viel engeres Verhältnis als es zwischen der Partei und anderen Organisationen besteht, mit deren Kampf die Partei sich auch eng verbunden fühlt und die von der Partei ebenfalls unterstützt werden. Mit diesen Organisationen hat die Partei bestimmte Teilziele gemeinsam, zum Beispiel im gewerkschaftlichen Bereich oder im antifaschistischen Kampf. Partei und Jugendverband aber kämpfen für ein gemeinsames Endziel, für den Sozialismus und die Herrschaft der Arbeiterklasse, für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, für die Welt des Kommunismus.

Darauf beruht das enge Verhältnis zwischen kommunistischer Partei und kommunistischem Jugendverband. Es ist deshalb völlig natürlich, daß ein relativ großer Teil der Mitglieder des Jugendverbandes schließlich in die Partei eintritt. In der Zeit seit eurem 1. Kongreß bis heute war diese Zahl besonders hoch. Das ist zunächst einmal ein Erfolg und großer Verdienst eures Verbandes. Diese jungen Genossen sind heute schon aus unserer Partei nicht mehr wegzudenken. Sie haben innerhalb kurzer Zeit im Kampf der Partei zum Teil sehr wichtige Aufgaben übernommen. Auch dafür dankt die Partei dem Jugendverband und wir hoffen, daß auch in den nächsten Jahren ein möglichst großer Teil der Mitglieder des Jugendverbandes den Weg in die KPD findet.

Dem ZK der Partei ist natürlich auch nicht entgangen, daß ihr als Jugendverband diese Entwicklung sozusagen mit einem lachenden und einem weinenden Auge seht. Auch der Tätigkeitsbericht eures Zentralkomitees und eine Reihe von Anträgen an den Kongreß bringen das zum Ausdruck. Auch das Zentralkomitee der Partei ist der Meinung, daß teilweise zu viele Genossen aus der Jugendarbeit abgezogen wurden, daß zu wenig die Konsequenzen für den Jugendverband überdacht wurden, wenn es darum ging, Kader aus dem Jugendbereich abzuziehen und mit anderen Aufgaben zu betrauen. Die Partei stimmt auch der Kritik zu, daß sie sich, seitdem euer Verband mit der Durchführung des 1. Kongresses organisatorisch selbstständig wurde, nicht ausreichend um die Entwicklung des Jugendverbandes gekümmert hat. Gemeinsam mit der neuen Leitung eures Verbandes, die ihr auf diesem Kongreß ja wählen werdet, wird das Zentralkomitee der Partei diskutieren, welche Schritte seitens der Partei notwendig und möglich sind, um den Jugendverband stärker als bisher zu unterstützen.

Die Partei hofft, daß ihr auf diesem Kongreß die Grundlagen dafür legt, daß unser Jugendverband es in Zukunft schafft, einen besseren und direkteren Draht zur Jugendbewegung unseres Landes zu kriegen als es bisher der Fall war. Zweifellos gehört dazu auch, daß man sich über die Ursachen unterhält, daß die Bilanz, die ihr auf diesem Kongreß zieht, hinsichtlich der Mitgliederentwicklung und der Steigerung des politischen Einflusses des Verbandes nicht zufriedenstellend ist. Bei aller berechtigten Unzufriedenheit mit dem Erreichten gibt es unserer Ansicht nach aber keinen Grund für resignative Stimmungen und zum Lamentieren. Ganz im Gegenteil glauben wir, daß die kommunistische Jugend voller Zuversicht in die kommenden Kämpfe gehen kann.

Voller Zuversicht deshalb, weil die Jugend unseres Landes wieder verstärkt den Kampf gegen das bestehende System aufgenommen hat. Selbstverständlich sind diese gegenwärtigen Bewegungen und Aktionen der Jugend auch durch ideologische Verwirrung, durch nicht geringe politische und ideologische Schwächen und Unklarheiten gekennzeichnet. Das darf man aber nicht zur Hauptsache machen. Wichtig ist doch vor allem, daß der Kampf der Jugend in Westdeutschland und Westberlin gegen das seelenlose kapitalistische Profit- und Ausbeutungssystem einen Aufschwung erlebt, daß wir heute in relativ breiten Teilen der Jugend Stimmungen feststellen können, die, ohne daß diese Jugendlichen es in der Regel selbst so formulieren, letztendlich auf die Forderung nach der Beseitigung dieses Systems und seine Ersetzung durch ein menschlicheres und gerechteres hinauslaufen.

Voller Zuversicht deshalb, weil ihr als junge Kommunisten doch den Weg wißt, auf dem dieses wachsende antikapitalistische Streben der Jugend einzig verwirklicht werden kann: den Weg der Pariser Kommune, der Oktober-Revolution, der Arbeiter und Bauern Albaniens. Das ist der Weg des Kampfes für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für die Macht und Freiheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen, für den Sozialismus. Das ist der Weg des Marxismus-Leninismus. Das ist der Weg der KPD und ihres Jugendverbandes.

Viel Erfolg für die weitere Arbeit dieses Kongresses!

Viel Erfolg für den weiteren Kampf der Kommunistischen Jugend Deutschlands!

Friedensmarsch gegen Atomraketen in Frankfurt

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Für Samstag, den 16. Mai, riefen verschiedene Einzelpersonen und Friedensinitiativen, darunter der ASTA der Universität Frankfurt, der Bezirksvorstand der GEW, der Stadtschülerrat, die Falken und verschiedene Jusogruppen, zu einem gemeinsamen Friedensmarsch durch Frankfurt mit anschließender Kundgebung und Friedensfest in der Innenstadt auf.

Die KPD/Frankfurt verteilte in der Woche davor in verschiedenen Stadtteilen 1800 Flugblätter gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO und erläuterte unseren Friedensplan. Mit einer Wandzeitung gegen die wachsende Kriegsgefahr und einem Info-Stand bei einem Konzert von Rock gegen Rechts zwei Tage vor der Demo wurde ebenfalls für den Friedensmarsch am Samstag mobilisiert. Der Marsch richtete sich vor allem gegen den „Nachrüstungsbeschluß" der NATO und gegen die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.

Die Demonstration, an der sich 20000 Kriegsgegner und Antimilitaristen beteiligten, war ein großer Erfolg. Der Fortschritt in der Friedensbewegung äußerte sich vor allem darin, daß sich fast 30 verschiedene Organisationen und Initiativen, über politische und weltanschauliche Differenzen hinweg, zusammenfanden, um ihrem Protest und ihrer Sorge gegen die wachsende Kriegsgefahr, Ausdruck zu verleihen.

Die KPD/Frankfurt war bei der Demonstration mit drei großen Transparenten vertreten, die den Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt forderten, sowie „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden" und „Weg mit den Nachrüstungsbeschlüssen". Während des Friedensmarsches und dem anschließenden Friedensfest in der „Freßgass" verteilten wir ca. 2000 Friedenspläne der Partei, und es wurden an die 40 „Rote Morgen" verkauft. Besonders der Friedensplan der KPD stieß auf großes Interesse unter der Bevölkerung und den Friedensmarschteilnehmer. Es kam zu vielen angeregten Diskussionen, bei denen wir den Standpunkt der Partei zur Neutralitätspolitik erklären konnten.

Die Kundgebung und das Friedensfest in der Innenstadt hatten bei warmen Sommerwetter wahren Volksfestcharakter. Auch hier beteiligten wir uns mit zwei Büchertischen und einer Wandzeitung zur wachsenden Kriegsgefahr in Westeuropa und sammelten Unterschriften für die „Beendigung des Wettrüstens in Ost und West" und „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten".

Es sprachen verschiedene Persönlichkeiten, u.a. auch der bekannte Kabarettist Rudolf Rolfs von der „Schmiere", der mit Leidenschaft an ein Buch von Gudrun Ensslin erinnerte, als sie 1964 noch Pazifistin war und damals allseits verlacht und nicht Ernst genommen wurde. Im selben Atemzug verwies er darauf, daß die wirklichen Terroristen in Bonn und Washington sitzen, was großen Beifall bekam.

Nach einem Vertreter aus der Friedensbewegung der USA kritisierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik die „psychologische Kriegsführung" gegen die in Europa erstarkende Friedensbewegung und wies auf das von der Parteiführung der SPD hin betriebene Ausschlußverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Hansen hin, der als einer der heftigsten Kritiker des Nachrüstungsbeschlusses innerhalb der SPD gilt. Mit dem Ausschlußverfahren aus der SPD soll ein Zeichen gesetzt werden, um den bei der Parteibasis wachsenden Widerstand gegen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung „mundtot" zu machen. Er wolle zwar keinen Anti-Amerikanismus betreiben und er verurteile auch die Rüstungspolitik der Sowjetunion, aber die Hauptgefahr für den Frieden gehe von der Politik der Reagan-Regierung aus. Der Reagan-Regierung gehe es darum, die Sowjetunion totzurüsten.

Er erinnerte noch einmal daran, daß die jetzige BRD-Regierung ihre Stimmen dem „Ruf nach Frieden" verdankt. Man habe Strauß nicht erfolgreich abgewehrt, um mit Reagan die gleiche Politik fortzuführen. Es gehe jetzt darum, da sich innerhalb des Bundeskabinetts keine Wende zeigt, den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Hierbei sei es gleichgültig, welche Organisationen sich an der Friedensbewegung beteiligten, der gemeinsame Widerstand sei entscheidend. Es würde immer wieder von Gleichheit der Kräfte geredet, aber es sei wohl egal, ob die Menschheit einmal, zehnmal oder 15mal vernichtet wird.



Mit Farbeiern gegen Besatzertruppen

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Am 16. Mai wurde in Westberlin wieder der „Tag der alliierten Streitkräfte" mit einer großen Militärparade auf der Straße des 17. Juni durchgezogen.

Es gab an diesem Tag jedoch auch andere, entgegengesetzte Aktivitäten. In der Innenstadt fand eine antimilitaristische Kundgebung mit Informationsständen, Unterschriftensammlungen, Straßentheater und Transparenten statt. Die meisten Teilnehmer zogen anschließend zur Straße des 17. Juni, um dort ihren Protest gegen den Truppenaufmarsch der Besatzer zum Ausdruck zu bringen.

Die Polizei war auf Proteste vorbereitet und hatte überall Absperrungen aufgebaut. An den Zugängen zur Parade mußten sich alle, die dort durchgingen, Taschenkontrollen unterziehen. Entlang der Straße zwischen Fahrbahn und Bürgersteig hatte sich eine lange Kette von Polizisten in Kampfausrüstung aufgebaut, um unsere alliierten „Freunde" vor den Antimilitaristen zu schützen.

Es waren dann mehrere Tausend Menschen, die sich trotz dieses massiven Polizeiaufgebots an den Protestaktionen beteiligten. Die Militärkapellen wurden von Trillerpfeifen übertönt. Vereinzelt flogen auch Farbeier und Tomaten in die Parade hinein.

Den amerikanischen Soldaten klang immer die Parole in die Ohren, die sie in allen Teilen der Welt zu hören bekommen: „Ami go home!" Und was die britischen Soldaten betrifft, so vergaßen die Demonstranten natürlich nicht, daß in den letzten Wochen die britische Armee ihren Terror gegen die kämpfende Bevölkerung in Nordirland verschärft hat. So wurde denn auch die Parole „Solidarität mit der IRA!" angestimmt.

Noch während die Parade lief, zogen die Antimilitaristen demonstrativ geschlossen ab. Bleibt nur noch zu bemerken, daß die Polizei wieder einmal brutal zugriff: 62 Teilnehmer an dieser antimilitaristischen Aktion wurden festgenommen.

Friedensdemonstration in Mönchengladbach

20000 gegen Atomraketen am Niederrhein

Volkskorrespondenz aus Bochum

Es war schon ein beeindruckendes Bild, das sich den offenbar wenig „demonstrationsgewohnten" Bürgern Mönchengladbachs am 16. Mai bot: Durch den strömenden Regen zog eine endlose Reihe von Demonstranten, reihten sich zahllose Transparente, erklangen immer wieder Rufparolen.

Eine gemeinsame Aktion zahlreicher Parteien, Gruppen und Organisationen, junger Christen und Gewerkschaftsgruppen, Sozialdemokraten und Kommunisten hatte hier aus dem ganzen Gebiet des Niederrheins Menschen versammelt, die gegen die atomaren Pläne der Bundesregierung protestierten. Die gewaltige Menschenmenge beweist, wie stark der Friedenswille vor allem bei der Jugend ist.

Als sich der Demonstrationszug dem Kapuzinerplatz, dem Ort der Abschlußkundgebung, nähert, gibt es einige übereifrige Geschäftsleute, die ängstlich den Laden dichtmachen.

Aber die Losungen, die Reden, die Transparente und das verbreitete Informationsmaterial, vor allem auch die Demonstranten selbst machen klar, daß es nicht die Terroristen sind, die sich da nähern, sondern daß diese in Bonn und Washington und Moskau sitzen.

Auffällig am Demonstrationszug ist es, wie oft dort die Forderung nach Autritt aus der NATO, nach einer neutralen Bundesrepublik erhoben wird. Keineswegs nur im Block der KPD und des KJD, der sich als recht aktiver „Parolenschmied" betätigte, sondern auch bei den Grünen, bei christlichen und gewerkschaftlichen Gruppierungen. Einig waren sich restlos alle Teilnehmer darüber, daß es gelte, gegen den Nachrüstungsbeschluß zu kämpfen.

Darüber hinaus aber wurden auch unterschiedliche Auffassungen deutlich. Und so, wie nicht nur die KPD die Losung der Neutralität vertrat und den Friedensplan der Partei weit verbreitete, so war auch unsere Partei bei weitem nicht die einzige Kraft, die beide Militärblöcke als imperialistisch verurteilte — auch hier gab es zahlreiche Parolen gegen beide imperialistischen Supermächte. Bei der anschließenden Versammlung der KPD, an der sich trotz aller Umstände rund 150 Menschen beteiligten, wir die Meinung der KPD über die Ursachen der heutigen Kriegsgefahr und ihr Friedensplan als Mittel, diese Gefahr abzuwenden, gerade von denjenigen, die zum ersten Mal auf einer KPD-Veranstaltung sind, mit großem Interesse aufgenommen.



Aktionstage gegen Aufrüstung

Kriegsgegner in Baden-Württemberg führen Ende des Monats Aktionen gegen die Aufrüstung durch. Diese Aktionen werden von einem breiten Spektrum verschiedener Organisationen getragen.

Donnerstag, 28. Mai:

Schwäbisch-Gmünd, 13.00 Uhr, Bahnhof;
Calw, 14.00 Uhr, Stadtgarten.

Samstag, 30. Mai:

Kempten, 10.00 Uhr, Eisstadion;
Pfullendorf, 14.30 Uhr, Stadtsee;
Heilbronn, 11.00 Uhr, Bahnhof.

Hüttendorf dem Erdboden gleichgemacht

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Seit zwei Jahren war der Damm bei Kelkheim-Hornau, der als Trasse zum Bau der neuen Autobahn B 8 dienen sollte, besetzt. Die Besetzter hatten dort in mühsamer Arbeit ihr Dorf errichtet, ein schön gestaltetes Informationszentrum gegen sinnlosen Autobahnbau und Umweltzerstörung, Ausflugs- und Informationsziel für viele Bürger der Umgebung.

In den frühen Morgenstunden des 12. Mai kam der Angriff. Zehn vor sechs rückten mehrere schwerbewaffnete Hundertschaften der Polizei an, alle von weither herangezogen. „In einer Stunde muß das Dorf geräumt sein", so ihr Befehl. Eine unmögliche Sache! Das Dorf war eingerichtet, Kleintierhaltung hatte begonnen. Wie das alles in einer Stunde in Sicherheit bringen? Die Dammbesetzer setzten sich vor ihre Hütten. Jetzt schlug die Polizei unbarmherzig zu. Mehrere Dorfbewohner wurden schwer verletzt, zwei in Sicherheitsverwahrung genommen. Einer wurde vom Gift der chemischen Keule bewußtlos; beim Abtransport durch die Polizei wurde er durch Brennesseln gezogen. „Er sei besoffen", so der erklärende Kommentar der Polizei.

Anschließend wurde das Dorf durch Planierraupen dem Erdboden gleich gemacht.

Gegen diese brutale Polizeiaktion wurde sofort der Widerstand organisiert. Noch am Morgen gingen Flugblätter raus, die für den Abend des gleichen Tages zu einer Kundgebung und Demonstration in Kelkheim aufriefen. Beim Kleben von Plakaten für die Kundgebung wurden weitere Leute festgenommen. Dennoch sprach sich das Ereignis rum wie ein Lauffeuer und am Abend versammelten sich an die 3000 Leute, sicher die größte Demonstration, die Kelkheim je erlebte. Insgesamt also für die Bourgeoisie ein Schlag in den Wind, denn der Kampf gegen die B 8 wird weitergehen.

Warum aber diese ekelhafte Nacht- und Nebelaktion?

Durch den Widerstand der Dammbesetzer und die Breitenwirkung des Protestes sehen sich die Spitzenpolitiker in ihren Plänen gehemmt. Ein großer Erfolg der Dammbesetzer, die schon jetzt auf jeden Fall einen Aufschub des Projektes erwirkten. Für Samstag, den 16. Mai, war ein großes Fest im Dorf geplant. Zu dem Fest wurden viele Leute erwartet, die den Aufschub des Projektes feiern wollten. Das mußte man verhindern und den Widerstand bestrafen — und so wurde das Dorf aus kleinlichster, gehässiger Rache zerstört. Offizielle, zynische Begründung: Die Brandsicherung im Dorf sei nicht ausreichend und die Aktion diene der Sicherheit der Dorfbewohner. Eine neue Blüte bundesrepublikanischer Sprachregelung! Aber die Demonstranten ließen sich nicht irre machen, und viele sagten sogar: „Das war Rache für Karry" — einem der heftigsten Befürworter der B 8. Meiner Meinung nach haben sie recht. So primitiv hinterhältig ist eben unsere Bourgeoisie!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Verhaftungen wegen „Werbung für terroristische Vereinigung“

Verfassungsrichter Hirsch kritisiert Bundesgerichtshof

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete und jetzige Bundesverfassungsrichter Hirsch hat erneut heftige Justizschelte geübt. Nachdem er vor einigen Wochen die Massenverhaftungen von Nürnberg heftig kritisiert hatte, nahm er sich jetzt in einem Interview mit der „Tageszeitung“ den Bundesgerichtshof (BHG) vor.

Es geht dabei um die berüchtigten „Antiterror-Gesetze“, die in den letzten Monaten vom BGH in voller Brutalität gegen Personen angewandt wurden, die sich mit den Forderungen der hungerstreikenden RAF-Gefangenen nach besseren Haftbedingungen solidarisiert hatten. BGH-Ermittlungsrichter Kuhn hatte schon Anfang April zehn Personen verhaften lassen, die nichts weiter getan hatten als Parolen zur Unterstützung der Hungerstreik-Forderungen zu malen. Einige dieser Parolen waren mit einem fünfzackigen Stern versehen.

Und obwohl ein solcher Stern ein gängiges Symbol ist, das beispielsweise in der revolutionären Arbeiterbewegung verwandt wurde und wird, wollte Kuhn darin durchaus einen sogenannten RAF-Stern sehen. Aus der Verbindung von Hungerstreik-Parolen und Stern konstruierte er die „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ und stellte Haftbefehle aus. Fast zwei Monate lang saßen die Parolenmaler im Gefängnis, nach dem Terrorparagraphen 129a drohen ihnen Haftstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren. Neun von ihnen wurden in der letzten Woche aus der Haft entlassen.

Hirsch kommentierte diese skandalösen Praktiken in dem TAZ-Interview so: „Überzogene Reaktionen in dieser Richtung helfen also nicht, sondern schaden. Schaden nicht nur den Betreffenden, die da jetzt im Knast sind, sondern schaden auch der Demokratie und der Freiheit in diesem Land.“

Dem Ermittlungsrichter Kuhn warf Hirsch darüber hinaus vor, die Sprache des „Völkischen Beobachters“ (des Organs der NSDAP) zu sprechen, unter anderem deswegen, weil Kuhn in einem Haftprüfungsbeschluß Journalisten, die die Verhaftung der zehn Parolenmaler kritisiert hatten, als „Schreiberlinge“ diffamiert hatte. Auf diese Kritik reagierte der BGH mit dem bemerkenswerten Hinweis, sämtliche Ermittlungsrichter wären unter der Geltung des Grundgesetzes (also in der Nachkriegszeit) aufgewachsen und ausgebildet worden, sie hätten deshalb den „Völkischen Beobachter“ nicht mehr gekannt. Was ja nicht mehr beweist als die Tatsache, daß ein bundesdeutscher Richter nicht unbedingt eine Nazi-Karriere hinter sich haben muß, um Kritiker im Nazi-Jargon verächtlich zu machen. Im übrigen wurden Hirschs Vorwürfe vom BGH und auch von Bundesanwalt Rebmann in gewohntem Stil als von keiner Sachkenntnis getrübt zurückgeschmettert.

Die Kontroverse zwischen dem Verfassungsrichter und dem BGH könnte in allernächster Zeit neuen Auftrieb bekommen — wenn am 1. Juni in Stammheim ein Prozeß beginnt, in dem es auch um die angebliche Werbung für eine terroristische Vereinigung geht. Der Angeklagte T., seit dem 14. Februar in Haft, hatte vor der Universität in Karlsruhe Flugblätter verteilt, auf denen ebenfalls zur Solidarität mit den Forderungen der Hungerstreikenden aufgerufen wurde. T. war während des Verteilens von einem Mitglied der CDU-Studentenorganisation RCDS überfallen worden, das ihn festhielt, bis die von dem Jungreaktionär alarmierte Polizei den Flugblattverteiler verhaftete.

In der Vorbereitung des Prozesses ereigneten sich dann höchst merkwürdige Dinge. Als T.s Anwalt seinem Mandanten das fragliche Flugblatt, auf das sich die Anklage ja stützt, in die Haftanstalt sandte, wurde es von der zuständigen Richterin am Amtsgericht Rastatt zurückgeschickt. Begründung: die Verteidigerpost sei geeignet, eine terroristische Vereinigung im Sinne des § 129a zu fördern. Mit dieser absurden Begründung wurde T. also der Möglichkeit beraubt, sich zwecks seiner Verteidigung in dem unmittelbar anstehenden Prozeß noch einmal mit dem Gegenstand der Anklage vertraut zu machen. Ein äußerst schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte, den übrigens auch das Landgericht Baden Baden auf eine Beschwerde des Anwalts hin bestätigte.

Die Gerichte berufen sich dabei auf den § 148a der 1978 im Rahmen der „Antiterror“-Gesetze in die Strafprozeßordnung eingefügt wurde. Während einem „normalen“ Gefangenen das Recht auf ungeöffnete Verteidigerpost zusteht, sieht dieser Paragraph bei „Terroristen“-Prozessen ausdrücklich die Kontrolle der Verteidigerpost durch einen Zensurrichter und die Entfernung von bestimmten Materialien aus dieser Post vor.

Aber nicht nur diese Änderung der Strafprozeßordnung schränkt die Grundrechte ein. Auch die nach § 129a betriebene Verfolgung wegen angeblicher Werbung für eine „terroristische Vereinigung“ ist ein äußerst gefährliches Mittel zur brutalen Unterdrückung des Kampfes für demokratische Rechte. In den hier beschriebenen Fällen ging es ja auschschließlich darum, daß eine von den RAF-Gefangenen erhobene berechtigte Forderung — und nicht etwa die Politik der RAF selbst — unterstützt wurde. Nach dieser infamen Methode des BGH können immer wieder demokratsiche Forderungen mit irgendeiner „terroristischen Vereinigung“ in Verbindung gebracht und diejenigen, die sie erheben, hinter Gitter gebracht werden.

Deshalb gilt auch hier: Wehret den Anfängen! Die inhaftierten Parolenmaler und Flugblattverteiler müssen sofort auf freien Fuß gesetzt werden!



Selbst die Aktionen von Angehörigen der RAF-Gefangenen für bessere Haftbedingungen sind für den BGH „Werbung für eine terroristische Vereinigung“

Majdanek-Prozeß

SS-Mörderinnen heucheln Reue

DÜSSELDORF. — „Wir tragen Schuld, aber wir sind keine Mörder.“ Unter diesem Motto trugen die im Majdanek-Prozeß angeklagten früheren SS-Aufseherinnen Hildegart Lächert („Blutige Brigida“) und Hermine Ryan („Stute“) ihre Schlußworte vor, wobei sie — offenbar mit den Verteidigern abgesprochen — immer wieder in Tränen ausbrachen.

250 000 Menschen sind von den Faschisten in Majdanek ermordet worden. Lächert und Ryan, das haben während des Prozesses die Zeugen immer wieder nachgewiesen, gehörten zu den blutrünstigsten Killern im Lager. Jetzt stellten sie sich als „kleine Aufseherin“ oder „Zahnrad im Getriebe“ hin, die niemals einen KZ-Gefangenen getötet oder auch nur verletzt hätten. Lächert behauptete sogar: „Ich habe mich fair verhalten.“ Und ihre Mitangeklagte wartete mit der Unverschämtheit auf, sie habe das KZ anfänglich für ein „Umschulungslager“ gehalten.

Mit dem Urteil im Majdanek-Prozeß wird frühestens Ende Juni gerechnet. Die Staatsanwaltschaft hat lebenslange Freiheitsstrafen gefordert. Ob das Gericht diesem Antrag entspricht, ist nach den bisherigen Erfahrungen allerdings fraglich. Die Düsseldorfer Antifaschisten planen eine Reihe von Aktionen, um ihrer Forderung nach einer gerechten Bestrafung der SS-Mörder Nachdruck zu verleihen.

Der RM wird vor der Urteilsverkündung noch einmal ausführlich auf den Majdanek-Prozeß eingehen.

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen“ zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben, werden Artikel des „Roten Morgens“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“;
„Die neuen Männer in Washington“;
„Aus der Geschichte der KPD“ (in türkischer Sprache).
Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

• Neu erschienen • „Klassenkampf in Polen“. Eine Artikelserie zur Lage in Polen (RM 15—17/81) Stückpreis 10 Pf. Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Ermittlungen gegen Lambsdorff

Steuerhinterziehung durch Spendenbetrug

BONN. — Wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung hat die Bonner Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff und den Bundestagsabgeordneten Gattermann (FDP) eingeleitet. In beiden Fällen ist die parlamentarische Immunität schon aufgehoben worden.

Es geht dabei um Betrugsmanöver großen Stils mit Parteispenden. Sogenannte staatsbürgerliche Vereinigungen, die für den „Europa-Gedanken“ werben, sollen „Spendensummen in erheblicher Höhe“ eingenommen haben, die steuerlich voll absetzfähig waren. Ein großer Teil dieser Gelder soll jedoch gar nicht für die Arbeit dieser Vereinigungen verwandt, sondern ins EG-Ausland transferiert worden sein. Und von dort sind die Gelder dann über ausländische liberale Organisationen in die Kasse der nordrhein-westfälischen FDP geflossen.

Gattermann ist Schatzmeister seiner Partei in NRW, Lambsdorff hat diese Funktion früher ausgeübt. Die Ermittlungen sind augenscheinlich durch Aussagen von Gattermanns früherer Sekretärin, Johanna Rech, ins Rollen gekommen. Frau Rech hatte sich im vergangenen Jahr mit der FDP-Spitze überworfen und seitdem einiges über die gängigen Geldbeschaffungspraktiken der Partei und ihrer Bosse ausgeplaudert.

In betrügerische Spendenaffären sind jedoch nicht nur der saubere Wirtschaftsminister und seine Parteifreunde verwikkelt. Vor wenigen Jahren erst war zum Beispiel ein großangelegter Betrug zugunsten der CDU-Kasse aufgeflogen. Die Kohl-Partei hatte im Steuerparadies Liechtenstein eine Tarnfirma, die „Europäische Unternehmensberatungsanstalt“ (EU) betrieben, die für westdeutsche Konzerne fingierte Gutachten erstellte. Dabei überwiesen die zahlungswilligen Konzernbosse für Gutachten, die es in Wirklichkeit gar nicht gab, fünf- oder sechsstellige Beträge nach Liechtenstein, und von dort wurde das Geld illegal aufs Konto der CDU geschafft.

Was den Grafen Lambsdorff betrifft, so ist er durch die Aussagen von Johanna Rech nicht nur in seiner ehemaligen Funktion als Landesschatzmeister, sondern auch in seiner jetzigen Funktion als Wirtschaftsminister belastet worden. Und dabei geht es nicht „nur“ um Steuerbetrug, sondern um wesentlich brisantere Dinge — um Waffengeschäfte nämlich.

So hat die schwäbische Waffenschmiede Heckler & Koch zum Beispiel die FDP-Kasse mit 20 000 Mark geschmiert und daraufhin prompt von Lambsdorffs Ministerium die Genehmigung für den Export von Gewehrteilen für eine Waffenfabrik in Saudi-Arabien erhalten. Lange bevor es hierzulande die öffentliche Diskussion um die Panzerlieferungen an das arabische Königreich gab, hat offensichtlich schon nahezu die gesamte FDP-Spitze bei Waffengeschäften mit Saudi-Arabien kassiert.

Ein Beispiel dafür waren die Bemühungen, die der berüchtigte Bonner Waffenhändler Mertins 1976/77 unternahm, eine Exportgenehmigung für eine Maschinengewehrfabrik von Rheinmetall, an der die Saudis interessiert waren, zu bekommen. Nach Angaben von Frau Rech hat Mertins dafür 100 000 Mark gezahlt, von denen 25 000 Mark an sie selbst, 25 000 Mark an Gattermann und der Löwenanteil von 50 000 Mark an den Landwirtschaftsminister Ertl gingen.

Der Waffenhändler selbst hat das bestätigt. Ihm habe Frau Rech — so erklärte er in einer Aussage — den kürzlich ermordeten hessischen Wirtschaftsminister Karry als „die Schlüsselfigur“ bei Exportgenehmigungen für militärisches Gerät empfohlen. Daraufhin schickte Mertins seinen Partner Kunz zu Karry. Und wenige Tage nach diesem Gespräch zwischen dem Waffenhändler und dem Minister lag die Exportgenehmigung vor.

Nebenbei bemerkt werfen diese Tatsachen auch ein bezeichnendes Bild auf den Mordfall Karry. Bekanntlich sind ja nach den tödlichen Schüssen von Frankfurt Atomkraftgegner und Protestler gegen die Startbahn West in infamer Weise verdächtigt worden. Aber weder in den Nachrufen auf Karry noch in den Mitteilungen der Polizei war jemals die Rede davon, daß der Exwirtschaftsminister in Waffengeschäfte verstrickt, ja dabei sogar eine „Schlüsselfigur“ war.

Was nun die Ermittlungen gegen Lambsdorff und seinen Kompagnon Gattermann betrifft, so steht zu befürchten, daß diesen Herren genauso ein Persilschein ausgestellt wird wie kürzlich ihrem Parteifreund Ertl, der in eine ganze Serie von Korruptionsaffären verwickelt war.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

„Und wenn nur ein Todesurteil weniger vollstreckt wird, dann haben wir unser Ziel erreicht“

Streiflichter vom Europamarsch des Komitees „Freiheit für die Türkei“

Erste Begegnung

Montag abend, 4. Mai. Ich bin etwas spät dran in Speyer. Irgendwo in einer alten Lagerhalle, die nun als Kulturzentrum dient, soll der Europamarsch untergekommen sein. Also, im Zweifelsfalle, die Polizei fragen. Doch die wissen auch nichts genaues, außer daß etwas derartiges in der Nähe des Rheins existieren soll, „in einer ziemlich zwielichtigen Gegend“. Nun, was daran zwielichtig sein soll, ist mir unklar, es ist eben das Industriegebiet und nicht das Villenviertel.

Eine alte Lagerhalle, spärlich eingerichtet, links ausstaffiert — da sind sie — etwa an die hundert Europamarschierer, die Leute, die sich drangemacht haben, die spektakulärste Aktion demokratischer Ausländer in der Geschichte der Bundesrepublik zu starten.

Die Stimmung ist gut. Eine internationale Gesanggruppe gibt einen Extraauftritt. Türkische Lieder können sie zwar nicht, dafür sind die Lieder der internationalen Arbeiterbewegung gut bekannt. Der Abschied fällt beiden Teilen schwer, Sängern wie Zuhörern. Erstmals spüre ich den lebendigen, ganz und gar herzlichen Geist der internationalen Solidarität, den dieser Zug ausstrahlt, mit dem er die Menschen in seinen Bann zieht, und den er bis zum Schluß beibehalten wird.



Behördensorgen

Bei den Behörden weht natürlich ein anderer Geist. Daß ich am Montag erst so spät kommen konnte, lag an zwei hochoffiziellen Besprechungen, an denen ich mit unserm Rechtsanwalt zusammen teilnahm.

Die Erste um 9.00 Uhr früh in Offenburg. Anwesend ein Vertreter des Bürgermeisters, des Landkreises, der Stadt Kehl, der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei, des Verkehrsamtes, des Gartenbauamtes... Der Vertreter der Stadt versucht es erst einmal ganz plump: „Freiheit für die Türkei — ja, da kann ich mir gar nichts darunter vorstellen.“ So nach dem Motto: wo es keinen Grund gibt, da gibt es auch keine Genehmigung. Das geht dann doch ein bißchen zu weit und ist sogar den anwesenden Behördenvertretern peinlich. Dann die üblichen verkehrstechnischen Debatten: Wochenmarkt, Ausstellungen der Einzelhändler, verstopfte Straßen usw. usw. Doch dann kommt man zum Thema, zum eigentlichen Generalthema — und auch dieses wird uns von Seiten der Behörden bis zum Schluß begleiten.

Demonstrierende Türken? — wie kann das nur gut gehen? Messer werden gezückt, ständig gerät der Zug außer Kontrolle, die Grenze nach Frankreich gestürmt, die Europabrücke nach Strassbourg besetzt, der verantwortliche Leiter ist außer Gefecht, wer ist dann sein Stellvertreter — solche und ähnliche schreckliche Gedanken wirbeln den Staatsdienern durch die Köpfe.

Da hilft Dir nichts, Du mußt ruhig bleiben, versuchen, etwas politische Logik in diese Hirne hineinzubringen: — so etwa: Also, wenn jemand gegen Folter und Hinrichtungen in der Türkei demonstriert, ist er doch für Menschlichkeit, oder? Wenn sich ein Demonstrationszug daran macht, über 250 Kilometer durch Deutschland zu marschieren, um die Öffentlichkeit aufzurütteln, wird er dies mit Messerstechereien versuchen? Wenn dieser Zug schon über eine Woche unterwegs ist, ohne Zwischenfälle, wird er dann ausgerechnet Baden-Württemberg zum Schlachtfeld wählen? Nun, so ganz überzeugt sind die Herren nicht, tief im Herzen bleiben die Bedenken, und sie spielen ihren letzten Trumpf aus: ja, aber von der Gegenseite könnte man doch mit etwas rechnen. Von dieser Gegenseite werden wir auch noch oft genug hören, und das ist ja so unberechtigt nicht: gibt es sie doch auf westdeutschem Boden, die Grauen Wölfe, die türkischen faschistischen Banden.

Aber das Bezeichnende ist: stets dienen sie nur dazu, um uns Auflagen zu machen, uns in unserm Demonstrationsrecht zu beschneiden, über die rechten Kräfte selbst haben die Behörden keinerlei konkrete Anhaltspunkte... So können sie auch nicht vorbeugend eingreifen, das rechte Auge ist ganz erblindet.

Um 14.00 Uhr am gleichen Tag die nächste Besprechung: Karlsruhe. Diesmal in einem anderen Kreis. So an die 30 Verantwortliche der Polizei sitzen zur Generalstabssitzung zusammen. Wieder das Feilschen um Straßen, Anlaufpunkte, Demonstrationsrouten — der Feierabendverkehr, der Verkehrsknotenpunkt, der einzige Bahnübergang, der nur 1,50 Meter breite Fußweg — wie Felsen werden sie vor das Demonstrationsrecht getürmt.

Ein Gutes hat die Besprechung aber: wir erhalten die endgültige Genehmigung, im Landkreis Karlsruhe zu demonstrieren. Dabei fehlt uns noch eine Übernachtungsmöglichkeit in Bruchsal. Bis zu diesem Zeitpunkt sah sich die Stadt außerstande, uns einen Raum zu besorgen. Nun wird sich das ändern. Wir haben nun die Polizei auf unserer Seite, die natürlich an einer ordnungsgemäßen Abwicklung interessiert ist. Sonst könnte dieser wilde Türkenzug ja nachts die Stadt unsicher machen... Also, mit dem Quartier wird es schon klappen!

Wir marschieren

Am Dienstag morgen treffe ich den Zug wieder als er die Landesgrenze passiert: die Rheinbrücke bei Speyer. Plötzlich denke ich an eine Diskussion mit irgendwelchen Polizisten. Sie hatten uns gefragt, ob denn auch zwischen den Ortschaften Transparente getragen würden. Ich hatte ziemlich schnell geantwortet: Nein, das ist doch kein Selbstzweck.“ Irgendwie entnervten einen die blöden Fragen und man gibt dann nach. Jetzt muß ich mich dafür schämen. Welch herrlicher, wunderschöner Zug ist das! Vorne ein großes, von vier Personen schräg getragenes, weißes Transparent: „Europamarsch von Köln nach Strasbourg“ steht drauf und eine Landkarte ist übersichtlich eingezeichnet. Dahinter einheitlich vier oder fünf Transparente, die die Verbrechen der Militärjunta angreifen und unsere Forderungen aufstellen: Verbot der Todesstrafe! Schluß mit der Folter! Ausschluß der Türkei vom Europarat! An der Spitze in bunter Tracht der Folkloretrupp, dahinter in einer bewundernswerten Disziplin — die ich in keiner deutschen Demonstration jemals gesehen habe — Dreierreihen. Wenn jemand ausschert, rückt von hinten gleich alles nach, so bleibt die Ordnung stets erhalten. Auf der Landstraße singen wir Lieder, ab und zu rufen wir Parolen. In den Ortschaften verlangsamt sich das Tempo. Flugblätter werden verteilt, Dokumentationen verkauft, Kurzreden gehalten, Unterschriften gesammelt. Selbst jemand, der uns ganz arg ablehnen würde, müßte zugeben: Das macht Eindruck, da steckt etwas dahinter. Aber solche gibt es ja gar nicht so viele. Die meisten gucken interessiert, nehmen die Flugblätter. Viele unterschreiben, und das will in kleinen Ortschaften was heißen, wo der Nachbar alles sieht...

Wiesenthal — beispielhafte Solidarität und ein weiser Dorfpolizist

Am Abend kommen wir nach Wiesenthal. Das ist ein kleiner Ort mit ein paar tausend Einwohnern, irgendwo zwischen Mannheim und Karlsruhe. Wie wir da zu unserer Übernachtung gekommen sind, hat auch eine Vorgeschichte, die sich zu erzählen lohnt.

Denn es bestanden keine Kontakte an diesem Ort. Aber in Karlsruhe kannte eine Genossin jemanden. Der wieder jemanden aus der Nähe. Und der hatte Kontakt zum Jugendzentrum in Kirrlach. Und hier war jemand mit einer Mitarbeiterin der AWO-Jugend in Wiesenthal befreundet. Über solche Ecken und Umwege gelangte das also zur Jugendgruppe. Sie hatten kein Informationsmaterial, keinen Kontakt zum Komitee. Sie wußten nur: da kommt eine Demonstration Türken, die gegen die Militärjunta sind, und die wollen übernachten. Darüber haben sie dann beraten und einstimmig beschlossen, die Türken in ihrem Haus aufzunehmen. Dazu standen sie, gegenüber den „Alten“ von der AWO wie auch der Dorfbewohnerschaft.

Und auch der Dorfpolizist hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Die Karlsruher Einsatzzentrale hatte Weisung erteilt, daß er sofort die Übernachtungsmöglichkeit inspizieren sollte. Mit Gegenanschlägen sei zu rechnen... Er sah sich alles an und gab dann seinen Einsatzplan weiter: „Also wir halten uns im Hintergrund. Ein starkes Polizeiaufgebot macht die Leute nur nervös.“ Und an die AWO-Jugendlichen gewandt: „Und ihr sorgt hier für Ordnung. Wenn etwas unvorhergesehenes passiert, dann könnt ihr uns ja anrufen, wenn die etwa noch abends einen Umzug machen wollen.“ Nachdem er so die Beauftragten seines und unseres Vertrauens ausgewählt hatte, meinte er abschließend: „Das wird schon alles klappen, es ist ja schließlich nicht das erste Mal, daß wir so etwas machen.“ So geht's also auch.

Bruchsal — ein deutscher Bürgermeister und ein deutscher Hausmeister

Unsere Einschätzung der Lage in Bruchsal erweist sich als richtig. Nachdem vorher alles unmöglich war, öffnet sich nun die Tür des Bürgermeisters. Er wolle etwas besorgen. Noch ein paar Winkelzüge hin und her, dann haben wir eine Sporthalle. Ein Vertrag soll auch noch gemacht werden. Wir schlagen vor, daß Cafer — der verantwortliche Leiter der Demonstration — am Morgen kommt und den Vertrag unterzeichnet.

Unser Bürgermeister wird wieder reserviert. Ob denn kein Deutscher das machen könne? Und warum? Ja, er hätte Informationen über den Demonstrationszug eingeholt, die Leute sähen alle so ärmlich aus. Oh, du würdiger Repräsentant unseres Gemeinwesens! An ihn, wie all die anderen Bürger in Amt und Würden, werde ich mich zukünftig erinnern, wenn wieder schöne Sonntagsreden gegen die Diskriminierung der ausländischen Mitbürger gehalten werden!

Am nächsten Morgen spreche ich mit dem Hausmeister der Turnhalle. Ob alles gut geklappt hätte. Ja, alles in Ordnung. Nur zwischenzeitlich sei das Duschwasser ausgegangen, aber da hätten sie eben warten müssen. Sauber ist alles hinterlassen worden. Und bei der Stadt hat er noch angerufen, ob denn die Leute keine Stühle bräuchten. Die hätten aber gesagt, das wäre nicht nötig. Aber das hat natürlich nicht gestimmt. So mußte er denn eigenmächtig zwei Klassenzimmer ausschließen, damit die Leute sitzen können beim Frühstück. Aber das wäre ja auch kein Problem gewesen.

Karlsruhe — Demonstration und Veranstaltung

Nach drei Tagen in ländlichen Gebieten geht es nun von Bruchsal in die Großstadt Karlsruhe. Und auch erstmalig in eine Stadt, in der ein örtliches Komitee in den letzten Wochen vorgearbeitet hat. Verschiedene Organisationen haben den Aufruf unterstützt, darunter auch amnesty international. Natürlich sind die Erwartungen hoch geschraubt, nach dem anstrengenden Marsch, nach der aufopferungsvollen, disziplinierten Propagandaarbeit wünschen sich die Teilnehmer des Europamarsches auch mal wieder etwas mehr als die Unterstützung einzelner, als das interessierte Gespräch, sie wünschen sich eine richtige Massenwirkung und vor allem eine aktive Solidarität der deutschen Antifaschisten.

Fürs erste erhalten diese Erwartungen einen Dämpfer. So gab es beispielsweise Wünsche, daß das Karlsruher Komitee uns am Ortseingang empfangen sollte. Das hätte toll gewirkt. Aber davon war nichts zu sehen. Ja, es ist schon ein wenig schwierig mit den westdeutschen Linken, mit den Fortschrittlichen — unterschreiben tun sie, auch mal Geld geben, auf eine Veranstaltung kommen, aber ein bißchen mehr wäre auch recht. Nachher in der Manöverkritik sehen wir, daß man natürlich bei dieser Feststellung nicht stehenbleiben kann: die Leute, die es am besten wissen, müssen auch Vorschläge unterbreiten, diese Solidarität organisieren, und zwar konkret. Warum nicht rechtzeitig den Gemeinderat anschreiben und ihn bitten, eine Delegation derjenigen zu empfangen, die gegen Folter und für Menschenrechte sind? Das nächste Mal werden wir das besser machen. Aber diese Kritik ist eigentlich nicht das Wichtigste. Schon gar nicht an Karlsruhe. Sie gehört zu den Alltäglichkeiten dieses Europamarsches, daß man sich stets gefragt hat: was können wir besser machen?

Denn in Karlsruhe wird es wirklich gut. Am Freitag mittag ist die Demonstration angemeldet. Rund 400 Menschen laufen mit, also sind knapp 300 aus der Stadt mobilisiert worden. Es geht durch die von Menschen wimmelnde Fußgängerzone. Folklore, Parolen, kurze Reden. Dann zum türkischen Konsulat. Und da ist die Stimmung auf dem Höhepunkt, von einer ganz eigentümlichen Spannung. Nein, es ist nicht die Spannung, ob das Konsulat gestürmt werden wird, ob es zu Ausschreitungen kommt. Nein, es ist viel mehr, liegt viel tiefer. Da stehen sie an den Fenstern, die türkischen Faschisten — da steht dieser Zug, gleichsam das türkische Volk, vor dieser verhaßten Macht und schleudert seine Anklage entgegen. Ja, sie haben Angehörige in Haft, ihre Brüder und Schwestern sind gefoltert worden. Dieser Schmerz, diese Anklage bricht sich Bahn. Es sind nicht die gleichen Kollegen, die Parolen rufen, sondern immer wieder andere.

Hier braucht nichts organisiert und vorbereitet zu werden. Die Kollegen und Genossen selbst sind es, die ihre Stimme erheben. Und sie tun es mit solcher Leidenschaftlichkeit, mit solcher Entschlossenheit, die nur eine zutiefst gerechte Sache hervorbringen kann.

Anschließend ist die Stimmung gelöst, fast enthusiastisch. Die Veranstaltung beginnt unter günstigem Vorzeichen. Daran ist aber auch ein standesbewußter Physikprofessor schuld, dem wir es verdanken, daß wir einen ausgezeichneten Raum bekommen. Und das hat auch seine Geschichte.

Am Freitag morgen kommen die Abgesandten der Univerwaltung in unser Quartier, in ziemlicher Aufregung. Den Hörsaal, den wir gemietet haben, könnten sie uns nicht mehr geben. Er gehört den Physikern, und sie hätten eine eigene Veranstaltung. Sie bieten uns einen Ersatz an. Wir, ebenfalls in Aufregung, rasen zur Uni. Sprechen mit dem Physikprofessor. Ein Ehrendoktor wird verliehen, eine Laudatio gehalten und anschließend ein kleiner Empfang mit Sekt und dazwischen einige hundert Türken? Ja, das paßt nicht, aber wir haben schließlich einen Vertrag. Also zum Kanzler der Universität. Der ist betreten, aber gegen seine Physiker kann er nicht an. Wir schlagen vor, uns die Mensa zu geben. Die Desinfizierungskosten von über 1 000 Mark soll dann eben die Uni übernehmen. Und so geschieht es auch. Was wir in Wochen nicht erreicht hatten, nämlich eine angemessenen Saal in Karlsruhe aufzutreiben, das gelingt nun in zwei Stunden. Dank euch, ihr Physiker, die ihr nur in euren Hörsälen eure Laudatio halten könnt!

Die Veranstaltung wird ein voller Erfolg. Rund 600 Menschen sind gekommen, ganze türkische Familien aus der Umgebung, ein Bus aus Stuttgart, deutsche Antifaschisten aus Tübingen, Ebingen und Mannheim. Was soll man als den Höhepunkt des Abends herausstellen: das Auftreten der blinden türkischen Sängerin... aus Berlin, oder Levend, den Informatikstudenten aus Saarbrücken, oder ... Für micht war das der Diavortrag über die Folter in der Türkei. Diavorträge hatten bis jtzt für mich von vornherein den Stempel „langweilig“, gerade noch annehmbar als Urlaubserinnerung, wo man sich in verschiedenen Ländern und Posen bewundern kann. Aber dieses nervtötende „und hier sehen wir dies“ — „und dort sehen wir das“ — einfach unerträglich.

Aber was war dies für ein Gegensatz! Man mußte kein Türkisch können, um ihn zu verstehen und der deutsche Text kommentierte die Bilder nicht, sondern zog die Schlußfolgerungen daraus. Er gipfelte in dem beschwörenden Aufruf der politischen Gefangenen: He, ihr da draußen — erhebt eure Stimme, denn es ist auch die unsere! Tretet ein für unsere Sache, die durch Folter und Mord nicht aus der Welt zu schaffen ist!

Bleibt uns noch über den zu sprechen, der von dieser ganzen Veranstaltung nicht beeindruckt ist. So gegen 20.00 Uhr kommt er kurz hereinschauen, der Unikanzler, nach dem Rektor der ranghöchste Repräsentant der Karlsruher Universität. Ob alles in Ordnung sei, fragt er einigermaßen besorgt. „Das hat es ja auch noch nie gegeben, innerhalb eines Nachmittags die große Mensa zu vergeben und herzurichten.“ Ach ja, um was geht es eigentlich, fragt er noch, unser Professor, und ehe wir noch die Antwort geben können, ist er auf und davon, um seinen Angestellten die letzten Instruktionen geben zu können. Die bleiben dafür bis zum Schluß, und man merkt es ihnen an, daß es nicht nur lästige dienstliche Pflicht ist...

Staatsbesuch des brasilianischen Staatspräsidenten

Figueredo zum Rapport

Deutsche Imperialisten wollen Einfluß absichern

BONN. — Drei Tage lang hielt sich in der letzten Woche der frühere Chef des brasilianischen Geheimdienstes und heutige Staatspräsident Joao Figueredo in Bonn auf. Gegenstand seines Besuches war der Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien. Erst vor kurzem hatten sich die Manager des größten brasilianischen Privatunternehmens, der VW do Brasil, über den Präsidenten beklagt. Diese und ähnliche Streitigkeiten mußten bereinigt werden.

Die brasilianische Wirtschaft ist von der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus voll erfaßt. Neben einem Fünf-Millionen-Heer von Arbeitslosen, von denen nur ein geringer Prozentsatz irgendeine Unterstützung erhält (die meisten sind gar nicht registriert), drücken vor allen Dingen die Folgen einer rasenden Inflation auf die Lage im Land. Noch nicht einmal die Hälfte seines Wertes von vor einem Jahr hat der Cruzeiro heute noch. Die Inflationsrate betrug offiziell sage und schreibe 110 Prozent und ist damit nach Israel die zweithöchste der kapitalistischen Welt. Runde 148 Milliarden Mark beträgt nach gegenwärtigem Kurs die Verschuldung des Landes an das imperialistische Finanzkapital.

Diese inflationäre Entwicklung bringt es mit sich, daß die Wirtschaft des Landes in entscheidenden Bereichen enorme Umsatzrückgänge zu verzeichnen hat: Bis zu 40 Prozent weniger als im letzten Jahr wurden im Bauwesen, im Elektrobereich, bei allgemeinen Konsumgütern und vor allem im Automobilbau registriert. Allein VW hat mehr als 40000 Autos auf der Halde stehen. Das einheimische Kapital ist immer weniger in der Lage, Investitionen zu finanzieren: Sie gingen innerhalb eines Jahres um 25 Prozent zurück, der Auslandsanteil wird immer noch größer.

Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß Brasilien in mehrfacher Hinsicht ein Musterbeispiel dafür ist, wie der Imperialismus ein Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückhält.

So ist einer der Hauptgründe für die miserable Situation des Landes die Ölrechnung — die Versorgung des Landes haben die amerikanischen Ölmultis in der Hand. Lediglich 16 Prozent des Öls werden im eigenen Land gefördert — und es wird keinerlei Prospektion betrieben, obwohl der brasilianische Halbkontinent als eine der rohstoffreichsten Gegenden der Welt gilt. Die verschiedenen Ersatzprogramme stehen allesamt unter der Kontrolle der Multis, nicht zuletzt das Bauprogramm für neun Atomkraftwerke, von denen acht von der KWU (Siemens) gebaut werden sollen.

Die nationalen Vorkommen an Eisenerz, mit rund 37 Milliarden Tonnen ungefähr 15 Prozent der Weltvorräte, werden überwiegend als Rohstoff ausgeführt und stellen mit 7,7 Prozent den drittgrößten Anteil an der Ausfuhr hinter Kaffee (14 Prozent) und Soja (12 Prozent). Ebenso soll es mit dem Erz aus dem weltgrößten, kürzlich entdeckten Bauxitlager geschehen. Innerhalb von nur fünf Jahren nach dem Abschluß des deutsch-brasilianischen Atomabkommens wurden Lagerstätten von 200000 Tonnen Uran entdeckt, was Brasilien auch hier an eine der führenden Stellen der Welt bringt.



Massendemonstration gegen die brasilianische Diktatur

Während die brasilianischen Generäle große Propaganda damit machen, ihr Land sei im Begriff, eine eigenständige kapitalistische Großmacht zu werden, sieht die Realität also ganz anders aus. Zwar stimmt es, daß in den letzten 20 Jahren der Anteil der industriellen Waren am Gesamtexport sich auf rund 57 Prozent nahezu verdoppelt hat. Aber zum einen geschah das in Nebenbereichen wie der Textilindustrie und nicht in jenen Bereichen, wo das Land einen echten Wirtschaftsfaktor darstellt, wie bei den verschiedensten Erzen und Nichteisenmetallen.

Und zum anderen sind eben die Schlüsselindustrien fast ganz in Hand der amerikanischen und westeuropäischen Monopole und Banken.

Die Produkte der Schwerindustrie müssen dagegen nach wie vor aus den imperialistischen Staaten importiert werden. Ein Ergebnis: Während der Umfang der importierten Waren im letzten Jahr um 1 Prozent sank, stieg die Importrechnung durch die Preisdiktatur der Monopole um 27,0 Prozent! Dies ist der zweite Faktor bei der Verschuldung des Landes. Diese beiden Faktoren führen zusammen dazu, daß allein für Öl und Zinsen rund 75 Prozent der eigenen Exporteinnahmen wieder ausgegeben werden müssen.

In dieser Situation wird natürlich die politische Lage in Brasilien zunehmend heißer. Die großen Streikbewegungen der Arbeiter im Industriezentrum Nummer eins, in Sao Paulo, haben in den beiden letzten Jahren das Regime der Generäle erschüttert. Die riesigen Hungerdemonstrationen Anfang des Jahres, als die schwarzen Bohnen für die Werktätigen nahezu unerschwinglich wurden, haben die Unruhe und Unzufriedenheit drastisch deutlich gemacht. Das war auch der Grund für einige demagogische Ausfälle Figueredos gegen die Multis, auch gegen die westdeutschen — und dies hat eben zu den Unstimmigkeiten beigetragen, die durch den jetzigen Besuch beseitigt werden sollen.

Denn Brasilien ist nach den USA und drei EG-Staaten das Land, in dem am meisten westdeutsches Kapital investiert ist. Nahezu alle großen westdeutschen Monopole, alle Gruppierungen des westdeutschen Finanzkapitals haben große Interessen in diesem fünftgrößten Land der Erde. Betragen die Erstinvestitionen aus der Bundesrepublik dort rund 5,5 Milliarden Mark, so steigt diese Summe durch Reininvestition von Profiten offiziell bereits auf 8,2 Milliarden Mark. Vor allem im Automobilbau, in der Elektroindustrie und im Maschinenbau sind die westdeutschen Imperialisten besonders stark engagiert und haben eine führende Rolle.

In den vergangenen Jahren liefen auch zahlreiche deutsch-südafrikanische und deutsch-rhodesische Geschäfte über Geschäftsadresse in Rio de Janeiro. Zahlreiche westdeutsche Großkapitalisten gehören auch zu den Großgrundbesitzern in Brasilien.

Aus diesen Gründen ist man sowohl daran interessiert, eine „gute Zusammenarbeit" mit der Generaldiktatur aufrechtzuerhalten, als auch zur politischen Stabilität des Regimes beizutragen. Denn: Wenn auch der großen politischen Oppositionsbewegung, in der die KP Brasiliens eine wichtige Rolle spielt, in den letzten Jahren größere Zugeständnisse gemacht werden mußten, bleiben Folter und Mord zwischen Amazonas und Parana an der Tagesordnung.

Prozeßfarce in Skopje

Jugoslawische Provokationen

Mit allen Mitteln soll die Bewegung im Kossova unterdrückt werden

BELGRAD. — Immer hektischer werden die Bemühungen des titoistischen Regimes in Jugoslawien, die Bestrebungen der Albaner, die im Gebiet Kossova leben, zu unterdrücken. Jetzt versucht die jugoslawische Regierung, die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf die Tätigkeit von Vertretern der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zu schieben und ist dafür offensichtlich auch bereit, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen der letzten Jahre zu opfern.

So wurden nicht nur die verschiedenen Artikel des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens als Einmischung in innere jugoslawische Angelegenheiten bezeichnet. Und dies, obwohl die gesamte Presse im Ausland diese Stellungnahmen als sachlich und zurückhaltend bewertete.

Neben der immer offeneren Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen und zu deren Unterstreichung wurde jetzt in Skopje eine wahre Prozeßfarce inszeniert. Dort gab einer der Angeklagten alles zu, was die jugoslawische Propaganda verlangte: ein Geheimbund, der sich in Höhlen trifft und unter dem Porträt Enver Hoxhas tagt, sei der Organisator der Unruhen. Da es aber völlig unglaubwürdig erscheint, daß ein so abenteuerlicher Bund von Kommunisten unterstützt wird, haben sich die Titoisten noch ein zweites Argument einfallen lassen. Die albanischen Kommunisten würden die Tätigkeit der reaktionären faschistischen albanischen Emigration unterstützen.

Natürlich kann man in diesem Zusammenhang die Frage nicht unterlassen, vor wem denn diese albanischen Reaktionäre geflohen sind, wohin sie nach dem Sieg der albanischen Revolution flohen und wer sie gewähren ließ: Nur können die Titoisten diese Frage nicht behandeln, da dabei ihre eigene Rolle ins Gespräch kommen würde.

Mit dieser Verschärfung der Haltung gegenüber der SVR Albanien versucht die jugoslawische Regierung, jeden Anspruch auf eine öffentliche Debatte über die Forderungen der albanischen Bevölkerung im Kossovagebiet von vornherein zu verhindern. Dazu dient auch die nach wie vor bestehende Einreise- und Nachrichtensperre in der Region.

Dort soll in aller „Ruhe" zur Sache gekommen werden. Längst sind die beschönigenden Behauptungen über lediglich neun von Polizei, Armee und Miliz erschossenen Demonstranten selbst in der jugoslawienfreundlichen Presse Westeuropas widerlegt worden. Von einem serbischen nationalistischen Rachefeldzug wird heute überall gesprochen.

Aber dies alles hat nicht dazu geführt, daß die Albaner ihre berechtigten Forderungen aufgegeben hätten. In der letzten Woche kam es abermals zu Demonstration, die zur Schließung der Universität von Pristina vor Semesterschluß führten.

Diese Forderungen wenden sich nach wie vor gegen die nationalistische politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung durch die serbischen Machthaber.

Und obwohl die jugoslawische Propaganda im Rahmen ihrer volksfeindlichen und antialbanischen Hetzkampagne versucht, diese Forderungen als nationalistische Verirrungen darzustellen, die von der SVR Albanien genährt und unterstützt würden, bleibt es eine offene Tatsache, daß es das Verlangen der Albaner im Kossova ist, den Status einer eigenen Republik innerhalb Jugoslawiens zu erlangen.

Dies aber wollen die Titoisten nicht, deshalb diese Provokationen gegenüber der SVR Albanien, deshalb die Verfälschung dieser Forderungen und deshalb die, vor der Weltöffentlichkeit abgeschirmten, nationalistischen Blutbäder.

Mit dieser Unterdrückungspolitik und diesen abenteuerlichen Manövern zur Schaffung internationaler Spannungen spielen die Titoisten ein Spiel mit dem Feuer. Die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und vor allem die UdSSR in diesem Falle, suchen schon lange nach Möglichkeiten, im mittleren Balkan verstärkt aktiv zu werden. Auch im eigenen Interesse sollten die Titoisten der albanischen Aufforderung, einen kühlen Kopf zu behalten, nachkommen.



Auch in verschiedenen Städten der Bundesrepublik demonstrierten Albaner aus Jugoslawien gegen die nationalistische Politik Belgrads — die KPD unterstützte diese Aktionen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Meldungen

Südkorea: Neue Studentendemonstrationen

SEOUL. — Nur ein knappes Jahr nach dem von den USA gesteuerten Massaker der südkoreanischen Faschisten an der demokratischen Opposition ist es in den letzten Wochen abermals zu großen Studentendemonstrationen in Seoul gekommen.

Schon im Herbst letzten Jahres hatte es in den Minen Kampfaktionen der Bergarbeiter gegen die völlige Abschaffung der minimalen gewerkschaftlichen Rechte gegeben. Diese ersten Massenaktionen der Studenten nach Chuns Militärputsch hatten die offenen Wahlfälschungen bei den „Wahlen" zum sogenannten Parlament zum Anlaß: dabei waren Hunderttausende bereits ausgefüllter Wahlscheine ausgegeben worden und es mußte offen gewählt werden.

Die Studentenaktionen gegen diese faschistischen Maßnahmen führten ungefähr 5000 Menschen auf die Straßen Seouls, von denen 400 verhaftet wurden.

VR Kongo: Freundschaftsvertrag

BRAZZAVILLE. — Als vierter afrikanischer Staat, nach Äthiopien, Angola und Moçambique, hat nun auch die VR Kongo einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR abgeschlossen. Dies geschah anläßlich des Besuchs von Sassou-Nguesso in Moskau.

Entgegen der vorher geführten westlichen Propaganda stimmte die Partei- und Regierungsdelegation der VR Kongo und der kongolesischen Arbeiterpartei der Gewährung von Landerechten für die sowjetische Hochseeflotte in Pointe Noire, dem strategisch wichtig gelegenen Hafen im Südatlantik, nicht zu, auch gab es kein offizielles Militärabkommen. Die Tatsache, daß die Armee der VR Kongo zu rund 50 Prozent mit französischen Waffen und zu je rund 20 Prozent mit sowjetischen und chinesischen Waffen ausgerüstet ist, und daß eine größere Zahl französischer Berater dort tätig sind, spricht angesichts der in Moskau geäußerten Phrasen über gemeinsamen antiimperialistischen Kampf Bände, sowohl über die Glaubwürdigkeit der vertragsschliessenden Parteien, als auch über die Kräfteverhältnisse in der VR Kongo, deren wirtschaftliche Tätigkeit nach wie vor vor allem mit den Staaten der EG ausgeübt wird.

UdSSR: Auf Devisenjagd

MOSKAU. — Immer enger werden die Verknüpfungen der sowjetischen Wirtschaft mit dem westlichen Kapitalismus. Jetzt sind sie sogar schon ein Bestandteil der sowjetischen Fünfjahresplanung geworden.

Die Rubrik „Außenhandel" taucht in dieser Form zum ersten Mal im sowjetischen Plan auf. Der wachsende Import von Fertigprodukten aus den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern des Westens soll mit einer ständigen und planmäßigen Steigerung des Exports von Rohstoffen ausgeglichen werden. Auf diese Weise soll die wachsende Auslandsverschuldung, die nicht zuletzt durch eine defizitäre Handelsbilanz von 16 Milliarden Mark zwischen 1971 und 1980 zustandekam, gemildert werden.



15 Prozent Gehaltserhöhung

Es ist schon bewundernswert, wie sich letzte Woche in Kiel und Mainz die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und FDP über alle Parteigrenzen und alles Trennende hinweg in brüderlicher Gemeinsamkeit zusammenfanden, um ein für den Erhalt unserer parlamentarischen Demokratie notwendiges Gesetzeswerk auszuarbeiten.

Die „Solidarität der Demokraten", die schon im Parteiengezänk untergegangen schien — hier wurde sie wieder lebendig. Auch wenn es in Kiel und Mainz in allererster Linie um die Solidarität der „Demokraten" mit sich selbst ging.

Der in der Polit-Szene des Bonner Staates erfahrene Leser weiß natürlich längst, wovon hier die Rede ist. Wann einigen sich die drei Parteien ohne jeden Streit auf eine gemeinsame Gesetzesvorlage? Wann schaffen sie es, eine solche Vorlage nur wenige Tage später ohne den Anflug einer Debatte in schönster Einstimmigkeit durchs Parlament zu bringen? Erraten! Immer dann, wenn es um eine Erhöhung ihrer Diäten geht.

Um es kurz zu machen: In Mainz bewilligten sich unsere Volksvertreter eine Erhöhung ihrer bescheidenen Aufwandsentschädigung um 500 Mark im Monat auf 5200 Mark. Nebenbei legten sie sich auch bei der Kostenpauschale noch 100 Mark drauf, so daß sie jetzt auf 6800 Mark im Monat kommen (abgesehen natürlich von dem, was sie außerhalb ihrer Bezüge als Parlamentarier noch so kassieren).

In Kiel mußte es schon ein bißchen mehr sein. Denn die Damen und Herren, die im nördlichsten Bundesland ihrer schweren Arbeit als Volksvertreter nachgehen, mußten bislang mit nur 4500 Mark Aufwandsentschädigung auskommen. Eine unerträgliche Diskriminierung gegenüber ihren Kollegen in anderen Bundesländern, die natürlich nicht hingenommen werden konnte. Und um jetzt auf den Mainzer Satz zu kommen, mußten die Kieler runde 700 Mark pro Monat draufsatteln, was einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung von mehr als 15 Prozent bedeutet. Auch im Kieler Landtag wurden darüber hinaus selbstverständlich das Kilometergeld, die Übernachtungskosten und andere Vergünstigungen erhöht.

Sonderbarerweise fühlten sich die Mitglieder der drei Fraktionen im Landtag von Schleswig-Holstein dazu bemüßigt, ihre Diätenerhöhung in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Dabei wiesen sie — wie die bürgerliche Presse berichtet — vor allem auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten hin, die diesen gemeinsamen Schritt notwendig gemacht hätte. Und das ist doch eine wirklich mutige Stellungnahme.

Da liegen uns seit Monaten die Unternehmer, die Bonner Spitzenpolitiker und die Medien mit ständigen Sparappellen in den Ohren. Da ist uns immer wieder eingebläut worden, daß die gewerkschaftlichen Forderungen in den diesjährigen Tarifrunden verantwortungslos und viel zu hoch wären.

Dem stellen sich nun die Kieler Volksvertreter mutig entgegen, indem sie klipp und klar feststellen: Was braucht der westdeutsche Werktätige zum Ausgleich der steigenden Lebenshaltungskosten? 15 Prozent — mindestens 700 Mark!

Verseucht US-Bombe Spanien?

14 Todesopfer hat bislang eine geheimnisvolle Epidemie in Spanien gefordert. Fast tausend Erkrankte liegen in Krankenhäusern Madrids und der benachbarten Provinzen in Mittelspanien. Die Krankheit äußert sich im Auftreten von hohem Fieber, in Kopf- und Muskelschmerzen, starkem Husten und Atemnot.

Die spanischen Gesundheitsbehörden gaben keine Auskunft über den Erreger der von ihnen als „atypische Lungenentzündung" bezeichneten Epidemie. Sie haben die Krankheit nach eigenen Angaben unter Kontrolle. Im gleichen Atemzug erklärten sie jedoch, daß künftig keine Statistiken mehr über das Auftreten der Epidemie veröffentlicht würden, was natürlich zu größtem Mißtrauen Anlaß gibt.

Aufsehen erregte in Spanien die Entlassung von Antonio Muro, dem Vizedirektor des Madrider Krankenhauses für Infektionskrankheiten, durch die Gesundheitsbehörden. Muro hatte eine eigene Theorie über die Epidemie verbreitet und unter anderem behauptet, die Erreger wären durch unsauberes Gemüse verbreitet worden. Daraufhin wurde er sofort wegen „physischer und psychischer Überlastung" entlassen. Diese hysterische Reaktion der Behörden ist jedoch nicht allein darauf zurückzuführen, daß hier angesichts des beginnenden Touristenstroms um den „guten Ruf" Spaniens gefürchtet würde.

Die geheimnisvolle Epidemie hat sich inzwischen nämlich zu einer Frage von außerordentlicher politischer Brisanz entwickelt. Die Madrider Tageszeitung „Diario 16" hat schon vor zwei Wochen Ergebnisse eigener Untersuchungen über die Epidemie vorgelegt, nach denen die Quelle der tödlichen Krankheit im amerikanischen Luftstützpunkt Torrejon de Ardoz vor den Toren der Hauptstadt zu suchen ist. In Torrejon lagern die US-Militärs bakteriologische Bomben, und eine solche geplatze Bombe ist nach „Diario 16" der Auslöser für die Epidemie gewesen.

Tatsächlich hat die Epidemie in Torrejon ihren Ausgang genommen; dort — in unmittelbarer Nähe des Stützpunktes — war auch das erste Todesopfer, ein Kind, zu beklagen. Auf dem Stützpunkt selbst wurden am 31. April, unmittelbar vor dem Auftreten der Epidemie, von Anwohnern „ungewöhnliche Aktivitäten" registriert. Trotz aller ernsthafter Verdachtsmomente waren die US-Militärs nicht bereit, der spanischen Öffentlichkeit mitzuteilen, ob es auch auf dem Stützpunkt selbst Fälle der „atypischen Lungenentzündung" gegeben hätte. Bezeichnenderweise wurden aber inzwischen Spezialisten für Virus-Erkrankungen aus den USA eingeflogen.

Einer spanischen Ärztegruppe, die in Torrejon medizinische Geräte zur Registrierung von Viren aufstellen wollte, verweigerten die US-Militärs den Zugang zum Stützpunkt. So können sich wahrhaftig nur Elemente aufführen, die sich als Besatzer im Lande fühlen. Die spanische Öffentlichkeit jedenfalls ist alarmiert. Die Spanier haben vor einigen Jahren schreckliche Erfahrungen mit den Vernichtungswaffen der amerikanischen „Verbündeten" machen müssen, als US-Bomber eine voll funktionsfähige Atombombe „verloren" und das Land nur um Haaresbreite an einer nuklearen Katastrophe vorbeikam. Umso nachdrücklicher wird jetzt die rückhaltlose Aufklärung der Hintergründe für die Ausbreitung der gegenwärtigen Epidemie verlangt.

Häuser, Spekulanten und Proteste

Die folgenden drei — sich ergänzenden — Meldungen verbreiteten Presseagenturen in der vergangenen Woche.

In Westberlin äußerte sich Noch-Bausenator Peter Ulrich über eine der beliebtesten Formen der Spekulation mit Wohnraum: die Umwandlung von Altbau- in Eigentumswohnungen. Wie der RM in seiner letzten Ausgabe berichtete, ist auf diesem Feld auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Abelein tätig. Ulrich erklärte, daß durch eine solche Umwandlung erhebliche Gewinne erzielt würden; das reiche bis zum 17fachen der jährlichen Mieteinnahmen. Staatliche Eingriffsmöglichkeiten gegen diese Spekulanten konnte der SPD-Senator jedoch nicht sehen.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat eine Umfrage nach leerstehenden Häusern in den Städten des Landes gestartet. Dabei haben bis jetzt allein die Großstädte (über 100000 Einwohner) mehr als 2000 Häuser gemeldet, die seit mindestens einem Vierteljahr leerstehen. Wie der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Zöpel, dazu mitteilte, ist ein Drittel dieser Häuser in der Hand öffentlicher Gesellschaften.

Eine von Infratest im März und April durchgeführte Meinungsumfrage brachte ein für viele sicher erstaunliches Ergebnis: Danach bringen zwei Drittel der Bevölkerung Verständnis für Demonstrationen, Proteste und Hausbesetzungen gegen die Bonner Wohnungspolitik auf. Nur 27 Prozent hatten nach dieser Umfrage kein Verständnis für solche Aktionen.

Polizei gegen Umweltschützer

Mit einem brutalen Polizeieinsatz wurde am vergangenen Mittwoch eine Aktion von Umweltschützern gegen den Bayer-Konzern in Leverkusen beendet.

Zum Auftakt einer Wasserschutzwoche, die von Bürgerinitiativen aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz und der BRD durchgeführt wurde, hatten die Umweltschützer am letzten Dienstag mit einem slebstgebauten Floß eine Verladerampe der Bayer AG am Rheinufer blockiert.

Eine ähnliche Aktion hatte die Organisation „Green Peace" mit zwei Rettungsinseln schon im letzten Oktober durchgeführt. Die Aktion mußte nach acht Tagen abgebrochen werden, weil Bayer damals den Umweltschützern per gerichtlicher Verfügung mit hohen Geldstrafen drohte. Im Oktober wie letzte Woche ging es um die berüchtigte Verklappung von Dünnsäure durch den Leverkusener Chemieriesen. Über die blockierte Rampe werden jährlich mehr als eine halbe Million Tonnen Dünnsäureabfälle auf Kähne gepumpt, nach Rotterdam verschifft und dort zur Versenkung in der Nordsee auf Verklappungsfrachter umgeladen.

Die Abfälle enthalten krebserzeugende Stoffe wie Benzeen, Naftaleen und Chlor und darüber hinaus auch hochgiftige Schwermetalle. Die Verklappung führt zu einer zunehmenden Verseuchung der Fischbestände in den betroffenen Gebieten der Nordsee. An dieser kriminellen Praxis des Bayer-Konzerns aber hat sich trotz der Aktion vom vergangenen Oktober und anderer Protestaktionen im letzten Jahr bis heute nichts geändert. Die niederländischen Behörden haben für die Bayer-Bosse die Verklappungserlaubnis bis zum März 1982 verlängert.

Gegen die neue Aktion der Umweltschützer ließ Bayer schweres Geschütz auffahren. Man bemühte nicht mehr die Gerichte, wie im letzten Jahr, sondern ließ gleich einen Tag nach dem Beginn der Blockade die Polizei anrücken.

Etwa hundert Polizisten gingen sowohl vom Land wie auch vom Wasser her gegen die Umweltschützer vor. 25 von ihnen wurden festgenommen und zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeschleppt. Die wahren Umweltverbrecher, wie die Bayer-Bosse, werden geschützt, die Umweltschützer dagegen wie Verbrecher behandelt.

Die Polizei leistete ganze Arbeit. Sie beschlagnahmte nicht nur das Floß und Schlauchboote der Umweltschützer, sondern gleich auch noch ein ganzes Zeltlager, das am Ufer aufgebaut war.



Mit einem Floß blockieren Umweltschützer die Bayer-Verladestelle



Samstag, 30. Mai, 19.50 Uhr, Südwest III
Schlacht um Algier. Spielfilm über den algerischen Befreiungskrieg gegen die französische Kolonialherrschaft.

***

Samstag, 30. Mai, 21.10 Uhr, WDR III
Flächenbrand. Als Fernsehspiel des Monats ausgezeichnet, läuft noch einmal der kürzlich im ersten Programm gesendete Film von Alexander von Eschwege nach dem gleichnamigen Roman Max von der Grüns.

***

Sonntag, 31. Mai, 20.15 Uhr, ZDF
Das Rheingold. Oper von Richard Wagner. „Das Rheingold" ist der Vorabend zu dem Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen", Wagners gewaltigstem Werk, von dem Thomas Mann sagte, daß es „sozial-sittlich weit hinauszielt über alle kapitalistisch-bürgerliche Ordnung in eine von Machtwahn und Geldherrschaft befreite, auf Gerechtigkeit und Liebe gegründete, brüderliche Menschenwelt."

***

Montag, 1. Juni, 20.15 Uhr, ARD
Exil. Letzter Teil von Egon Günthers Serie nach Lion Feuchtwangers gleichnamigen Roman.

***

Montag, 1. Juni, 23.00 Uhr, ARD
Der Dickkopf. Filmkomödie des griechischen Regisseurs Pavlos Tassios über einen armen Bauern, der von der großen Karriere als Unternehmer träumt.

***

Mittwoch, 3. Juni, 22.00 Uhr, ARD
Asperg — ein deutsches Gefängnis. In Wilfried F. Schoellers Film geht es um den Hohenasperg bei Ludwigsburg, einen der berüchtigsten Kerker in Deutschland. Hier wurden schon die Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution, wie der Dichter Friedrich Schubarth, gefangen gehalten; heute dient das Gefängnis als Vollzugskrankenhaus, in das beispielsweise von der Polizei zusammengeschossene RAF-Mitglieder eingeliefert werden.

***

Donnerstag, 4. Juni, 19.00 Uhr, WDR III
Is was? Jugendliche aus Köln berichten über ihre Erfahrungen als Besucher im Majdanek-Prozeß und als Teilnehmer einer Reise in das frühere faschistische Vernichtungslager.

***

Donnerstag, 4. Juni, 20.15 Uhr, WDR III
Der falsche General. Film von Roberto Rosselini über einen kleine Ganoven, den die SS während der letzten Kriegsjahre zu Spitzeldiensten preßt, der dann aber beginnt, Widerstand zu leisten.

Matthöfers Haushaltsplanung

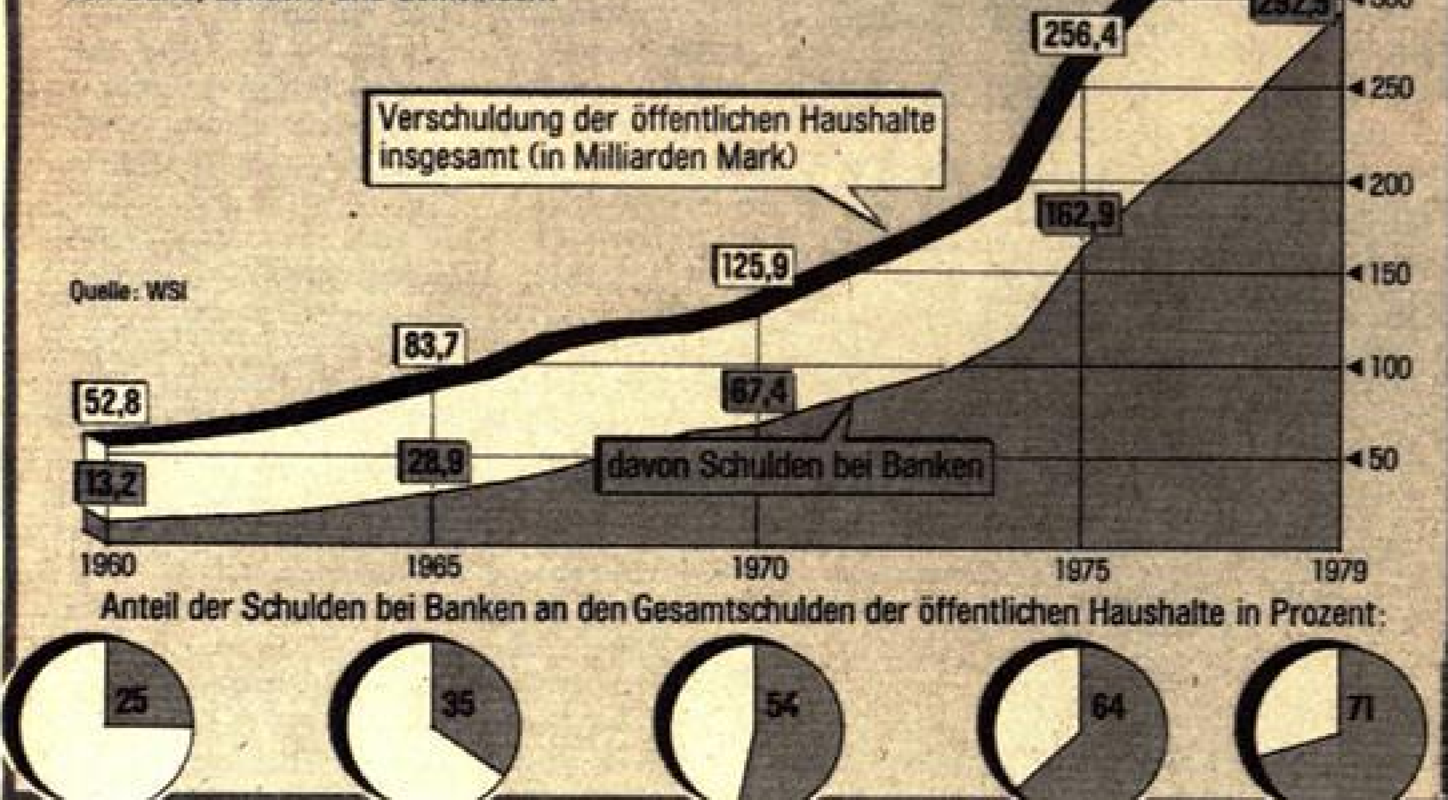
„Wir werden Leuten was wegnehmen müssen“

Neue Umschichtungen zugunsten der Rüstung

BONN. — In dieser Woche soll der Bundeshaushalt 1981 dem Bonner Parlament vorgelegt werden. Ursprünglich war geplant, parallel zur Verabschiedung des diesjährigen Etats mit den Vorbereitungen für den Haushalt 1982 zu beginnen. Das hat die Bundesregierung jedoch inzwischen auf den Herbst verschoben.

Sie spielt auf Zeitgewinn. Und das mit gutem Grund. Denn die Finanzplanung für das nächste Jahr steht auf äußerst wackligen Beinen. Eine weitere Steigerung der Verschuldung ist schon vorprogrammiert. Beim Rüstungshaushalt 82 werden jetzt schon Nachforderungen in Höhe von vier Milliarden Mark erwartet. Kein Wunder also, daß die Bundesregierung wenig Interesse daran hat, diese Dinge gerade jetzt öffentlich zu diskutieren, wo die abermalige Aufstockung der Kriegsausgaben um 825 Millionen Mark vor wenigen Wochen breite Empörung hervorgerufen hat.

Zudem will Finanzminister Matthöfer die Sommerpause dazu nutzen, ein neues Subventionsabbaugesetz vorzubereiten, das Mittel freimachen soll, um unter anderem die erwarteten neuen „Lücken“ im Rüstungshaushalt zu stopfen. Subventionsabbau — das hört sich zunächst einmal nicht schlecht an. Es sind damit jedoch nicht die fetten Subventionen gemeint, die aus der Bonner Staatskasse in die Tresore der Kapitalisten fließen, und die nach Berechnungen des DGB jährlich „mindestens 40 Milliarden Mark“ ausmachen. Nein — was Matthöfer für die Sanierung seines nächsten Haushalts plant, das sind Subventionskürzungen von der Art, wie sie schon zu Beginn des Jahres vorgenommen wurden.



Damals wurden ja unter dem Titel „Abbau von Subventionen, sonstigen Vergünstigungen und der Finanzierung von Gemeinschaftsausgaben“ unter anderem eingeschränkt oder ganz gestrichen: die Sparförderung, die Zuschüsse für den Mineralölverbrauch in der Landwirtschaft und im öffentlichen Personenverkehr, die Zuschüsse für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung, der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, Gelder für den Ausbau und Neubau von Hochschulen usw.

Subventionsabbau also auf Kosten und zu Lasten der Werktätigen. Und das war nur ein Beispiel unter vielen dafür, wie Matthöfer und die Bundesregierung die Werktätigen in diesem Jahr zusätzlich belasten. Man könnte noch eine Reihe von weiteren Maßnahmen anführen: vom offenen Griff in unsere Taschen — wie etwa bei der Erhöhung der Mineralölsteuer um sieben Pfennig pro Liter — bis zu versteckten Attacken wie der von Bonn verfügten Erhöhung der von der Post an den Bund zu leistenden Abgaben, was für den einzelnen Telefonbesitzer bedeutet, daß er faktisch im Jahr eine Sondersteuer von 80 Mark bezahlen muß.

Beim Rüstungshaushalt wird nicht gespart

Noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ist so oft und so nachdrücklich von der Notwendigkeit des Sparens gesprochen worden wie in diesem Jahr. In einem Haushaltsbereich jedoch war vom Sparen kein einziges Mal die Rede: bei den Rüstungsausgaben. Hier ging es sowohl beim Streit zwischen den Bundestagsparteien wie auch beim Finanzpoker innerhalb der NATO nur immer darum, um wieviele Millionen und Milliarden auf die ursprünglichen Planungen noch draufgesattelt werden müßte. Hier hat sich die Bundesregierung gegenüber ihren amerikanischen Partnern wiederholt dazu verpflichtet, die Ausgaben in diesem Jahr und in den folgenden Jahren um real mindestens 3 Prozent zu steigern, was eine norminale Erhöhung von etwa 9 Prozent bei der Rüstung bedeutet. (Während auf der anderen Seite beispielsweise der Bildungshaushalt nur um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde, was aber angesichts der Inflationsrate von gegenwärtig offiziell 5,6 Prozent tatsächlich eine drastische Verminderung der betreffenden Ausgaben bedeutet.)

Und es sind ja nicht nur die amerikanischen „Freunde“, die bei jeder Gelegenheit auf eine weitere Aufstockung der Rüstungsausgaben drängen. Gerade der sogenannte Verteidigungshaushalt ist für die westdeutschen Monopole ein Selbstbedienungsladen, der ihnen traumhafte Profite beschert. Denn hier gelten nicht die „Gesetze des freien Marktes“, hier können die Rüstungsbosse die Preise für ihre Produkte nach Belieben in die Höhe schrauben. Bezahlt wird immer — jeder Preis. Ein Beispiel dafür, das gerade in den letzten Monaten immer wieder Schlagzeilen gemacht hat, ist der Tornado, für den noch Anfang der 70er Jahre ein Stückpreis von 20 Millionen Mark kalkuliert wurde. Inzwischen berechnen die an der Herstellung des Kampfflugzeuges beteiligten Rüstungskonzerne 80 Millionen pro Stück, und weitere Preissteigerungen bis zu 100 Millionen sind schon einkalkuliert. Allein die Tornado-Flotte — 322 Flugzeuge sind von der Bundeswehr bestellt worden — wird dann die gewaltige Summe von 32 Milliarden Mark verschlingen.

Eine ähnliche Entwicklung wie beim Tornado vollzieht sich auch bei den anderen Beschaffungsprogrammen, die ja nach Bekunden der Bonner Regierung allesamt ohne Einschränkungen verwirklicht werden sollen. Und so steigt nicht nur der Ansatz für die Rüstungsausgaben in den Haushaltsplänen immer mehr an, es muß auch ständig „nachfinanziert“ werden. So nahm Matthöfer jetzt wieder eine Umschichtung im 81er Haushalt zugunsten der Rüstungsausgaben vor, wobei die dort „fehlenden“ 825 Millionen — wie im letzten RM berichtet — aus dem Etat des Arbeitsministeriums abgezweigt wurden.



Westdeutsche Rüstungskonzerne sind schon in das Geschäft mit der „Nachrüstung“ eingestiegen. Hier ein von MAN gebauter Transporter für Mittelstreckenraketen.

Nach dieser Umverteilung hat der Einzelplan 14 („Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung“) im Bundeshaushalt ein Volumen von 42,09 Milliarden Mark. Rechnet man dazu noch andere Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien (Bundeswehrwohnungsbau, militärische Infrastruktur usw.) sowie in anderen Haushaltsplänen versteckte Rüstungsausgaben, (beispielsweise für die militärische Forschung) hinzu, dann kommt man schon auf über 55 Milliarden Mark. Darin enthalten sind dann noch nicht die Berlin-Hilfe (die von der Bundesregierung zu den „Verteidigungsausgaben“ gerechnet wird), die Rüstungsausgaben von Ländern und Gemeinden sowie der Anteil der Rüstungsausgaben an den Zinsen und der Tilgung der Staatsschuld. Wenn man das alles zusammenrechnet, ergibt sich die gigantische Summe von 80 Milliarden Mark an völlig unproduktiven Kosten, die nur die Profitgier der Rüstungsbosse befriedigen und der Vorbereitung auf einen neuen Krieg dienen.

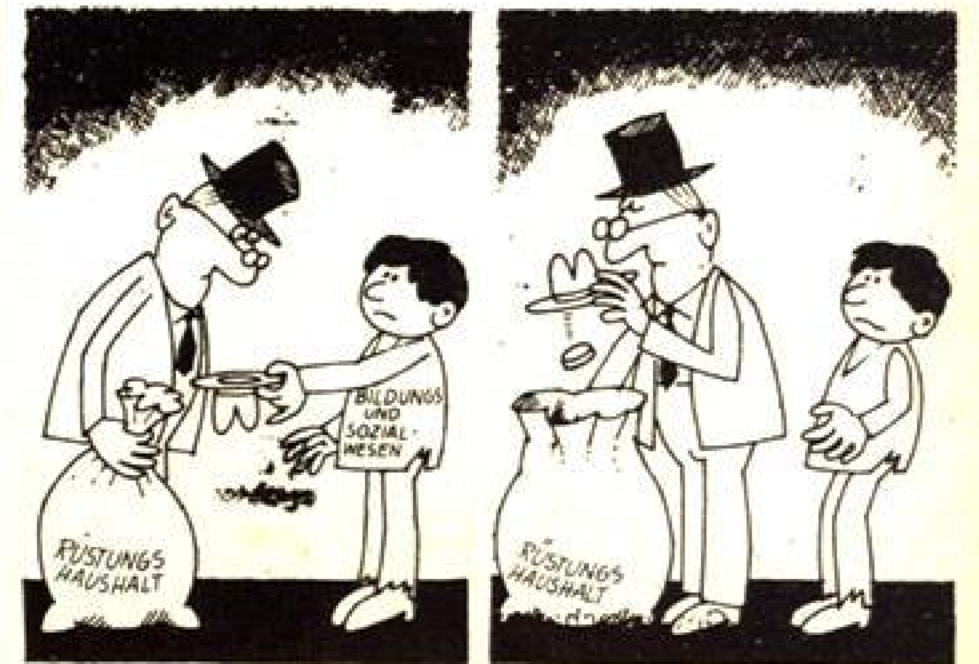
Wachsende Staatsverschuldung — Geschäft für die Banken

Bei solchen Summen ist es auch nicht verwunderlich, daß Matthöfer trotz aller Umschichtungen in seinem Haushalt durch Streichungen auf Lasten der Werktätigen sein Versprechen vom Beginn des Jahres nicht halten konnte, er würde die Neuverschuldung des Bundes nicht über 27 Milliarden Mark hinaus erhöhen. Nach den Beschlüssen von vorletzter Woche wird die Nettokreditaufnahme bei einem Volumen des diesjährigen Haushaltes von 231 Milliarden Mark 34 Milliarden betragen. Ein zusätzliches Geschäft für die Banken, die heute — wie unsere Graphik zeigt — die mit Abstand wichtigsten Kreditgeber für den Staat geworden sind und die inzwischen bei langfristigen Darlehen Zinssätze von 11 Prozent berechnen. (Welchen Umfang dieses Geschäft hat, kann man daraus ersehen, daß die Banken in diesem Jahr bei den öffentlichen Haushalten, der Bahn und der Post zusammen 40 Milliarden Mark an Zinsen einstreichen werden. Bezahlt wird das alles natürlich von den Werktätigen.)

Wie wird es weitergehen? In Bonn tobt unter den drei Bundestagsparteien zwar ein lautstarker Streit; der Strauß-Spezi Zimmermann hat letzte Woche gar eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung wegen der neuerlichen Steigerung der Staatsverschuldung angekündigt. Im Prinzip jedoch sind sich alle einig. Und darüber darf auch die permanente Debatte über Apel und den sogenannten Tornado-Skandal nicht hinwegtäuschen. Denn natürlich denkt auch die Union nicht im Traum daran, bei den gigantischen Rüstungsausgaben den Rotstift anzusetzen. Und wenn heute schon davon gesprochen wird, daß mittelfristig bis 1984 der Rüstungshaushalt 14 Milliarden Mark **zusätzlich** zu den bisher angestellten Berechnungen verschlingen soll, dann kann man sicher sein, daß die Verantwortlichen aller drei Parteien diese Summen auch bereitstellen werden. Und zwar — wie gehabt — durch Kürzungen in den anderen Haushaltstiteln.

„Drastische Eingriffe bei Sozialleistungen“

Daß sich ihr Kurs dabei nicht wesentlich unterscheidet, veranschaulicht die folgende Blütenlese aus Äußerungen, die während der letzten Woche zur Haushaltspolitik gemacht wurden. Strauß forderte „finanzpolitisches Augenmaß statt einer Gefälligkeitsdemokratie“. Wörtlich erklärte er: „Wir müssen neu nachdenken über Übertreibungen, zum Beispiel BAFöG, Lernmittelfreiheit für alle, Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung, und die Bundesregierung wird an der Kürzung von Leistungsgesetzen nicht herumkommen.“



FDP-Generalsekretär Verheugen sieht „drastische Eingriffe bei Sozialleistungen“ für den Bundeshaushalt 1982 als unvermeidlich an. Die „ungerechtfertigte und sogar mißbräuchliche Inanspruchnahme“ solcher Leistungen, vor allem im Bereich der Arbeitsförderung, müßte künftig ausgeschlossen werden. Sparmöglichkeit sieht der FDP-Mann auch im öffentlichen Dienst, zum Beispiel bei der „allzu üppigen“ Altersversorgung von Arbeitern und Angestellten. Schließlich fordert auch Verheugen, daß gesetzlich verankerte Ansprüche auf Sozialleistungen auf ihre Berechtigung hin überprüft werden müßten. Sonst würde der „Gefälligkeitsdemokratie“ Tür und Tor geöffnet.

Finanzminister Matthöfer ließ sich mit der Ankündigung vernehmen: „Wir werden Leuten was wegnehmen müssen, wir werden umschichten müssen, wir werden strecken, Leistungen vermindern.“

Sicher würden Franz Josef Strauß und seine Leute — die sich ja jetzt verstärkte Hoffnungen auf eine Regierungsübernahme noch vor 1984 machen — den hier angekündigten Generalangriff gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen in besonders krasser und brutaler Form durchführen. Und sie hätten dabei ja auch keine Probleme mit einer rebellierenden Basis in Partei und Wählerschaft zu befürchten. Man darf auf der anderen Seite aber auch nicht übersehen, daß es Matthöfer durchaus ernst mit seinem Vorhaben ist, für das kommende Jahr neue Umschichtungen im Haushalt vorzunehmen. Und wie bei der Finanzierung der 825 Millionen-„Lücke“ wird er sich dabei wieder einmal an die sozial Schwächsten halten, von denen er keinen organisierten Widerstand erwartet.

Das Bundeskabinett hat kürzlich die respektable Summe von 300000 Mark dafür bewilligt, daß ein „unabhängiges“ Institut die jetzt von allen reaktionären Politikern immer wieder beschworenen „Mißbräuche“ bei der Arbeitslosenversicherung überprüfen kann. Experten aus Matthöfers eigenem Ministerium haben schon im vergangenen Dezember eine Liste von Vorschlägen ausgearbeitet, mit denen Arbeitslose um ihre Ansprüche gebracht werden sollen.

Darin ist unter anderem vorgesehen: Die generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes, die Verlängerung der Sperrfrist von vier auf acht Wochen, die Senkung des Unterhaltsgeldes bei Umschulungen von 80 auf 75 Prozent des bisherigen Nettolohnes, die drastische Kürzung der Zahlungen an sogenannte Problemarbeitslose.

In den Expertenvorschlägen vom Dezember waren auch schon einige andere Maßnahmen vorgesehen, die einen anderen Personenkreis oder alle Werktätigen insgesamt betreffen. So zum Beispiel umfassende Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, höhere Tabaksteuern und höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Auch Kürzungen beim Kindergeld sind mittlerweile im Gespräch. Matthöfer hat jetzt zwar wiederholt erklärt, es werde in absehbarer Zeit keine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geben. Steuererhöhungen dagegen hat er in letzter Zeit immer nur für dieses Jahr, nicht aber für 1982 ausgeschlossen. So dürfte der Anstieg der Tabaksteuer schon ebenso fest eingeplant sein wie eine neuerliche Anhebung der Mehrwertsteuer um mindestens 2 Prozent.

Im Verlauf der nächsten Monate, vor allem nach der Sommerpause, werden uns dann mit Sicherheit noch ganz andere Dinge präsentiert werden. Und die SPD-Führer scheinen sich sicher zu sein, daß sie diese neuen Angriffe auf unseren sozialen Besitzstand genauso problemlos in ihrer Bundestagsfraktion durchsetzen können, wie die zu Beginn der Jahres durchgeführten Kürzungen im sozialen Bereich. Der „Spiegel“ berichtete jedenfalls, Fraktionsführer Wehner habe in der vorletzten Woche auf eine besorgte Frage von Genscher, ob denn die SPD-Fraktion auch den neuen Umschichtungen im Haushalt zustimmen würde, geantwortet: „Dafür stehe ich gerade.“

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 22 29 Mayıs 1981 Yıl: 15 1 DM

Washington taviz vermeye yanaşmadı

Schmidt-Reagan: NATO'nun savaş gücü yükseltilecek

Savaşa karşı mücadeleyi yükseltelim!

WASHİNGTON. — Schmidt, "Amerika Birleşik Devletleri'ne güvendiğimiz gibi, Amerikalı arkadaşlarımız da aynı şekilde bize güvenmelidirler" diyordu ve ABD emperyalizminin savaş kışkırtıcı politikasını destekleyeceğine yemin ediyordu. Gerici basın ve yayın organlarının, Schmidt'in ABD'yi Sovyetlerle görüşmelere zorlayacağı şeklinde yaygınlaştırdığı yanıltıcı propaganda kampanyasının aksine, görüşmelerde en çok üzerinde durulan konu NATO idi: İki saldırgan paktan biri olan NATO'nun savaş gücü ortaklaşa artırılacak; silahlanma bütün hızıyla devam edecektir.

Schmidt, daha ABD ziyaretinden önce SPD'nin NATO "İkili Kararını" reddetmesi halinde başbakanlıktan çekileceğini açıklamış ve bu ziyaretin amacını böylece ifade etmişti. 1979'un Aralık ayında alınan NATO "İkili Kararı", bir taraftan nükleer füzelerin Batı Avrupa'ya yerleştirilmesini getirirken, diğer taraftan bu silahların sınırlandırılması üzerine Sovyetlerle görüşmelere gidilmesini sözde öngörmektedir.

ABD savaş kışkırtıcıları, Roma'da bundan bir kaç hafta önce yapılan NATO Dış İşleri Bakanları toplantısında alınan kararlara ek olarak bir şey işitmek istemiyorlardı: Bu yıl içinde Sovyetler ile görüşmeye gidilmeye çalışılacak, ama bu ABD emperyalizminin silahlanma planlarını kesinlikle rahatsız etmemektedir.

NATO silahlanmak zorundadır: Üzerinde sürekli olarak durulan tek konu bu idi ve Reagan burada, Federal Almanya'nın NATO'nun kalesi olduğunu belirtiyordu. Schmidt, bunu onaylıyordu ve Federal Hükümet'in NATO'ya yaptığı katkıları bir bir anlatıyordu.

Schmidt, bundan böyle de ABD emperyalistlerinin savaş çizgisini daha kararlı olarak savunacak, bu çizgide gerici çevreleri birleştirmeye çalışacak ve ülkemizde giderek gelişen ve güçlenen anti-militarist barış hareketlerini devlet gücü vasıtasıyla bastırmaya çalışacaktır. Ülkemizin devrimci ve demokrat güçleri silahlanmaya ve savaşa karşı mücadeleyi bütün gücüyle yükseltmeli, Almanya'nın yeniden bir savaş alanı haline dönüşmesini engellemelidir.

Nükleer füzelerin Avrupa'ya yerleştirilmesine hayır!

Batı Almanya NATO'dan çıkmalıdır!

Maskeli teröristler **Geçen hafta B. Berlin'in Kreuzberg mahalesinde her tarafı kargaşaya verdiler. Anarşit zorbalar mı bunlar? Zorba oldukları doğru! Ama, "yasa ve düzen" adına. Başına maske, sırtına deri kocuk, ayağına kot pantolon ve eline değnek geçiren bu zorbaların polis olduğu, sadece kollarındaki bir parca bezden anlaşılabiliyordu. (Resimde işgal edilmiş bir eve baskın) Baskınlarda daha vahşice saldırabilmek için kendilerini tanıtmak istemiyorlardı.**

Her hafta Cuma günü çıkar

100 bin tutuklunun olduğu

„Türkiye'de şartlar artık değişti" mi?

Alman mahkemeleri cunta mantığıyla karar veriyor

LÜNEBURG. — Lüneburg Yüksek İdare Mahkemesi iltica başvurusunda bulunan beş Türkiyelinin dilekçelerini "Türkiye'de artık şartlar değişti" diyerek reddetti. Sözde "bağımsız" olan bu yargı organları, gerçekleri bilerek çarpıtmakta ve bu gibi kararlarla Alman kamuoyunu yanıltmaya ve faşist cuntaya siyasi destek sağlamaya çalışmaktadırlar.

Mahkeme kararında, "herhangibir Türk vatandaşı hakkında, sırf politik görüşü nedeniyle her hangibir takibata girişilmediğini" ve öldürülme tehlikesinin ortadan kalktığı söylenmektedir. Sendika üyesi demokrat işçiler, TÖB-DER üyesi binlerce öğretmen, yurtsever ve devrimci derneklerin üyeleri sosyal ve ekonomik hakları için mücadele ettiklerinden bugün demir parmaklıklar arkasında bulunmuyorlar mı? Sivil faşist cetelerin, polisin ve jandarmanın estirdiği kanlı teröre karşı kendilerini savunan anti-faşistler yine bugün işkencelerde katledilmiyor mu? 12 Eylül'den beri faşist devlet terörü tarafından 500'ün üzerinde insanın—ki bunlar resmi rakamlar—sokak ortasında vahşice öldürüldüğünü tekrarlarsak, kimsenin öldürülmediğini daha iyi anlarız.

Mahkeme, "Türkiye'de şartların artık değiştiğini", 12 Eylül'den sonra faşist cuntanın ''farklı düşüncelere sahip" vatandaşlarını "korumak arzusunda" olduğunu söylemekte ve Dış İşleri Bakanlığı tarafından verilen bilgilerin şüphe götürmez olduğunu ileri sürmektedir. Ama, bu yalan iddialar yeni değildir. Aynı mahkemeler, cuntadan önce de iltica başvurusunda bulunanların dilekçelerini incelemeden, önceden yazılmış red cevaplarını imzalayıp onlara gönderiyorlardı. Ve bu "kararlarda" Türk devletinin siyasi görüşünden ötürü kimse hakkında takibata bulunmadığını yazıyorlardı. "Artık Türkiye'ye dönmenin hiç bir sakıncası yoktur" diyen bu mahkemelerin, "sakıncalı" olduğu zamanlarda verdikleri kararları hatırlatırsak, o zaman bu "bağımsız" mahkemelerin cuntanın ne denli kararlı savunucuları olduklarını açıkça görürüz.

Federal Hükümet'te dahil ülkemizdeki gerici güçler ve onların yedeğindeki mahkemeler, faşist cuntayı meşru göstermekte, onu ekonomik, askeri ve siyasi olarak desteklemektedirler. Ama, ne onların bu yardımları cuntayı ayakta tutacak, ne de söyledikleri yalanlar Alman kamuoyunu yanıltacaktır. Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerinin cuntaya karşı yükselttikleri protestolar, bu gibi kararlarla da engellenmeyecektir.

İlticalar üzerindeki baskılara son!

Faşist cuntaya yapılan her türlü yardım kesilmelidir!

Arnavutluk'a karşı adi bir provokasyon

Uzmanlar patlayıcı maddenin dışardan yerleştirilmediğini tespit etti

TİRAN. — Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin başkentinde geçen hafta Cumartesi günü Yugoslavya Elçiliği'ne yerleştirilen maddenin patlaması sonucu binanın bir bölümü hasar gördü, yaralanan kimse olmadı.

Olaydan hemen sonra incelemelere başlayan bir uzman grubu, patlayıcı maddenin Yugoslavya Elçiliğine binanın dışından atılmasının veya yerleştirilmesinin imkansız olduğu sonucuna vardılar. Gerici Yugoslav basını ise, Arnavutluk'taki Yugoslav Elçiliğinin bombalandığı şeklinde bir intiba uyandırmak için tamda bunu iddia etmektedirler.

Bu olay, Arnavutluk'a karşı düzenlenmiş adi ve sinsi bir provokasyondur. Yugoslavya devleti tarafından Arnavutluk'a karşı sürdürülen karalama ve provokasyon kampanyası—ki bu Kosova olayları ile dolayısıyla başlamıştı—provokatörlerin bu saldırıyla planlamak istediklerini açığa çıkarmaktadır. Son zamanlarda iyi yönde gelişen Yugoslav-Arnavutluk ilişkileri, bu şekilde yok edilmek isteniyor.

Gerici güçlerin daha rahat avlanabilmeleri için gerginlik körüklenmek isteniyor.

KPD, bu provokasyon ve Yugoslav yöneticilerinin sürdürdüğü anti-Arnavutluk kampanyasını protesto et mektedir.

(„Schwere Provokation gegen Albanien" RM/Nr. 22, S. 1)

Türkiye:

18 devrimcinin daha idamı isteniyor

İdamlara karşı mücadeleyi yükseltelim

ANKARA. — Türkiye'de askeri faşist mahkemeler komünistleri, devrimcileri ve anti-faşistleri idamla yargılıyor; peş peşe ölüm cezaları veriyorlar. 18 Mayıs günü Ankara'da başlayan 98 kişilik bir "TDKP davasında" 18'i hakkında idam cezası istenmektedir.

Askeri faşist diktatörlük Türkiye halkının özgürlük arzularını sindirebilmek, sömürü ve zulüm düzenini ayakta tutabilmek ve emperyalistlere daha iyi hizmet sunabilmek için azgınca saldırılarına devam ediyor. Askeri faşist mahkemeler terör estiriyor; faşizme karşı direnen insanları kitlesel olarak ölümle yargılıyorlar. Cuntanın insanlık dışı yüzünü gizleyebilmek için bazı faşistlere idam cezası vermekten de geri durmamaktadırlar. Dün Maraş'ta ve Çorumda faşist orduyla beraber mahsum insanları katleden MHP'li faşistler, bugün cuntaya muhbirlik yapmaktadırlar. Ama, cunta teşhir olmasını önleyebilmek için görünürde bu gibi çarelere de başvurmaktadır.

Federal Almanya'da ve Batı Avrupa'nın diğer ülkelerinde Türkiye'deki askeri rejime karşı yaygınlaşan eylemler faşist generalleri korkutmaktadır. İki devrimcinin ve Erdal yoldaşın idamından önce ve sonra idamlara karşı yükselen uluslararası protestolar faşist cuntayı güç durumda bıraktı ve ondan bu yana onlarca ölüm cezasının birini gerçekleştirmeye cesaret edemedi. Ama, bu, cuntanın idam cezalarını durdurduğu anlamına gelemez.

Faşist cuntaya ve onun Bonn'daki para babalarına karşı verilen mücadele daha da güçlendirilmek zorundadır. İdamlara ve işkencelere karşı mücadele bir insanlık görevidir! Komünistlere ve demokratlara verilen idam cezalarına son!

Türkiye'deki toplu yargılamalardan biri

"Kızıl Şafak" (Roter Morgen) Türkçe olarak yayın hayatına başlayalı altı ay oldu. Bu süre içinde gazetemizin hem içerik olarak, hem de teknik olarak en iyi şekilde çıkması için çaba harcadık. Buna rağmen, gazetemizin içerik olarak daha iyi çıkmasında bir çok eksikliklerimiz oldu. Yazı Kurulumuz'un bu eksiklikleri tespit etmesinde, okurlarımızın getirdiği eleştiriler büyük katkıda bulundu. Ama, bu eksikliklerin varlığı sadece onların tespit edilmemesinden kaynaklanmıyordu. Bunların bir kısmını daha önceden tespit etmemize rağmen, elimizde olmayan olanaklardan ötürü çözüme bağlayamadık.

SEVGİLİ OKURLARIMIZ !

Gazetimiz Türkçe olarak yayınlandığı halde, Almanca "Roter Morgen" adını taşıyordu. Ve bu durum gazetemizin satımını kısmen engelleyebiliyordu. Örneğin toplantılarda, gecelerde veya yürüyüşlerde gazeteyi sattığımızda "Roter Morgen" olarak çağırıyorduk. Ama, gazetemizin Türkçe yayınından haberi olmayan Türkiyeliler Almancadır diye satınalmayı düşünmüyorlardı. Diğer taraftan, gazetemiz Türkçe olarak yayınlandığına göre, adının da Almancasına uygun olması en doğrusudur. Bu yüzden gazetemiz elinizdeki sayıdan itibaren "Kızıl Şafak" adını taşıyacaktır.

"Kızıl Şafak"ta şimdiye kadar yer alan konular genellikle haber niteliğindeydi ve bu yazılar gazetemizin Almanca bölümünde de yayınlanan önemli bazı yazıların Türkçeye tercüme edilmesiydi. Gerçi Türkçeye çevirdiğimizde konunun Türkiyeliler açısından daha rahat anlaşılabilmesi için bazı eklemeler ve açıklamalar yapıyorduk. Ama bu, bir bütün olarak gazetenin var olan içeriğine önemli bir değişiklik getirmiyordu. Örneğin işçi temsilciliği seçimleri, anti-faşist eylemler ve polisin bunlara saldırısı, kitlesel tutuklamalar, yabancı işçiler ve özellikle de Türkiyeli işçiler üzerindeki baskılar üzerine yazılan yazılar "Kızıl Şafak"ta haber olarak geniş bir biçimde yer almakla beraber, bu gelişmelerin temel nedenleri, önemi ve partimizin bunlara yaklaşamı ya hiç açıklanmıyordu, ya da yüzeysel olarak değiniliyordu.

Türkiyeli okurlarımız şöyle bir soru sorabilir: Peki, "Kızıl Şafak"ın Almanca bölümü de mi böyle? Tabii ki, değil. Almancadan Türkçeye çevirdiğimiz konuların yanı sıra, yer darlığı diye bir sorun da olmadığından dolayı, Almanca bölümünde her sayıda temel konular da yer almaktadır. Örneğin savaş tehlikesi üzerine, Polonya veya Kosova olayları üzerine, bu olayları Marksist-Leninst açıdan detaylıca tahlil eden yazılar yeralmaktadır. Ve bunlara ilişkin Partimizin getirdiği talepler ve mücadele biçimleri ortaya konulmaktadır. Ayrıca KPD'nin teorik yayın organı "Partinin Yolu" da temel konuları genişçe ele almaktadır.

Türkçe "Kızıl Şafak"ta ise yer darlığı yüzünden bu gibi temel konulara yer veremedik. Örneğin Polonya olaylarını konu alan bir yazı 4-5 gazete sayfası olduğundan, bu yazıyı yayınladığımızda diğer haberlere yer kalmıyordu. Diğer taraftan bu konular Alman okurlara yönelik olarak yazılmıştı. Doğrusu, konuyla ilgili daha önce Almanca "Kızıl Şafak"ta değinilen noktalara bu yazıda değinilmiyordu.

Başından da değindiğimiz gibi, "Kızıl Şafak"ta yer alan konular en kısa zamanda değişecek; haber niteliğinde olan yazılar kısa olarak verilecek, ağırlık temel politik konulara verilecektir. Örneğin bir fabrikada yapılan işçi temsilciliği seçimi kısa haber şeklinde yer alacak, bunu yerine bu işçi temsilciliğinin önemine değinilecek, Partimizin buna yaklaşımı anlatılacak ve bununla ilgili mücadele biçimi vurgulanacaktır. Ve böyle bir konu ele alındığında yabancı işçilerin konumu özellikle göz önünde bulundurulacaktır.

Önemli bir diğer durum, ülkemizde çalışan ve yaşayan diğer milliyetlerden emekçilerin, yabancı olmalarından dolayı Alman emekçilerinden farklı bir dizi sorununun olmasıdır. "Kızıl Şafak", bundan sonraki sayılarında yabancı emekçilerin sorunlarına genişçe yer verecek; onlar üzerindeki baskının ve yabancı düşmanlığının maddi temelleri ortaya konulacak ve buna karşı mücadele verecektir. "Kızıl Şafak", bir yanda yabancılar üzerindeki baskıyı ele alıp, teşhir ederken, diğer taraftan Türkiyelilerin karşılaştığı bürokratik zorluklarda (yıllık vergi denkleştirmesi, iş ve oturma müsadesi vs.) da, onlara yardımcı olmaya çalışacaktır.

Gazetemizin önemli görevlerinden birisi de, Almanya'daki sosyal ve ekonomik yapıyı; sınıfların konumunu, faşizm ve anti-faşist mücadele ve bunun tarihi gelişimini, savaş ve savaşa karşı mücadeleyi vb. açıklamak ve Partimizin temel ilkelerini ve eylem programını tanıtmaktadır.

"Kızıl Şafak"ın bir diğer önemli görevi de, emperyalistlerin ve özellikle de Batı Alman devletinin Türkiye'deki faşist cuntaya sağladığı ekonomik, askeri ve siyasi desteği teşhir etmek, bu desteği maddi temellerini ortaya koymak ve faşist cuntaya karşı yükselen mücadeleyi desteklemektir.

Gazetemiz, önüne koyduğu bu ve bu gibi görevleri yerine getirebilmek için elindeki olanaklarla çaba gösterecektir. Gerçi, bütün bunları bir anda yerine getirebilmek; okurlarımızın istediği şekilde bir yayın gerçekleştirebilmek mümkün değildir. Ama, en kısa zamanda bunu gerçekleştireceğimize eminiz.

Burada karşılaştığımız önemli bir sorun, okurlarımızdan çok az destek aldığımızdır. Okurlarımız, "Kızıl Şafak"ta hangi konuların daha fazla yer alması gerektiğini, yayınlanan yazılar hakkında eleştirilerini bize bildirmelidirler. Bunun yanısıra, okurlarımız, bölgelerdeki gelişmeler hakkında, yabancı işçilerin ve gençlerin sorunlarına ilişkin, fabrikadaki baskılar ve haksızlıklarla ilgili yazılar göndermelidirler.

Önümüze koyduğumuz görevleri en kısa zamanda çözebilmek ve "Kızıl Şafak"ı en iyi şekilde çıkarabilmek için okurlarımızın desteğine büyük ihtiyacımız vardır. "Kızıl Şafak"ı okuyalım, okutalım, abone olalım ve abone bulalım! "Kızıl Şafak"a eleştiri ve yazı gönderelim! Satışında yardımcı olalım!

Kızıl Şafak Yazı Kurulu

NATO İlkbahar Toplantısı'ndan sonra

Silahlanma bütçesi 850 milyon DM yükseltiliyor

Sosyal yardımlar büyük oranda kısıtlanıyor

BONN. — ABD emperyalistleri, savaş bütçelerini artırmak için "müttefiklerine" baskı yapmaktadırlar. Bunu gerçekleştirmek için NATO düzeyinde toplantılar düzenlemekte, bir bu taraftan bir o taraftan ziyaretler düzenlenmektedir. Geçen hafta Reagan ve Schmidt Washington'da görüşmeler yaptılar ve bunların ağırlık noktasını NATO paktının sözüm ona güvenlik politikası oluşturuyordu. Aşağıda, Schmidt'in ABD'ye gidişinden bir hafta önce NATO silahlanma kararlarına uygun olarak alınan kararları yayınlıyoruz.

NATO İlkbahar toplantıları serisi Brüksel'de savaş bakanlarının görüşmesiyle sona erdi. ABD savaş Bakanı Weinberger, bu toplantının "çok tatmin edici" olarak faydalı geçtiğini söylemişti. Ve O, ABD emperyalizminin üç önemli talebini Avrupalı "müttefiklerine" kabul ettirebilmişti.

1. NATO savaş bakanlarının, silahlanma giderlerinin her yıl reel olarak yüzde 3 yükseltilmesi görüşü giderek kesinlik kazanmıştı. Reel, burada o günün enflasyon oranı dikkate alınarak silahlanma giderlerinin yükseltilmesi demektir. Örneğin, Federal Almanya'da bu yılki fiyat artışları yüzde 6 ise, buna yüzde 3 eklenecek ve silahlanma giderleri ortalama yüzde 9 artırılacaktır. Ve ABD emperyalistleri, şahsen bu rakamı yeterli bulmadıklarını son zamanlarda açıkça belirtiyorlardı. Brüksel'deki bu toplantıdan sonra Weinberger, Avrupalı meslektaşlarının silahlanma giderlerinin yüzde 3'ü aşacağına dair kendisine söz verdiklerini de açıklamıştı.

2. NATO'nun Avrupalı savaş bakanları, ABD'nin İran Körfezi'ni işgal etmesi halinde daha sıkı ortak bir çalışmaya gidecekleri şeklindeki Amerikan taleplerine de boyun eğmişlerdi. Açıkça, ABD'nin batılı "müttefikleri" Amerikan emperyalizminin Orta Doğu halklarına karşı açacakları bir savaş esnasında üsleri ABD savaş uçaklarının hizmetine sokacaklar. Hessen Eyalet Hükümeti'nin Frankfurt havaalanını genişletme çabaları da bu amaca hizmet etmektedir. Ama, Brüksel'de üzerine konuşulan sadece üsler değildi. Weinberger'in Avrupalı müttefikleriyle beraber İran Körfezi'ne yerleştirilmek üzere bir donanma oluşturmak istediği ve bunda direttiği gizli bir şey değildir.

3. Bu toplantıda beklendiği gibi 1979 Aralık ayında alınan füze kararı da onaylandı. Federal Almanya savaş Bakanı Apel, buna ilişkin olarak ilginç bir tespit yapıyordu ve bakanlığının, ülkemize yerleştirilmesi gereken orta menzilli nükleer füzelerin kabul edilmesi çalışmalarında cesaretli olduğunu söylemişti. NATO'nun bu planları Federal Cumhuriyet'te her gün daha güçlü bir direnmeyle karşılaştıkları halde; Weinberger, Apel ve tayfası füzelerin yerleştirilmesini bütün gücüyle ilerletmek istemektedirler.

NATO tarafından sürdürülen bu akılalmaz silahlanma temposu, daha şimdiden Bonn Hükümeti'nin bütçe planını birbirine karıştırdı. Bütçe plan tasarısında Savaş Bakanlığının bütçesi geçen yıla karşın 2,4 milyar artırıldığı halde, şimdi bu bütçede her gün yeni bir "açık" keşfedilmektedir. Federal Hükümet, geçen hafta savaş hazırlıkları için 850 milyon DM ek ödenti daha ayırmayı kararlaştırdı. Ve bu yüksek rakam, tabii ki diğer bakanlıkların bütçelerinin kısıtlanmasıyla sağlanacak.

Bir tek Çalışma Bakanlığının bütçesinden 525 milyon DM silindi. Bundan etkilenenler, ülkemizde kapitalist sistem tarafından yoksulluğa itilen insanlar olacaktır. 525 milyonun 175 milyonu, işyerlerini sağlamada alınacak önlemler, için ayrılan paradan kesilecek ve geriye kalan 350 milyonu ise, işsizler ve iş kazalarında sakat kalanların bir meslek öğrenebilmesi için ayrılan paralardan kesilmektedir.

İşte Sosyal Demokratların başını çektiği bir hükümetin sosyal politikası budur: Bir taraftan savaş hazırlıkları için en modern silahlarla cephane depoları doldurulduğu ve bu arada silah tekellerine baş döndürücü kârlarla hizmet edildiği bir sırada, diğer taraftan işsizlerin, sakat insanların ve çalışamaz durumda olan kimselerin kısıtlı hakları gaspedilmektedir. Hiç bir şey bu hükümetin insanlık dışı gerici karekterini geçen hafta alınan kararlardan sonra daha iyi bir şekilde açıklayamaz.

Ve burada gerçekleşen şey, sadece bir başlangıçtır. Savaş Bakanlığı ve CDU "eksperleri" tarafından daha şimdiden Savaş Bakanlığı bütçesindeki finansman açığının üç milyar DM civarında olduğu iddiaları bilinçli bir şekilde yaygınlaştırılmaktadır. Böylece daha bugünden gelecek ve ondan sonraki ek silahlanma giderleri için hazırlık yapılmaktadır. Ve şimdi Çalışma Bakanlığı'nda Federal İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun giderlerinin nasıl kısıtlanabileceği hakkında çalışmalar yapılmaktadır.

Biz emekçiler, bütün bunlara olduğu gibi boyun mu eğeceğiz? Hayır! Schmidt, Apel, Matthöfer ve Ehrenberg bu politikasında başarılı olmamalı. Buna karşı direnmek acil bir görevdir ve burada özellikle sendikal harekete büyük görevler düşmektedir.

(„Rüstungshaushalt wird um 850 Millionen DM aufgestockt" RM/ Nr. 21, S. 2)



Batı Berlin'de 26 Nisan'da silahlanmaya ve savaşa karşı yapılan ve 50 000 insanın katıldığı yürüyüş.

Papa suikastından sonra

Türkiyeli demokrat örgütleri yasaklama çabaları arttı

Almanya'da, cuntaya ve "Türkiye-Yardımı"na karşı giderek güçlenen mücadele Federal Hükümeti ve Alman gerici kesimlerini ürkütmektedir. Ülkemizdeki Türkiyeli demokratik örgütlerin de bu protestolara katılması ve aynı zamanda yabancı işçiler üzerindeki baskıya ve sömürüye karşı mücadele vermeleri halk düşmanlarını korkutmaktadır. Çünkü bu mücadale sadece cuntaya yönelmemekte, aynı zamanda Alman gericiliğinin ve emperyalizminin cuntayı desteklemesini de hedef almaktadır.

Baden-Württemberg İçişleri Bakanı Herzog, "belirli üst örütlerin" yasaklanması için çalıştığını açıklamakta ve özellikle Türkiyeli demokratik örgütlerin hedef alındığı açıklanmaktadır. İsmen bir açıklama yapmamakla beraber, buradaki Türk "aşırı uçlarından" bahsedip, "sosyal devrimciler" terimini kullandığında asıl hedefinin ne olduğunu belirtiyordu. Herzog, "Türklerden başlamak zorundayız" diyordu ve demokratik örgütlerin kapatılması için İçişleri Bakanları konferansında girişimde bulunacağını belirtiyordu.

Diğer taraftan, FDP parlamento sözcülerinden Hirsch, "Teröristler sağcı veya solcu olduğuna bakılmadan sınır dışı edilmelidir" şeklinde konuşuyordu ve "yabancı düşmanlığının misafir işçiler arasındaki mücadelelerden" kaynaklandığını ileri sürüyordu.

Batı Almanya'daki bütün anti-faşist ve demokrat güçler, faşist "Bozkurtlar"ın ve tüm faşist örgütlerin yasaklanmasını talep ettiği bir sırada gericilik, Papa'ya yapılan suikastın yarattığı boşluktan yararlanarak ilk etapta Türkiyeli işçilerin demokratik derneklerini yasaklamak istemektedir.

Özellikle neo-faşist çeteler tarafından sürdürülen ve gerici çevreler tarafından desteklenen yabancı düşmanlığı, yabancıların kendilerine yüklenmek isteniyor. Neo-faşist çeteler bir taraftan yabancılara, diğer taraftan Almanlara yönelik katliamlar sürdürürken, MHP faşistleri Türkiyeli demokratları katlederken yasaklanması gündeme gelen demokratik örgütler oluyor.

"Bozkurtlar" yürüyüşlerle cuntayı desteklerken, Federal Hükümet de ona ekonomik ve askeri yardım gönderiyor. Ama, Federal Almanya'daki demokratik örgütler cuntayı teşhir etmekte ve bu teşhir aynı zamanda Batı Alman devletini ve Hükümeti'ni de kapsamaktadır. Gericilik, Türkiyeli demokratik örgütleri bir tehlike olarak görmekte ve yasaklamaya çalışmaktadır. Tüm Türkiyeli ve Alman anti-faşist güçler, bu saldırılara anında karşı koymalıdırlar.

Türkiyeli anti-faşistler üzerindeki baskılara son!
Tüm faşist örgütler yasaklanmalıdır!



DİDF cuntaya ve "Türkiye_Yardımı"na karşı mücadelede önemli bir rol oynamaktadır.

Almanya Komünist Gençliği'nin 2. Kongresi yapıldı

EYLEMLERLE İLERİ !

Kongre canlı ve mücadeleci bir hava içinde geçti!

8-10 Mayıs tarihleri arasında Essen'de Alman Komünist Gençliği'nin (eski adı "Rote Garde") ikinci kongresi yapıldı. Kongreye Batı Almanya ve Batı Berlin'den 63 delege katıldı. Ülke içinden ve ülke dışından gelen çok sayıda misafir, Kongre'nin çalışmalarını büyük bir ilgiyle izledi. Partimizin temsilcisi olarak Kongre'ye, KPD Siyasi Büro üyesi Horst Dieter Koch yoldaş katıldı. (Aşağıda "Kızıl Şafak"ın 21. sayısında yayınlanan yazıyı kısaltarak veriyoruz.)

Kongreye gelen delegelerin büyük çoğunluğu uzun yıllar gençlik çalışmalarına katılmış, en aktif gençlik örgütlerinde yer alan ve zengin tecrübeleri olan genç yoldaşlardan oluşuyordu. (Gençlik temsilcileri, işyeri sendika temsilcileri, sendikalı gençlik içinde aktif mücadele verenler, çeşitli işkollarındaki sendikalardan görevliler) En önemlisi de, delegelerin yüzde 80'ninin işçi gençlik kesiminden gelmesiydi.

Kongrede oldukça önemli ve detaylı tartışmalar oldu. Gündeme Almanya Komünist Gençliği'nin (KJD) faaliyet raporu, eylem programı ve tüzük gibi önemli maddeler geldiğinde tartışmalar daha da canlılaşıyordu. Genç yoldaşlar, özellikle pratik deneyimlerinden örnekler vererek, tartışmalara katılıyorlardı. Bu tartışmaların en önemlisi — eski adıyla "Rote Garde" Merkez Komitesi'nin faaliyet raporu üzerine yapıldı. Faaliyet raporu, kısaca Federal Cumhuriyet'teki ekonomik ve politik durumu, özellikle de gençliğin durumunu tahlil ediyordu.

"Yeni" gençlik hareketi

Bugünkü gençlik hareketi, söylendiği gibi "yeni" gençlik hareketi değildir. Ülkemizde bir gençlik mevcut olduğuna göre, bu gençliğin de politik bir eylemi söz konusudur. Güncel olarak gençlik hareketinde bir canlanma görüyoruz ve bu yenidir. Gençlik kapitalist sisteme ve kendisine yapılan haksızlığa karşı hiç bir zaman susmadı ve bugün de susmamaktadır, protesto eylemlerini giderek genişletmektedir.

Burjuva politikacıları, gençlikle dialog diye bir sürü lâfazanlıklar yapmaktadırlar. Ama, onlar, gençliğin bu protestolarına temel teşkil eden sosyal nedenleri (işsizlik, kriz, geleceğe güvensizlik, eğitim sorunu vs.) yokedemezler. Çünkü bunlar, varolan düzenin ürünleridir. Polis jopu, panzerler, toplu tutuklamalar ve diğer baskı yöntemleri devletin gençlik hareketine karşı koymada kullandığı araçlardır.

Burjuva devleti, işine gelmediğinde var olan yasaları ve demokratik hakları çiğneyerek, özellikle gençliğin gelişen eylem lerini engellemek istemektedir. ama, gençlik buna karşı direnmekte; burjuvazinin koyduğu yasak zincirini çoğu zaman kırmaktadır. Bizim değindiğimiz, sadece, polis terörüre karşı taş kullanmak veya protesto amacıyla camları aşağı dökmek değildir — ki, burjuva basını ve yayını bunu olduğundan da abartmakta ve bir karalama kampanyasına gitmektedir. Komünist gençlik önemli olan, örneğin 100 000 insanın Brokdorf'ta yasak zincirini kırmasıdır; Bochum'da ve Dortmund'ta çırakların demir-çelik işçilerinin en ön saflarında yeralarak, kavşakları işgal etmesidir. Ve taş kullanmak Almanya Komünist Gençliği için yeni bir şey değildir. Bernd Hübner yoldaş Doğu Almanya'da tutuklandığı zaman Batı Berlin'deki Sovyet gezi bürosunu taşa tutmuştuk. Bu taşları biz atmıştık ve doğru bir eylemdi. Ama, bunun her şart altında doğru bir eylem olduğunu da iddia etmiyoruz.

Kongrede tartışılan bir diğer önemli soruda ev işgalleri idi. Biz konut sorununa karşı mücadelede ev işgallerinin haklı ve bütünüyle meşru bir araç olduğunu görüyoruz. Ama, asıl mücadele görevimiz ev işgalleri değildir. Ev işgalleri bu gün moda haline gelmiş olsa bile, önümüzde duran diğer politik sorunları bugün daha güncel ve önemli olarak değerlendiriyoruz: Çalışmalarımızın ağırlık noktasına işletmelerdeki, orta dereceli okullardaki ve askeri kışlalardaki faaliyetleri koymalıyız.

Faaliyet raporunda tabii ki, geçen yıllardaki çalışmaların değerlendirmesi de yapılmıştı. Biz, Komünist Gençlik örgütünü geliştirdik ve çalışmalarımız sonunda sekterliği yenebildik.

Ama, Merkez Komitesi önemli hatalar da yapmıştı. Örneğin; örgüt içinde uzun uzadıya yapılan ve bir kısmı tamamen olan tartışmalar yönetim tarafından engellenmemişti. Kimi yerlerde eylemler ve pratik çalışmalar çok az yapıldığından veya hiç yapılmadığından bazı yoldaşlar örgütten ayrılmışlardı. Çünkü, pratik eylem olmadan bir gençlik örgütü ölü sayılır. Gençlik sürekli olarak eylem içinde olursa yaşar.

Bu gün gündem de olan, bize gençlik hareketinin önderliğini sağlayacak olan zayıf halkayı tahlil etmek değildir. Bugünkü en acil görevimiz, pratik eylemlerle daha güçlü bir şekilde mücadeleye girişmektir. Örneğin, Halk Cephesi'ni faşizme ve gericiliğe karşı destekleyeceğiz. Ama, bu mücadele alanını sadece Halk Cephesi'ne terkedeceğiz anlamına gelmez. KJD, atom roketlerinin ülkemize yerleştirilmesine, polis terörüne, kitle tutuklamalarına ve diğer saldırı ve baskılara karşı güçlü eylemler düzenlemelidir.



Arnavutluk Emek Gençliği Örgütü delegasyonu: AEGÖ 1. Sekreteri: Lumturi yoldaş (solda) ve MK üyesi Kemal yoldaş

Eylemlerle ileri!

Bir yandan pratik eylemlerimizi sürdürürken, diğer taraftan da üyelerimizi, örgütümüzün ilkelerini ve hedeflerini savunacak şekilde bilinçlendirmeye çalışacağız. Örgütümüz içinde pratik çalışma ve siyasi eğitim birbirini tamamlayan iki unsur olmalıdır. İkinci Kongremizde seminerlerin en kısa zamanda başlatılması için karar alındı.

Parti ve gençlik örgütü

Gençlik örgütü, dün olduğu gibi bugün de partinin en büyük yedeğidir. Son üç yıl içinde üyelerimizin yüzde 30'u partili oldu. Ve biz bundan kıvanç duyuyoruz. Ama, bu yoldaşların parti üyesi olmasıyla çalışmalarımız aksıyordu. KJD, Partimiz ile beraber bu sorunu çözecek, genç yoldaşların partili olmasıyla, yöredeki veya işletmedeki çalışmaların aksaması engellenecek, Partimiz her alanda örgütümüze en iyi şekilde önderlik edecektir.

İsim değişikliği

Merkez Komitesi, Kongreden önce örgütümüzün adının değişmesi için üyelerimizin görüşlerine başvurmuştu ve büyük çoğunluk "Almanya Komünist Gençliği" olmasını istemişti. Buna rağmen kongrede değişik isimler üzerine tartışıldı ve KJD olması delegelerin çoğunluğu tarafından kabul edildi.

Örgütün adının değişmesine çeşitli nedenler vardı. Kongre, örgütümüzün adının nasıl bir "birlik" olduğumuzu ifade etmesini istemişti. "Rote Garde" (Kızıl Muhafız) adı, Çin'deki "Kültür Devrimi"nden ve o zamanki Mao'nun kızıl muhafızlarından gelmekteydi. Ama, biz Maoizm'le en ufak ilişkimizin olmasını istemiyoruz. Çünkü, küçük burjuva idealistleri değiliz, aksine komünist bir gençlik örgütüyüz. Ve "muhafız" terimi de bugünkü somut duruma o kadar uyğun bir terim değildir. Bu ve bu gibi nedenler, isim değişikliğine yol açtı. ve şimdi "Almanya Komünist Gençliği" adını taşıyoruz.

(Kızıl Şafak'ın gelecek sayılarında KJD'nin eylem programını ayrıca yayınlayacağız)



Almanya Komünist Gençliği Örgütü'nün 2. Kongresi'nden bir görünüm.

Yabancı delegasyonların KJD'nin 2. Kongresi kapanış toplantısına katılanlara ortak mesajı

(Bu mesajı toplantıda Arnavutluk delegasyonundan L. Rexha yoldaş okumuştu)

Sevgili arkadaşlar ve yoldaşlar!

Arnavutluk Emek Gençliği Örgütü ve İspanya, Danimarka, Portekiz, Kanada, İngiltere ve Türkiye'nin Marksist-Leninist gençlik örgütleri; anti-emperyalist, anti-faşist Fransa Gençlik Örgütü adına emperyalizme, sosyal-emperyalizme, faşizme ve gericiliğe karşı sürdürdüğünüz mücadelede devrimci dayanışma içinde olduğumuzu, sizlere bu toplantıya katılanlara bildirmekle şeref ve kıvanç duyuyorum.

Bizler, Marsist-Leninist, anti-faşist ve anti-emperyalist dostluğun ve birliğin toplantısını gerçekleştiren Almanya Komünist Gençliği'nden yoldaşları selamlarız ve 2. Kongreleri'nin başarılı kapanması dolayısıyle kendilerini kutlarız.

Sevgili arkadaşlar ve yoldaşlar,

kapitalizmin genel krizi, burjuvazi ile proletarya arasındaki mevcut uzlaşmaz çelişkileri gün geçtikçe daha da sertleştirmektedir. Gençliğin dünyanın her tarafındaki eylemleri ve kahramanca mücadelesi bunun bir ifadesidir.

Bu fırsattan yararlanarak, bir daha burada bulunan delegasyonlar adına, Emperyalizme, sosyal-emperyalizme ve gericiliğe karşı mücadele veren Afganistan'ın, Filistin'in, El Salvador'un Kolombia'nın Azania'nın, Namibia'nın ve diğer ülkelerin cesur gençliğini desteklediğimizi ve onlarla dayanışma içinde olduğumuzu bildiririz. Aynı şekilde, ABD emperyalizminin, Sovyet sosyal-emperyalizminin ve neo-kolonyalizminin komplolarına ve entrikacı müdahalelerine karşı mücadele eden İran'ın, Nikaragua'nın ve diğer Latin Amerika ülkelerinin, Asyan'nın ve Afrika'nın gençliğini; kapitalist sömürüye ve baskıya güçlü darbeler indiren Avrupa gençliğini destekliyoruz, onlarla dayanışma içinde olduğumuzu bildiriyoruz. Biz, birlikte mücadelenin zafer kazanacağına inanıyoruz. Çünkü, toplumsal gelişmenin kanunları devrimi ve onun zaferini kaçınılmaz kılıyor.

Devrimci gençlik, dünyanın her yerinde her gün daha fazla kendi gücünün bilincine varıyor.

Gençlik örgütlerimiz, Marx, Engels, Lenin ve Stalin'in öğretileri ışığında, Marksist-Leninst partilerin önderliğinde zulmün ve dünya gericiliğinin bütün güçlerine karşı, gençliğin ve insanlığın azılı düşmanlarına karşı; ABD emperyalizmine, Sovye sosyal emperyalizmine, kapitalizme ve faşizme karşı; halkların ve gençliğin devrimci davasının zaferi için, sömürünün ve baskının olmadığı yeni bir dünya için kararlı, korkusuz ve tavizsiz bir mücadele vermek zorundadırlar.

Yaşasın dünya gençliğinin anti-faşist ve anti-emperyalist dostluğu ve birliği!

Yaşasın dünya devrimci gençliğinin emperyalizme, sosyal emperyalizme ve genç neslin ideallerinin her cinsten düşmanlarına karşı ortak mücadelesi!

Yaşasın devrim!

Yaşasın Marksizm-Leninizm!

B. Berlin'deki AEG işletmesi kapanıyor

700 emekçi işten atılacak

BATI BERLİN. — AEG tekeline ait Schwedenstrasse'deki Telefunken işletmesi kapatılmak isteniyor. 1200 kişinin çalıştığı işletmede, içinde bulunduğumuz yılda 700 emekçinin işten atılması beklenmektedir. IGM sendika ağaları ve şube yönetimi, bu durumu bir yıl öncesinden bildiği halde en ufak bir önlem almadı ve bunun yerine sürekli olarak işçileri dolandırmaya gitti.

İşletme yönetimi 11 Mayıs günü 350 işçinin çıkışını Eyalet Arbeitsamt'ına bildirdi. Ve 350 işçinin çıkışı da bu yıl içinde planlanmış bulunmaktadır. Geriye kalan 350 emekçinin akibeti ise bilinmemektedir. Batı Belin'deki sanayii işkollarında 1960 yılından beri 300 bin olan işyerleri 170 bine indirildi. Bunda ötürü işten atılan işçilerin yeni bir iş bulmaları tamamen olanak dışıdır.

AEG patronlarının bu işyerinde toplu işten atmaları planladıkları daha 1979 yılında bilinmekteydi. Ama, onlar 1979'dan beri sinsi oyunla; hastalık ve diğer gerekçelerle bugüne kadar 350'den fazla işçiyi işten attılar. RGO işçi temsilcisi, patronları bu sinsi oyunları karşısında, daha o zamanlar işçi temsilciliğini uyardığı halde, işçi temsilciliğinin başını çeken sendika ağaları, bu gerekçelerin hiç birini dakkate almadılar ve bunu "karamsar görmek" olduğunu ileri sürdüler.

Partimizin işletme gazetesi "Der Rote Funkte", geçen yıl AEG patronlarının toplu işten atma planları karşısında işçileri uyarmıştı ve şimdi ise son çıkan sayısında şöyle yazmaktadır: "Ve bugün bile, IGM işçi temsilcileri ve işyeri sendika temsilcileri, işyerlerimizin korunması için önlemler almayı gerekli görmemektedirler. İşçi arkadaşlara, işyerlerimize yapılan saldırıların ölçüsünü açıklamak için bir defa olsun dahi işletme toplantısının yapılmasına çağrı yapılmadı."

KPD işletme gazetesi, yazısında Batı Berlin'deki genel ekonomik durumu açıklamakta; Eyalet Senatosu'nun, işyerlerinin tahrip edilmesinde kapitalistlere yardım sağlayan ekonomik politikası teşhir edilmekte ve artan işsizliğin ve kötüleşen sosyal durumun asıl nedenlerinin kapitalizmde yattığını vurgulamaktadır. Ama, bu kapitalistlerin ve onların politikacılarının işyerlerimize saldırmasına karşı mücadele vermeyeceğiz anlamına gelmez. "Omuz omuza verelim... Fabrika ve banka ağaları, işçilerin mücadelesinden korktukları kadar hiç bir şeyden korkmazlar. Eğer birleşirsek, öğreniriz ve ne derece güçlü olduğumuzu anlarız!

İşyerlerimizin tahrip edilmesine hayır — Hiç bir işçi işten atılmamalıdır! İşletmemiz kapatılmamalı — Ek üretim sağlanmalıdır!"

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"'. . . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

O yıllık 60 DM **O 6 aylık 30 DM** **O Deneme sayısı**

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... **İmza:** ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.